

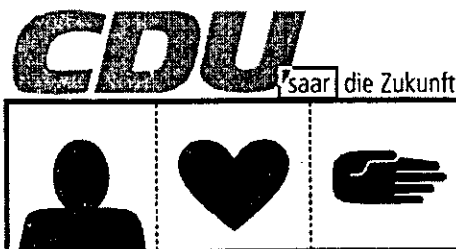


0028133994

15.5.1999

Zukunftsprojekt Saar

Programm der CDU Saar zur
Landtagswahl 1999



Inhaltsverzeichnis

Einleitung: Zukunft gestalten statt Vergangenheit verwalten	4
Leitbild 1: Arbeit für alle	5
1. Perspektive Vollbeschäftigung	5
2. Die Ausgangslage: Geringes Wachstum – hohe Arbeitslosigkeit	5
3. Unsere Antwort: Neue Arbeit durch Vorrang für den Mittelstand	6
4. Standortaufwertungsprogramm Saar	7
5. Verbesserung der Mittelstandsförderung	9
6. Moderne Verkehrsinfrastrukturen	9
7. Kultur der Selbständigkeit	10
8. Innovations- und Technologieoffensive Saar	11
9. Entwicklung neuer Wirtschaftsfelder	13
10. Sozialverträgliche Lösungen im Bergbau	15
11. Zukunft der Stahlindustrie	16
12. Bündnis für Arbeit Saar	17
13. Bundespolitische Rahmenbedingungen	17
14. Eigenständiges Wirtschaftsministerium	18
15. Finanzielle Handlungsspielräume schaffen	18
Leitbild 2: Bildung und Wissenschaft zuerst	21
1. Kostenlose Kindergärten	21
2. Die besten Schulen für unsere Kinder	21
3. Hochschulen	26
4. Kultur – identitätsstiftend und standortsichernd	29
Leitbild 3: Das Saarland - ein europäisches Kompetenzzentrum	32
1. Sprachkompetenz als Voraussetzung	32
2. Grenzüberschreitende Strukturen entwickeln	33
3. Saar-Lor-Lux institutionell verankern	34
4. Saar-Lor-Lux erfahrbar machen	35
5. Europäische Kompetenz dokumentieren – Wirtschaftsstandort profilieren	35
Leitbild 4: Eine saubere und gesunde Umwelt für unsere Kinder	37
1. Nachhaltige Energiepolitik	37
2. Für eine leistungsfähige saarländische Landwirtschaft	38
3. Naturgemäße Waldwirtschaft	39
4. Bodenverbrauch vermeiden	40
5. Sauberes Wasser	40
6. Günstige, umweltgerechte Entsorgung	41
7. Ökologische Verkehrspolitik	42
8. Landesplanung mit Augenmaß	43
9. Unsere Natur schützen	45
10. Reorganisation der Umweltbehörden	47
Leitbild 5: Sicher leben im Saarland – Opferschutz vor Täterschutz	48
1. Bekämpfung der Kriminalität - eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe	48
2. Opferschutz statt Täterschutz	49
3. Polizei als Garant der inneren Sicherheit	49
4. Recht sichert Freiheit	51

5. Kinder- und Jugendkriminalität	51
6. Gewaltkriminalität zurückdrängen	52
7. Ausländerkriminalität bekämpfen	52
8. Null Toleranz auch bei Alltagskriminalität	53
9. Sozialkriminalität wirksam bekämpfen	53
10. Verfassungsschutz als wichtiger Garant der inneren Sicherheit	54
11. Bekämpfung der organisierten Kriminalität	54
12. Europäische Sicherheitsstrukturen ausbauen	54
 Leitbild 6: Solidarisches Miteinander in einer offenen Gesellschaft	 56
1. Saarland - Familienland	56
2. Frauenfreundliches Saarland	57
3. Saarland der Generationen	58
4. Behinderte integrieren statt ausgrenzen	60
5. Für eine Kultur der Offenheit und der Toleranz	61
6. Gesund leben im Saarland	63
 Leitbild 7: Lebendige Demokratie – Aktive Bürgergesellschaft	 67
1. Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit	67
2. Das Saarland – ein Sportland	67
3. Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung	68
4. Medienstandort Saarland	70
 Schlußbemerkung	 72

Einleitung: Zukunft gestalten statt Vergangenheit verwalten

Wir alle stehen an der Schwelle eines neuen Jahrhunderts – des 21. Jahrhunderts. Dieses wird neue Herausforderungen, Risiken und Probleme, aber auch neue Chancen und Perspektiven mit sich bringen. Jeder von uns wird bestrebt sein, die Probleme zu lösen, die Herausforderungen zu bestehen und die Chancen zu nutzen. Je besser dies gelingt, umso besser wird der Start in das neue Jahrhundert sein.

Dies gilt auch für unser Saarland. Das Saarland muß sich an der Schwelle des neuen Jahrhunderts entscheiden. Die zentrale Frage lautet: Beschränken wir uns auf die biedere Verwaltung der Vergangenheit oder haben wir die Entschlossenheit und die Kraft, unsere Zukunft mutig zu gestalten? Beschränken wir uns auf die Erhaltung bestehender, nur noch begrenzt verfügbarer Strukturen für einen möglichst langen Zeitraum oder konzentrieren wir uns auf die Schaffung neuer, dauerhaft zukunftsfähiger Strukturen?

Dabei muß uns eines bewußt sein:

Auf Dauer werden wir niemanden finden, der bereit ist, unsere Probleme zu lösen und für unsere Schulden zu zahlen. Auf Dauer werden wir nicht am Tropf anderer hängen können, sondern müssen unser Überleben aus eigener Kraft und durch eigenes Handeln sichern. So notwendig Hilfe von außen auch für eine Übergangszeit noch sein wird, muß unser Ziel mittel- und langfristig ein Saarland sein, das nicht auf die Hilfe Dritter angewiesen ist.

Deshalb sagen wir als CDU Saar:

Wir treten ein für ein eigenständiges und zukunftsfähiges Saarland. Wir wissen aber auch, was dies bedeutet:

- Herstellung der Lebensfähigkeit unseres Landes aus eigener Kraft
- Vorrang für die Schaffung neuer, zukunftsfähiger Strukturen
- Erhaltung bestehender und vor allem auch Schaffung neuer, dauerhafter Arbeitsplätze
- Überwindung der Subventionsmentalität, um auf Dauer ein „Saarland ohne Subventionen“ zu gestalten

Diese Ziele sind erreichbar, allerdings nicht kurzfristig und nicht ohne Anstrengung. Tatsache ist, daß das Saarland gegenwärtig eine einmalige Chance hat. Erstmals in seiner Geschichte befindet es sich nicht in einer nationalen Randlage, sondern – dank des zusammenwachsenden Europas – in einer europäischen Zentrallage. Dies eröffnet Perspektiven und Chancen am Beginn des 21. Jahrhunderts, die genutzt werden müssen, wenn unser Land eine gute Zukunft haben soll. Die Eigenständigkeit des Landes kann nicht beschworen, sondern muß erarbeitet werden.

Strukturwandel ist möglich – andere haben es vorgemacht. Es liegt an uns, ob wir die Chancen für unser Land nutzen oder ungenutzt verstreichen lassen. Notwendig ist die Fortentwicklung bestehender und der Aufbau neuer Strukturen in Wirtschaft und Gesellschaft. Notwendig ist die Entwicklung und Umsetzung zukunftsfähiger Leitbilder für unser Land. Das bloße Festhalten am Bestehenden genügt nicht.

In dem vorliegenden Programm definieren wir die Leitbilder für die Gestaltung der Zukunft unseres Landes und beschreiben die Wege zu ihrer Umsetzung. Dies ist unser „**Zukunftsprojekt Saar**“ – daran werden wir uns messen lassen. Wir sind davon überzeugt, daß wir das Saarland auf dieser Grundlage in eine gute Zukunft führen können. 15 Jahre SPD-Regierungsverantwortung an der Saar sind genug. Es ist höchste Zeit für eine neue Zeit. Die CDU Saar steht bereit, das Saarland in diese neue Zeit zu führen.

Leitbild 1: Arbeit für alle

1. Perspektive Vollbeschäftigung

Die Erhaltung bestehender, vor allem aber auch die Schaffung neuer, dauerhafter Arbeitsplätze ist eine zentrale Herausforderung für unser Land. Nur ein Land, das genügend Beschäftigungsmöglichkeiten anbietet, wird ein dauerhaft lebensfähiges Land sein.

Wir wissen, daß Vollbeschäftigung immer schwieriger zu erreichen ist. Wir sind uns bewußt, daß der Übergang von der Industrie- in die Wissensgesellschaft weitgehende Veränderungen in der Arbeitswelt zur Folge hat. Die Grenze zwischen selbständiger und unselbständiger Arbeit verschwimmt, neue Beschäftigungsfelder entstehen, klassische Beschäftigungsfelder fallen weg, Mobilität und Flexibilisierung nehmen zu, die Nachfrage nach High-Tech-Angeboten und Dienstleistungen steigt, die Beschäftigungsmöglichkeiten für Geringqualifizierte nehmen tendenziell ab.

All dies darf aber nicht dazu führen, daß die Politik das Ziel der Vollbeschäftigung aufgibt. Auch wenn dieses Ziel nie vollständig erreichbar ist, muß die Forderung, daß für jeden, der arbeitswillig und arbeitsfähig ist, eine angemessene Beschäftigungsmöglichkeit angeboten wird, Richtschnur politischen Handelns sein. Ebenso muß gelten, daß für jeden, der ausbildungswillig und ausbildungsfähig ist, ein Ausbildungsplatz zur Verfügung gestellt werden muß. In diesem Sinne sind „Arbeit für alle“ und „Ausbildung für alle“ Leitbilder, deren Umsetzung im Zentrum allen politischen Handelns steht.

Für das Saarland ist die Umsetzung dieser Leitbilder von lebensnotwendiger Bedeutung. Nur auf der Basis einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung wird das Land seine finanziellen Probleme lösen und damit seine Selbständigkeit dauerhaft sichern können. Die SPD-Landesregierung hat an dieser Stelle versagt: Das Saarland hinkt der wirtschaftlichen Entwicklung im Bund hinterher und leidet unter einer weit überproportionalen Arbeitslosigkeit. Dabei gibt es viele Beispiele dafür, daß auf der Basis entschlossenen politischen Handelns auch unter den gegenwärtigen Bedingungen zahlreiche neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen und die Arbeitslosigkeit entscheidend zurückgeführt werden kann.

Die Perspektive Vollbeschäftigung wird nur erreichbar sein, wenn sie auch zum Leitbild staatlichen Handelns wird. Zwar kann das Land die Arbeitsmarktprobleme nicht selbst lösen, aber mit seinen Entscheidungen beeinflußt es mittelbar oder unmittelbar die Beschäftigung in der Privatwirtschaft wie im öffentlichen Dienst. Die Politik muß Verantwortung für die Beschäftigungswirkungen ihres Handelns übernehmen.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- bei allen Gesetz- und Verordnungsentwürfen sowie bei allen weiteren Initiativen die Folgen für die Beschäftigung abschätzen.
- mit einem Projekt in der Landesverwaltung den Beschäftigten die Möglichkeit geben, ihre Arbeitszeit zu reduzieren, um dadurch im Gegenzug zusätzliche Einstellungsmöglichkeiten innerhalb der jeweiligen Behörde zu schaffen.

2. Die Ausgangslage: Geringes Wachstum – hohe Arbeitslosigkeit

Das Saarland hat sich von der wirtschaftlichen Entwicklung im westlichen Teil der Bundesrepublik Deutschland negativ abgekoppelt. Seit 1985 lagen die Wachstumsraten des

Bruttoinlandsproduktes im Saarland regelmäßig unter dem Bundesdurchschnitt. Insgesamt beläuft sich der Wachstumsrückstand während der Regierungszeit der SPD an der Saar gegenüber dem Bundesdurchschnitt auf mittlerweile rund 10 Prozentpunkte. Auch im vergangenen Jahr wuchs die saarländische Wirtschaft im Vergleich zum Bund unterdurchschnittlich.

Die Folge ist eine weit überproportionale Arbeitslosigkeit im Saarland. Im Februar 1999 waren rund 53.000 Menschen in der saarländischen Arbeitslosenstatistik erfaßt. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 12,5 % - gemeinsam mit Niedersachsen die höchste Arbeitslosenquote aller westlichen Flächenländer. Demgegenüber bleibt der Hinweis, daß sich der prozentuale Abstand der Arbeitslosigkeit an der Saar im Vergleich zum Bundesdurchschnitt verringert habe, ohne Belang. Zu berücksichtigen ist, daß im Saarland der Arbeitsmarkt durch Sonderfaktoren (negative Bevölkerungsentwicklung, geringere Frauenerwerbsquote, überdurchschnittlicher Einsatz der Mittel der Bundesanstalt für Arbeit) entlastet wird, die in vergleichbarer Form an anderer Stelle nicht anzutreffen sind. Dennoch liegt die Arbeitslosigkeit an der Saar rund 25% über dem Bundesdurchschnitt. Die Jugendarbeitslosigkeit ist fast doppelt so hoch wie in Bayern. Außerdem ist die Quote der vom Schicksal der Arbeitslosigkeit in besonderer Weise betroffenen Langzeitarbeitslosen weit überdurchschnittlich. Die Innovationskraft der saarländischen Wirtschaft ist unzureichend. Bei der Zahl der Patentanmeldungen pro 1.000 Einwohner liegt das Saarland auf dem letzten Platz aller alten Bundesländer.

Hierzu kommt ein erhebliches Selbständigendefizit im Saarland. Bei einer nur bundesdurchschnittlichen Quote müßte es im Saarland rund 5.500 Selbständige mehr geben. Allein durch die Beseitigung dieses Defizits könnten im Saarland rund 25.000 Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen werden.

Infolge all dieser Umstände ist es nicht verwunderlich, daß das Saarland eine unterdurchschnittliche Beschäftigungsentwicklung aufweist. Auch kurzfristige Tendenzen ändern nichts daran, daß wir im Saarland seit 1985 35.000 Arbeitsplätze mehr hätten, wenn wir uns im Bundesdurchschnitt entwickelt hätten.

Dies alles dokumentiert das Scheitern sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik an der Saar. Das Leitbild „Arbeit für alle“ rückt dadurch in immer weitere Ferne.

Wer dem Saarland Zukunft eröffnen will, der darf sich nicht darauf beschränken, Vergangenheit zu konservieren und den Abbau von Arbeitsplätzen künstlich zu verlängern. Im Vordergrund muß der Aufbau neuer, dauerhafter Arbeitsplätze stehen.

3. Unsere Antwort: Neue Arbeit durch Vorrang für den Mittelstand

Dabei müssen wir uns bewußt sein, daß neue Arbeitsplätze nicht in den Großunternehmen dieses Landes entstehen. Im Gegenteil: Dort werden Arbeitsplätze abgebaut. Neue Arbeitsplätze können nur in den kleinen und mittleren Unternehmen im Handel, im Handwerk, im Dienstleistungsbereich und im Bereich der neuen Technologien geschaffen werden. Schon heute stellt allein das Handwerk 85.000 Arbeitsplätze im Saarland zur Verfügung. Deshalb müssen wir die mentale Fixierung auf die Altindustrien überwinden. In den Vordergrund allen wirtschaftlichen Handelns stellen wir den Mittelstand. Die Rahmenbedingungen für den Mittelstand müssen so ausgestaltet werden, daß die vorhandenen Wachstumspotentiale optimal ausgeschöpft werden. Unser Ziel ist es, bis zum Jahr 2010 60.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das sind pro Jahr 6.000 neue Arbeitsplätze. Das ist ein realistisches Ziel. Wir können es erreichen, wenn wir in den nächsten 10 Jahren alle wirtschaftspolitischen Anstrengungen auf den notwendigen Strukturwandel und die Förderung von Selbständigkeit, Innovation und mittelständischen Unternehmen konzentrieren.

4. Standortaufwertungsprogramm Saar

Eine klare Politik des Vorrangs für den Mittelstand muß saarspezifische Standortnachteile beseitigen und die Standortqualität des Saarlandes verbessern. Dazu ist die Umsetzung eines Standortaufwertungsprogrammes erforderlich, das vor allem folgende Punkte enthält:

Senkung der Gewerbesteuer

Bei der Gewerbesteuer befindet sich das Saarland nach wie vor in einer Spitzenposition aller Flächenländer. Die jährlichen Mehrbelastungen der saarländischen Wirtschaft belaufen sich auf mindestens 30 Mio. DM. Allein diese Mehrbelastungen zehren den Effekt regionalpolitisch motivierter Förderprogramme fast vollständig auf. Darüber hinaus mindern sie die Chance zur Ansiedlung neuer Betriebe und hemmen die Entwicklungschancen bestehender Betriebe.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- die Gewerbesteuer im Saarland auf den Bundesdurchschnitt senken. Dazu werden wir aus Mitteln der zweiten Teilentschuldung ein kommunales Investitionsprogramm auflegen. Als Gegenleistung müssen sich Kommunen, die aus diesem Programm Mittel erhalten, dann aber gleichzeitig zur Senkung der Gewerbesteuerhebesätze verpflichten.

Konkurrenzfähige Entsorgungskosten

Die Entsorgungsgebühren für Abfall und Abwasser sind im Saarland zu hoch. Im Abwasserbereich belegt das Saarland sowohl bei den Gebühren als auch bei der Abwasserabgabe eine traurige Spitzenposition. Auch im Bereich des Gewerbe-Sondermülls stellen die Gebühren eine relative Standortbelastung des Saarlandes dar. Insgesamt ergibt sich eine Zusatzbelastung der saarländischen Wirtschaft in zweistelliger Millionenhöhe. Diese muß beseitigt werden.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- den ineffizienten Entsorgungsverband Saar (EVS) von Grund auf umstrukturieren. Dieser unbewegliche Mammut-Verband muß durch ein modernes Dienstleistungsmanagement ersetzt werden. Die Dezentralisierung der Zuständigkeiten führt zu verstärktem technischen und finanziellen Wettbewerb, der sich positiv auf Innovationen und Gebühren auswirkt.
- durch konsequente Privatisierung, mehr Wettbewerb, Modifizierung des einheitlichen Beitrages und mehr Selbstverantwortung der Kommunen die Abwasserpolitik besser und billiger machen.
- die gescheiterte Abfallpolitik der SPD durch eine privatisierte, im Wettbewerb stehende, leistungsfähige Kreislauf- und Recyclingwirtschaft ersetzen.
- die Abfallentsorgung dezentralisieren, indem die Entsorgungspflicht auf die Landkreise sowie bestimmte Aufgaben auf die Kommunen übertragen werden.

Wettbewerbsfähige Energiekosten

Die deutschen Energiekosten sind im europäischen Vergleich zu hoch. Insbesondere im gewerblichen Bereich besteht ein deutliches Energiekostengefälle zwischen dem Saarland und dem benachbarten Lothringen. Gerade für saarländische Unternehmen bzw. Unternehmen, die im Saarland investieren wollen, ist dies ein gewichtiger Standortnachteil. Alle energiepolitischen Anstrengungen - auf Bundes- und auf Landesebene - sollen deshalb auf eine standortverträgliche Gestaltung der Energiepreise abzielen. In diesem Sinne begrüßt die CDU Saar die Liberalisierung der durch Gebietsmonopole überteuerten Strom- und Gaswirtschaft und den dadurch ermöglichten Wettbewerb auf dem Energiemarkt.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- auf Bundesebene genau darauf achten, daß durch die unsinnige Ökosteuer der rot-grünen Bundesregierung keine zusätzlichen Nachteile für saarländische Unternehmen entstehen. Sollte es zu einer zusätzlichen Belastung kommen, wird die CDU-geführte Landesregierung eine entsprechende Bundesratsinitiative zur Entlastung der Unternehmen starten.

Anpassungen an den Bundesdurchschnitt

Saarspezifische Sonderregelungen, die zu zusätzlichen Belastungen des Wirtschaftsstandortes Saarland führen, sind angesichts der Strukturschwäche des Landes nicht vertretbar. Deshalb ist eine Anpassung an den Bundesdurchschnitt geboten.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- die Zahl der gesetzlichen Feiertage überprüfen sowie Sonderurlaubsregelungen dem Bundesdurchschnitt anpassen.

Deregulierung und Entbürokratisierung

Das Saarland muß dem Anspruch „Land der kurzen Wege“ zu sein, gerecht werden. Durch ein umfassendes Maßnahmenbündel soll sichergestellt werden, daß die Dauer von Genehmigungsverfahren reduziert wird, überflüssige Regulierungen beseitigt und damit verbundene Kostenbelastungen der Wirtschaft reduziert werden.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- eine Deregulierungskommission zur Überprüfung aller Gesetze und sonstigen Vorschriften einsetzen. Dabei wird die Beweislast umgekehrt sein. Es bleibt an Regelungen nur noch bestehen, was seine Notwendigkeit nachweisen kann.
- die Genehmigungspraxis von einem Verbot mit Genehmigungsvorbehalt zu einer Genehmigung mit Verbotsvorbehalt umstellen. Wenn innerhalb einer festzulegenden Frist kein Verbot für einen Antrag ausgesprochen worden ist, gilt dieser Antrag als genehmigt.
- für alle zukünftigen Gesetze grundsätzlich eine zeitlich befristete Geltungsdauer festlegen.
- das Ziel verfolgen, den Normenbestand des Landes zu reduzieren. Für jede erlassene Vorschrift soll mindestens eine andere aufgehoben werden. Die Landesregierung wird verpflichtet, regelmäßig einen Deregulierungsbericht zu erstatten.

Privatisierung

Privatisieren ist eine kostengünstige Art der Mittelstandsförderung. Privatisierung kann dem Handwerk, dem verarbeitenden und Dienstleistungsgewerbe im Saarland starke Impulse geben. Sie bietet auch Aussteigern aus dem öffentlichen Dienst die Chance, privatisierte Bereiche in Eigenregie zu übernehmen.

Die SPD-Landesregierung hat ihre Unfähigkeit zu einer vernünftigen Privatisierungspolitik mehrfach unter Beweis gestellt. Die Privatisierung des Materialprüfungsamts hat letztlich Mehrkosten für das Land verursacht. Der Versuch der Privatisierung der ZDV ist kläglich gescheitert. Scheinprivatisierungen durch die Umwandlung hoheitlicher in privatrechtliche Organisationsformen bei unveränderter Anteilseignerschaft der öffentlichen Hand sind letztlich Etikettenschwindel und kein wirklicher Privatisierungsbeitrag.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- konsequent alle sinnvollen Wege der Privatisierung nutzen. Im Vordergrund werden dabei echte Aufgabenprivatisierungen stehen.
- sämtliche Landesbeteiligungen auf ihre Notwendigkeit hin überprüfen und ggf. veräußern.

- alle Versorgungsunternehmen des Landes und der Kommunen im Rahmen der Zuständigkeiten des Landes auf Möglichkeiten der Privatisierung hin untersuchen.
- durch eine Änderung der Kommunalverfassung sowie durch die strikte Einhaltung des Mittelstandsförderungsgesetzes die privatwirtschaftliche Betätigung öffentlich beherrschter Unternehmen gesetzlich einschränken.
- bei der Frage der Möglichkeit der Privatisierung die Beweislast umkehren, so daß die öffentliche Hand auf der Grundlage eines definierten Qualitätsniveaus beweisen muß, daß sie die Leistungen gleich gut oder günstiger erbringen kann.

5. Verbesserung der Mittelstandsförderung

Die Bedeutung und der Vorrang des Mittelstandes muß auch durch die Ausgestaltung und den Umfang der Mittelstandsförderung deutlich werden. Die Mittelstandsförderung beruht dabei auf vier Säulen: direkte Zuschüsse, zinsverbilligte Kredite, Bürgschaften und Beteiligungen. Darüber hinaus liegt ein weiterer Förderschwerpunkt auf der Außenwirtschaftsförderung.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- das Volumen der mittelstandsspezifischen Förderprogramme anheben.
- sich dafür einsetzen, daß bei der Abschmelzung der Beihilfen für Altindustrien frei werdende Mittel zumindest teilweise in Strukturhilfen zur Förderung des Mittelstandes umgewidmet werden.
- in Zusammenarbeit mit der IHK und der ZPT die außenwirtschaftlichen Bemühungen der Unternehmen durch Beratung, Hilfestellung bei Beteiligungen an Auslandsmessen und der Durchführung von Markterkundungsreisen unterstützen.

6. Moderne Verkehrsinfrastrukturen

Eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur ist wichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung einer Region. Die fernräumige Erreichbarkeit, aber auch die Verkehrserschließung innerhalb der Region sind wichtige Standortfaktoren. Der Wirtschaftsstandort Saar braucht eine Verknüpfung der verschiedenen Transportsysteme. Voraussetzung dafür ist eine Optimierung der einzelnen Verkehrsträger. Durch die systematische Vernetzung der einzelnen Verkehrsträger und den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur bietet sich auch im Saarland die bedeutende Chance, die Mobilität von Gütern und Personen langfristig zu sichern, die Umweltbelastungen spürbar zu reduzieren und zudem neue beschäftigungspolitische Impulse zu geben.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung im Bereich der Schiene

- sich nachdrücklich dafür einsetzen, daß die auf der Grundlage des Vertrages von La Rochelle festgelegte ICE/TGV-Anbindung des Saarlandes und Lothringens an das europäische Hochgeschwindigkeitsnetz durch die Verbindung Paris-Saarbrücken-Frankfurt umgehend verwirklicht wird.
- anstreben, den Hauptbahnhof Saarbrücken in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn AG im Hinblick auf die Einrichtung einer ICE-Verbindung aufzuwerten.
- sich für eine IC-Verbindung Brüssel-Straßburg via Saarbrücken, die Saarbrücken zu einem wichtigen Knotenpunkt macht, einsetzen.
- sich dafür einsetzen, die Bahnstrecke im Moseltal mit einer durchgehenden Verbindung Trier-Perl-Thionville-Metz zu versehen und für die Benutzer attraktiv zu machen.
- sich dafür einsetzen, eine Direktverbindung von Saarbrücken nach Luxemburg einzurichten.

- sich dafür einsetzen, daß neben einer schnellen Verbindung nach Frankfurt über die Nahe-Strecke unter Einschluß von Türkismühle auch eine eng vertaktete Nahverkehrsverbindung dorthin gewährleistet wird.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung im Bereich des Nahverkehrs

- mit allen Beteiligten ein abgestimmtes Nahverkehrskonzept mit einer einheitlichen und durchschaubaren Tarifstruktur und attraktiven Taktzeiten und Verbindungen entwickeln und umsetzen.
- im Rahmen des Konzeptes sicherstellen, daß die Saarbahn zu einer Saarlandbahn fortentwickelt wird, und den Anschluß des ländlichen Raums an die Saarbahn sicherstellen.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung im Bereich des Straßennetzes

- dafür Sorge tragen, daß die Straßen im Saarland in einen ausreichend guten Zustand versetzt und durch entsprechende Maßnahmen ständig unterhalten werden.
- das saarländische Streckennetz im Hinblick auf notwendige Lückenschlüsse untersuchen und unter strenger Abwägung von wirtschaftlichen und umweltschützerischen Gesichtspunkten sowie der berechtigten Interessen der Anwohner eine Prioritäten- und Investitionsliste erstellen.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung im Bereich des Luftverkehrs

- intensiv die Möglichkeit einer besseren Kooperation der Flughäfen im Saar-Lor-Lux-Raum im Rahmen eines überregionalen Flughafenkonzeptes prüfen.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung im Bereich der Wasserstraßen

- sich dafür einsetzen, daß der Ausbau der Saar zur Großschiffahrtsstraße bis St. Arnual fortgesetzt wird. Um den Anliegen des Naturschutzes zu entsprechen, sollen die St. Arnualer Wiesen gemäß Biotopkartierung mit Ausnahme des für den Umschlagplatz benötigten Geländes als Naturschutzgebiet ausgewiesen werden.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung im Bereich des Güterverkehrs

- auf dem Teil des frei gewordenen Völklinger Saarstahl-Geländes ein Güterverkehrszentrum mit City-Logistik errichten. Dort sind die Güterverkehre auf Straße, Schiene und Wasserstraße zusammenzuführen, um den schnellsten, kostengünstigsten und umweltverträglichsten Transportweg anbieten zu können.

7. Kultur der Selbständigkeit

Der Strukturwandel im Saarland wird nur gelingen, wenn wir es schaffen, neue Betriebe anzusiedeln oder zu gründen und bestehende Betriebe in ihrer Existenz zu sichern. Die CDU Saar setzt deshalb im Rahmen einer service-orientierten Wirtschaftsförderung für mehr Beschäftigung auf eine Drei-Wege-Strategie mit den Komponenten offensive Ansiedlungspolitik, Unterstützung von Existenzgründern und Wachstumsförderung von kleinen und mittleren Betrieben.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- zur Intensivierung und Ergänzung dieser Strategie alle bisher in diesem Bereich tätigen Institutionen gänzlich oder teilweise in einer „Zukunftsstiftung Saarland“ zusammenfassen. Aufgabe der „Zukunftsstiftung“ ist es, strategische Konzepte zur Förderung des Strukturwandels zu entwickeln und umzusetzen, Existenzgründungen und Erweiterungen durch die Bereitstellung von Risikokapital und Bürgschaften zu unterstützen sowie das

heimische Unternehmerpotential durch qualifizierte Technologie und Marktbewertung und durch Unterstützung beim Technologietransfer zu fördern.

- Mittel der Wirtschaftsförderung entsprechend ihrer Wirkung auf die Beschäftigung einsetzen.

Offensive Ansiedlungspolitik

Voraussetzung einer erfolgreichen Ansiedlungspolitik ist ein attraktiver Wirtschaftsstandort. Für das Saarland sprechen dabei die zentrale Lage in Europa, die gut ausgebaute wirtschaftsnahe Infrastruktur, die Verfügbarkeit von qualifizierten und motivierten Arbeitskräften sowie die europäische Kompetenz des Landes und der Menschen. Durch die bereits genannten Maßnahmen können die Stärken des Wirtschaftsstandortes Saarland verbessert und die Schwächen beseitigt werden.

Neben der Straffung und der Konzentration der Förderinstrumente ist die internationale und grenzüberschreitende Standortwerbung sowie die Bereitstellung geeigneter Flächen als Instrument offensiver Ansiedlungspolitik auszubauen.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- verstärkt neue Gewerbegebiete und Gewerbeimmobilien unter Einbeziehung von Konversionsflächen bereitstellen.
- das Gewerbeflächenmanagement weiterentwickeln und verbessern. Insbesondere sind die Kommunen mit modernen Kommunikationseinrichtungen zu vernetzen, um auch im Bereich des Gewerbeflächenmanagements miteinander kooperieren zu können.

Unterstützung von Existenzgründern

Ansiedlungen alleine können wegfallende Arbeitsplätze nicht kompensieren. Deshalb kann die Umstrukturierung der saarländischen Wirtschaft nur gelingen, wenn ein größeres Potential an Existenzgründern zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze erschlossen werden kann.

Leider müssen wir feststellen, daß im Saarland immer noch ein erhebliches Defizit an Selbständigen herrscht. Die „Kultur der Selbständigkeit“ ist bei uns unterentwickelt. Hier muß eine Veränderung des Bewußtseins eintreten, damit wir dieses Defizit überwinden können.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- Existenzgründer durch entsprechende Maßnahmen nicht nur zum Gründungszeitpunkt, sondern während der gesamten Aufbauphase begleiten.
- Existenzgründungsprämien von bis zu 50.000 DM abhängig von der Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze vergeben.
- als zentrale Anlaufstelle ein „Haus der Unternehmer“ gründen, in dem alle notwendigen Dienstleistungen unter einem Dach angeboten werden.
- den Zugang zu Wagniskapital für Existenzgründer wesentlich verbessern.

8. Innovations- und Technologieoffensive Saar

Um den Strukturwandel weiter zu beschleunigen, ist im Saarland ein weiterer Innovationsschub in Forschung und Unternehmen, im Denken und der Produktion erforderlich. Ein zentrales Element der Politik der CDU Saar ist deshalb eine Innovations- und Technologieoffensive. Diese umfaßt Maßnahmen in der Forschungsstruktur, beim Technologietransfer und in der Technologieförderung.

Praxisorientierter Ausbau der Forschungsinfrastruktur

Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen verbessern nicht nur die allgemeinen Standortbedingungen, sondern lösen mittelfristig erhebliche Beschäftigungseffekte aus. Deshalb muß der Ausbau von Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen forciert werden.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- ein landesweites Forschungsförderungsprogramm auflegen, in dessen Rahmen universitäre und außeruniversitäre Forschungsvorhaben gezielt unterstützt werden können. Dies gilt insbesondere für Projekte, die für die wissenschaftlich-technologische Entwicklung des Saarlandes von Bedeutung sind.
- regelmäßig überprüfen, welche Infrastruktureffekte und Spin-Offs von einzelnen Forschungseinrichtungen ausgehen. Unser Ziel ist es, daß aus jedem subventionierten Forscherarbeitsplatz binnen fünf Jahren mindestens drei nachweisbare Arbeitsplätze entstehen. Ist dies nicht der Fall, sind Subventionen gegebenenfalls einzustellen bzw. zu reduzieren.

Von der Forschung in die Wirtschaft - Technologietransfer

An den saarländischen Hochschulen und den in ihrem Umfeld angesiedelten modernen Forschungseinrichtungen ist enormes technologisches Wissen konzentriert. Damit daraus wirtschaftsstrukturell gewünschte Effekte entstehen, müssen Wissenschaft und Wirtschaft schneller noch näher zusammengebracht werden. Dazu hat das Saarland in der Vergangenheit verschiedene Anstrengungen unternommen. Diese Aktivitäten müssen konzentriert und gebündelt und durch weitere Initiativen ergänzt werden.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- den Bau eines Science-Parks als technologische Infrastruktureinrichtung an der Universität Saarbrücken weiter forcieren.
- sicherstellen, daß die potentiellen Firmengründer im Science-Park eine vollständige Betreuung mit preisgünstigen Informationen über Patente, Patentanmeldungsverfahren und Unterstützung bei Steuer- und Unternehmensberatung erfahren.
- wie an der Universität des Saarlandes auch an der Hochschule für Technik und Wissenschaft ein Starter-Zentrum für die Gründung entsprechender Unternehmen einrichten.
- das Starter-Zentrum an der Universität räumlich und konzeptionell erweitern.
- ein „Erfinderzentrum“ einrichten, in dem die institutionellen und finanziellen Fördermöglichkeiten für Erfindungen und deren Schutzrechte konzentriert und weiterentwickelt werden können.
- jährlich einen Preis „Gründer und Erfinder des Jahres“ ausloben, um Existenzgründer und Erfinder auch von außerhalb des Saarlandes anzuziehen.
- den Modellversuch „praktische Studienphase von Fachhochschulabsolventen im Handwerk“ weiter ausbauen.

Technologieförderung in der Wirtschaft

Neben dem Technologietransfer ist die direkte finanzielle Unterstützung von innovativen Vorhaben und Projekten ein Bestandteil der Technologiepolitik der CDU Saar. Diese bereits praktizierte Förderung soll weiter ausgebaut und beschäftigungspolitisch wirksamer gemacht werden.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- das Förderprogramm durch zusätzliche Mittel so ausgestalten, wie dies im Durchschnitt der alten Bundesländer der Fall ist.
- sich dafür einsetzen, daß der Förderhöchstsatz für Investitionen bei technologieorientierten Unternehmensgründungen aus dem Hochschulbereich durch eine entsprechende Komplementärfinanzierung des Bundes von 18% auf 28% erhöht werden kann.

9. Entwicklung neuer Wirtschaftsfelder

Das Saarland muß sich konsequent zur Förderung moderner Technologien bekennen. Ideologische Widerstände müssen wir endlich überwinden. Die Kommunikationstechnologien, industrienähe Dienstleistungen aber auch Bio- und Gentechnologie eröffnen große Wachstumspotentiale.

Telekommunikation

Den Bereichen Telekommunikation und Multimedia kommt weltweit ein enormes Wachstumspotential zu. Die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien werden dabei weitgehende Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft mit sich bringen. Ein hohes Anwendungsniveau dieser Technologien auf der Basis einer optimalen Telekommunikationsinfrastruktur ist zu einem wesentlichen Faktor für die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Wirtschaftsregionen geworden. Gerade deshalb ist es unabdingbar, daß das Saarland an diesen positiven Entwicklungen teilhat. Im Zuge der Umstrukturierung kommt den Bereichen Telekommunikation und Multimedia daher eine besondere Bedeutung zu.

Im Infrastrukturbereich ist vorrangiges Ziel die Verbesserung der saarlandinternen Netzstruktur, so daß potentiellen Nutzern von Telekommunikationsdienstleistungen (inkl. Datendiensten) eine kostengünstige Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden kann. Da die Anbieter von Datendiensten keine eigenen Durchleitungsrechte besitzen, sind infrastrukturelle Maßnahmen für den Bereich Datendienste in besonderer Weise erforderlich. Ziel muß es sein, eine Unabhängigkeit der Datendiensteanbieter von den Sprachdienstleistern herzustellen.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- den Ausbau des landesweiten „Saar-Netzes“ weiter vorantreiben. Der saarländische Datenaustauschknoten (Sarlix) muß dabei zum Netzknoten des Saar-Netzes ausgebaut werden. Die Realisierung des Saar-Netzes erfolgt in Zusammenarbeit mit privaten bzw. öffentlich-rechtlichen Netzbetreibern. Um den ländlichen Raum nicht zu benachteiligen, soll entfernungsunabhängig tarifiert werden.
- ein regionales Saar-Lor-Lux-Breitbandnetz initiieren, um das Saarnetz an Netze in Lothringen und Luxemburg anzuschließen. Auf diese Weise soll das Saarland als grenzüberschreitende Modellregion für Telekommunikationsdienste und innovative Medienprojekte ausgebaut werden.
- ein Modellprojekt „Rückkanalfähige Kabelnetze“ initiieren und finanzieren, mit dem die saarländischen Breitband-Kabelnetze rückkanalfähig gemacht werden sollen.

Information und Kommunikation gewinnen im beruflichen und gesellschaftlichen Leben eine immer größere Bedeutung. Deshalb ist es notwendig, unsere Kinder so früh wie möglich mit der neuen Technologie vertraut zu machen.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- im Rahmen des Projektes „Schulen ans Netz“ alle weiterführenden Schulen mit einem Anschluß an das Internet und der dafür notwendigen Computerausstattung ausrüsten.

- an 40 ausgesuchten Modellschulen durch eine entsprechende Hardwareausrüstung die Einrichtung von Multimedia-Laboren fördern.
- dafür sorgen, daß die Schulen durch ein eigenes „Intranet“ miteinander verbunden sind.
- dafür sorgen, daß die Lehrpläne, die Lehrbücher und die Ausbildung der Lehrkräfte im Hinblick auf die neuen Technologien überarbeitet werden.
- dafür sorgen, daß bestehende Chancenungleichheiten durch erweiterte Übungsangebote in den Schulen selbst beseitigt werden.
- im Saarland die Einrichtung einer Multimedia-Akademie vorantreiben.
- an der Universität des Saarlandes einen Fachbereich Kommunikationswissenschaften einrichten, in dem in Zusammenarbeit mit der Hochschule der Bildenden Künste alle universitären Aktivitäten im Bereich Informations- und Kommunikationswissenschaften gebündelt werden.
- dafür Sorge tragen, daß alle saarländischen Bildungsträger Tele-Learning zur Wissensvermittlung einsetzen können.

Damit die Unternehmen der Saarlwirtschaft ihre Wettbewerbsfähigkeit sichern können, müssen sie das Anwendungsniveau der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien weiter verbessern.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- die Einrichtung branchenspezifischer Multimedia-Gewerbezentren insbesondere im ländlichen Raum unterstützen. In diesen Centern sollen Firmen für ihre Mitarbeiter Telearbeitsplätze anmieten können.
- gerade die kleineren und mittleren Unternehmen durch Investitionsförderung unterstützen.
- in Zusammenarbeit mit IHK, HWK und weiteren Wirtschaftsverbänden eine Informationskampagne zur Anwendungsförderung moderner Technologien bei Spätanwendergruppen starten.
- darauf drängen, daß alle neuen Gewerbegebiete mit einem breitbandigen Glasfaseranschluß versehen und an das Saarnetz angebunden werden.
- durch spezielle Förder- und Beratungsprogramme die Einrichtung von Telearbeitsplätzen fördern.
- einen Ansprechpartner benennen, der alle Initiativen aus diesem Bereich bündelt und vorantreibt und darüber hinaus Ansprechpartner für Unternehmen und Existenzgründer ist.

Umwelt- und Energie-, Ernährungs-, Bio- und Gentechnologie

Unternehmen in den Bereichen Umwelt-, Energie-, Ernährungs-, Bio- und Gentechnologie haben gute Wachstumschancen. Die bereits vorhandenen Kompetenzen des Saarlandes in diesen Feldern sind verstärkt für die unternehmerische Verwertbarkeit und eine exportorientierte Wertschöpfung nutzbar zu machen. Es darf sich nicht wiederholen, daß das Saarland als einziges Bundesland an Wettbewerben der Bundesregierung zur Biotechnologie (BioRegio) nicht teilnimmt.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- im Rahmen der Innovations- und Technologieoffensive ein Zentrum für Zukunftssysteme einrichten. Das Zentrum wird Teil des Konzeptes sein, die Energie- und Umweltforschung als besonderen Schwerpunkt im Saarland weiter auszubauen.
- darüber hinaus das saarländische Zukunftssystemprogramm finanziell aufstocken.

- bestehende mittelständische Strukturen im Bereich der Bio- und Gentechnologie gezielt fördern.
- die Rahmenbedingungen für den Auf- und Ausbau der Biotechnologie verbessern.
- in diesem Zusammenhang ein Zentrum für Biotechnologie einrichten.
- die interdisziplinäre Vernetzung der biologischen Forschung im Saarland vorantreiben und notwendige Anschubfinanzierungen sicherstellen.
- den Forschungsschwerpunkt „Biologisch komponierte Materialien und Systeme“ ausbauen.

Tourismus

Der Fremdenverkehr bietet eine wichtige Basis, um das Dienstleistungsangebot nachhaltig zu verstärken. Der Tourismus ist ein Wirtschaftsfaktor mit besonderer Perspektive, sowohl für den ländlichen Raum im Rahmen des Erholungs- und Gesundheitstourismus als auch für den Ballungsraum im Zusammenhang mit dem Städte- und Kongreßtourismus. Die geographisch günstige Lage des Saarlandes, seine freundlichen Menschen mit der besonderen Lebensart sowie die vielfältige Schönheit der Landschaft sind wichtige Voraussetzungen für die erfolgreiche Entwicklung des Tourismus.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- grenzüberschreitende Initiativen ergreifen, um den Saar-Lor-Lux-Raum zu einem Zentrum europäischer Industriekultur zu machen. Dazu bedarf es eines gemeinsamen Vermarktungskonzeptes sowie einer grenzüberschreitenden Konzeption einer Industriekulturstraße Saar-Lor-Lux mit dem Weltkulturerbe Völklinger Hütte als Herzstück im Saarland.

Handwerk

Dem Handwerk kommt eine besondere Rolle bei der Gestaltung des notwendigen Strukturwandels in unserem Land zu. Es hat dauerhafte, krisenfeste Arbeitsplätze geschaffen und damit wesentlich zur wirtschaftlichen Stärkung der Region beigetragen. Mittelstandsvorrangpolitik muß daher einen Schwerpunkt bei der Förderung des Handwerks setzen.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- eine Imagekampagne für das regionale Handwerk, verbunden mit einer Dienstleistungsoffensive des regionalen Handwerks, fördern.
- Projekte und Initiativen fördern, die zum Ausbau regionaler Netzwerke dienen. Damit werden interregionale Wirtschaftskreisläufe und Kooperationen entlang von Produktlinien gestärkt.
- den Aufbau grenzüberschreitender Bietergemeinschaften im Handwerk fördern.
- an dem „Großen Befähigungsnachweis“ festhalten.
- die staatliche Meisterschule in Zusammenarbeit mit der Handwerkskammer des Saarlandes zu einem Kompetenzzentrum zur Erlangung des europäischen Meisterbriefes ausbauen.

10. Sozialverträgliche Lösungen im Bergbau

Im Zentrum der Bemühungen unserer Politik steht die Schaffung dauerhafter Arbeitsplätze. Dies erreichen wir nur durch einen konsequenten Strukturwandel im Saarland. Dieser Strukturwandel muß finanziell begleitet werden. Mittel, die bisher in anderen Bereichen gebunden sind, müssen schrittweise umgelenkt werden.

Die Kohlezeit im Saarland geht zu Ende. Der Anpassungsprozeß im Bergbau wird weitergehen. Die CDU Saar bekennt sich dazu, daß der Anpassungsprozeß sozialverträglich und ohne betriebsbedingte Kündigungen organisiert sein muß. Die im Bergbau Beschäftigten sind in den Prozeß des Strukturwandels einzubeziehen. Die technische Kompetenz muß gesichert werden. Am Ende des Anpassungsprozesses aber muß ein auch ohne Steinkohleförderung lebensfähiges Saarland stehen. Dazu ist es notwendig, den Einsatz öffentlicher Mittel zur Schaffung neuer dauerhafter Arbeitsplätze zu verstärken.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- an der bis 2005 gesetzlich festgeschriebenen Steinkohlefinanzierung festhalten und die im Kohlekompromiß 1997 gemachten Zusagen zur sozialverträglichen Gestaltung des Arbeitsplatzabbaus und der Personalanpassungsmaßnahmen einhalten.
- mit der Bundesregierung Verhandlungen aufnehmen mit dem Ziel, noch in dieser Legislaturperiode eine Anschlußregelung für die bis 2005 laufende Vereinbarung im Bergbau zu beschließen. Die durch Anpassungen der Kohlehilfen frei werdenden Subventionen müssen zu einem beschleunigten Strukturwandel genutzt werden. Die Reduzierungen der Kohlehilfen müssen durch die Aufstockung der Strukturhilfen kompensiert werden.
- mit der Bundesregierung Verhandlungen aufnehmen mit dem Ziel, auf der Grundlage des von allen Parteien beschlossenen Saar-Memorandums zusätzliche Strukturhilfen für den Aufbau neuer Arbeitsplätze bereits im Zeitraum bis zum Jahr 2005 zu erhalten.
- Rahmenbedingungen setzen, damit die Energie- und Bergbautechnologie-Kompetenz des Saarlandes verstärkt im internationalen Wettbewerb genutzt werden kann.
- dafür Sorge tragen, daß neue Abbauvorhaben nur auf der Basis umfassender und vollständiger Umweltverträglichkeitsprüfungen umgesetzt werden.
- dazu beitragen, daß bis zum Auslaufen der Steinkohleförderung im Saarland Bergbau unter stark bewohntem Gebiet möglichst unterbleibt.
- darauf achten, daß geschaffene Vertrauensbestände bei Abbauplanungen berücksichtigt werden.
- Initiativen ergreifen, um die Menschen, die unter den Auswirkungen des untertägigen Abbaus leiden, besser zu schützen. Dazu gehört eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Bundesberggesetzes (Ausdehnung der Bergschadensvermutung, Beweislastumkehr, Naturalrestitution statt Geldersatz) und die Einrichtung einer ständigen Arbeitsgruppe „Bergschäden“.

11. Zukunft der Stahlindustrie

Im Stahlbereich besteht dringender politischer Handlungsbedarf. Die Saarstahl AG in Völklingen befindet sich seit Jahren im Konkurs. Seitens der Landesregierung benannte Zeitpunkte zur Beendigung von Konkurs und Zwangsvergleich werden nicht eingehalten. Die Fragen des unternehmerischen und des betrieblichen Konzepts sind seitens der Landesregierung nicht geklärt. Potentielle Investoren wurden verprellt. Eine eigenständige und konsequente Vertretung der Interessen des Landes ist nicht erkennbar. Dem Bestreben, die Mehrheitsverhältnisse bei der Dillinger Hütte nachteilig zu verändern, wird nicht Einhalt geboten.

Eine CDU-geführte Landesregierung wird deshalb

- für die schnellstmögliche Beendigung von Konkurs und Zwangsvergleich bei der Saarstahl AG sorgen.

- eine tragfähige unternehmerische Lösung bei der Saarstahl AG anstreben, die staatliche Beteiligungen oder Treuhänderlösungen entbehrlich macht.
- darauf hinwirken, daß Synergien in der saarländischen Stahlindustrie zwar genutzt, eine mehrheitliche Beteiligung der Saarstahl AG an der Dillinger Hütte aber vermieden wird. Die Eigenständigkeit und die Option auf strategische Partnerschaften der Dillinger Hütte außerhalb des Saarlandes dürfen nicht eingeschränkt werden.
- darauf hinwirken, daß die Mandate des Konkursverwalters und der Treuhänder schnellstmöglich beendet werden.
- dazu beitragen, daß potentielle Investoren gesucht und positiv begleitet werden. Es darf sich nicht wiederholen, daß Investoren verprellt und durch derart unbedachtes Handeln die Wettbewerbssituation nachteilig verändert wird. Die Kontakte zu Usinor Sacilor sind im Interesse der saarländischen Stahlindustrie zu pflegen und auszubauen.

12. Bündnis für Arbeit Saar

Seit Jahren besteht im Saarland die Gemeinschaftsinitiative Saar mit Vertretern politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich relevanter Gruppen. Die Arbeit des Gremiums ist ineffektiv. Abgesehen von Forderungen an Dritte wurden Entscheidungen bisher nicht getroffen.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- die im Landtag vertretenen Parteien an den Beratungen der Gemeinschaftsinitiative Saar beteiligen.
- auf den zeitnahen Abschluß eines „Bündnisses für Arbeit Saar“ hinwirken.
- im Rahmen dieses „Bündnisses für Arbeit“ die dargestellten Maßnahmen zum Strukturwandel und zur Standortaufwertung diskutieren und bewerten lassen.
- im Rahmen dieses Bündnisses die Sicherung eines ausreichenden Angebotes an Ausbildungsplätzen anstreben. Jedem Jugendlichen, der ausbildungswillig und –fähig ist, muß ein Ausbildungsplatz angeboten werden können. Notwendig sind aber auch Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungsreife und zur Erhöhung der zeitlichen Präsenz im Betrieb.
- zusammen mit den Tarifpartnern landesspezifische Schritte und Instrumentarien entwickeln, die eine verstärkte Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Betriebskapital und der Wertschöpfung ermöglichen
- mit den Tarifpartnern Rahmenbedingungen für beschäftigungsorientierte Tarifabschlüsse erörtern.
- spezielle Angebote für Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte entwickeln, um diesen den Weg in den ersten Arbeitsmarkt zu öffnen.

13. Bundespolitische Rahmenbedingungen

Die wirtschaftliche Entwicklung und das Bemühen um die Schaffung neuer Arbeitsplätze wird durch bundespolitische Entscheidungen wesentlich beeinflusst. Aktive Landespolitik muß daher ihre Einflußmöglichkeiten auf Bundesebene nutzen, um zu verhindern, daß durch bundespolitische Entscheidungen die Chancen für Wachstum und Beschäftigung negativ beeinflusst werden.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- darauf hinwirken, daß die Neuregelung der 630-DM-Jobs und der sogenannten Scheinselbstständigkeit zurückgenommen und beschäftigungsfreundlich ausgestaltet wird. Dem Mißbrauch muß entgegengewirkt werden.
- sich bei der Reform der Lohn-, Einkommen- und Körperschaftssteuer dafür einsetzen, daß eine deutliche Nettoentlastung erfolgt, die Steuersätze auf ein international konkurrenzfähiges Maß zurückgeführt werden und im Rahmen der Gegenfinanzierung Belastungen des Mittelstandes unterbleiben, um die Eigenkapitalbasis gerade der kleinen und mittleren Unternehmen zu stärken.
- darauf achten, daß unter dem Deckmantel der sogenannten „ökologischen Steuerreform“ keine reinen Abkassiermodelle eingeführt werden.
- darauf hinwirken, daß durch Reformmodelle der bürokratische Aufwand nicht erhöht, sondern verringert wird.

14. Eigenständiges Wirtschaftsministerium

Die Schaffung neuer, dauerhafter Arbeitsplätze und die Bewältigung des notwendigen Strukturwandels an der Saar sind Aufgaben von zentraler politischer Bedeutung. Ihre Bewältigung setzt ein eigenständiges, voll funktionsfähiges Wirtschafts- und Strukturministerium voraus. Die Zusammenlegung von Wirtschafts- und Finanzministerium hat sich nachweislich nicht bewährt. Diese Fehlentscheidung muß dringend korrigiert werden.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- die Zusammenlegung von Wirtschafts- und Finanzministerium unverzüglich rückgängig machen und wieder ein eigenständiges Wirtschaftsressort einrichten.
- in diesem Ressort die wirtschafts- und strukturpolitischen Kompetenzen bündeln.
- dafür Sorge tragen, daß die Kombination von Wirtschaft und Wissenschaft auch administrativ stärker zusammengeführt wird als in der Vergangenheit.

15. Finanzielle Handlungsspielräume schaffen

Die Haushaltslage des Saarlandes hat sich auch nach Abschluß der über fünf Jahre gewährten Sonder- und Bundesergänzungszuweisungen nicht wesentlich verbessert. Trotz der Bundeshilfen in Höhe von insgesamt 8 Mrd. DM konnten die Gesamtschulden des Saarlandes nur um rund 2 Mrd. auf immer noch 12,6 Mrd. DM gesenkt werden. Die damit verbundenen hohen Zins- und Tilgungslasten, aber auch das Ausbleiben grundlegender Strukturverbesserungen im Landeshaushalt führen dazu, daß auch nach Ende der Teilentschuldungsperiode von 1993-1998 die strukturelle Unterdeckung des Landeshaushaltes fortbesteht. Auch in den nächsten Jahren werden die laufenden Einnahmen zur Deckung der laufenden Ausgaben nicht ausreichen. Damit bleibt die Frage der Überlebensfähigkeit des Saarlandes aus eigener Kraft weiter auf der politischen Tagesordnung. Die von der SPD-Landesregierung in den letzten Jahren vorgenommenen Haushaltsmaßnahmen haben im wesentlichen zur Verschlechterung der Situation bei der Polizei, im Bildungsbereich und in der Justiz- und Steuerverwaltung geführt, nicht jedoch zu notwendigen strukturellen Verbesserungen.

Die CDU Saar wird demgegenüber dafür sorgen, daß durch intelligente Maßnahmen der Haushaltsführung Spielraum geschaffen wird, um den notwendigen Strukturwandel zu begleiten, neue Arbeitsplätze zu schaffen und somit ein dauerhaftes Überleben des Landes zu sichern.

Für die CDU Saar ist die Notwendigkeit sparsamer Haushaltsführung unbestritten. Dazu gehört jedoch eine konkrete Vorstellung, welche Aufgaben das Land auf Dauer wahrnehmen muß,

welche Aufgaben es im Falle der Finanzierbarkeit wahrnehmen soll und welche Aufgaben von Dritten wahrgenommen werden können.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- die verbindliche Regelung einführen, daß alle Ausgaben, die jährlich neu zu beschließen sind, im Zuge der mittelfristigen Finanzplanung mit einer für den Zeitraum der Legislaturperiode 1999 bis 2004 geltenden verbindlichen Obergrenze gedeckelt werden.
- neue Leistungsgesetze mit zusätzlichen finanziellen Belastungen nur noch beschließen, wenn eine entsprechende Gegenfinanzierung festgelegt wird.
- alle bisher vom Land wahrgenommen Aufgaben einer kritischen Prüfung unterziehen.
- mittels externer, unabhängiger Gutachter die Leistungsfähigkeit und Ausstattung der Landesverwaltung überprüfen lassen.
- alle Subventionen und Leistungen des Landes an Dritte einer kritischen Überprüfung hinsichtlich Zielsetzung, Kosten und Nutzen unterziehen.
- die Möglichkeit der länderübergreifenden Kooperation und damit der Schaffung von Synergieeffekten verstärkt nutzen.
- die Leistungsfähigkeit der Landesverwaltung durch die konsequente Aus-, Fort- und Weiterbildung der Bediensteten und durch ein effizientes Personalmanagement und Personalplanungen erhöhen.
- die Mittel der Repräsentation und Öffentlichkeitsarbeit innerhalb des Saarlandes um 50% reduzieren.

Landes- und Kommunalverwaltungen müssen von den traditionellen Strukturen und Vorgaben der kameralistischen Haushaltsführung und den starren Regeln der Verwaltungsabläufe befreit werden, um größere Flexibilität und mehr Rationalisierung zu erreichen.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- einen mit jährlich 5 Mio. DM ausgestatteten Fonds einrichten, aus dem die Landesverwaltung unabhängig vom Haushalt Investitionsmittel abrufen kann, um den Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechniken (IuK) voranzutreiben. Kostenersparnisse in den mit IuK ausgestatteten Bereichen werden zur Aufstockung dieses Fonds verwandt.
- die Kostenrechnung und Budgetierung in allen Bereichen der Landesverwaltung einführen.
- neben der Überprüfung durch den Rechnungshof das verwaltungseigene Controlling als Instrument sparsamer Haushaltswirtschaft ausbauen.
- durchsetzen, daß jeder ausgabenwirksame Maßnahme der Landesverwaltung vor ihrer Realisierung eine Abwägung von Kosten und Nutzen vorangeht, die vom Controlling zu prüfen ist.
- alle Möglichkeiten der Rationalisierung von Arbeitsabläufen durch gezielte Investitionen in neue Mittel der Datenverarbeitung und Kommunikation ausschöpfen.
- durch ein System von Leistungsanreizen und Stärkung der Eigenverantwortung die Bereitschaft zu Kostenbewußtsein und zur Einbringung eigener Rationalisierungsvorschläge der Landesbediensteten wecken.
- die Motivation des Landespersonals durch gezielte Personalentwicklung, leistungsgerechte Vergütung und gerechte Aufstiegschancen verbessern.
- im Bundesrat eine Initiative starten zur Einführung eines flexibleren öffentlichen Dienst- und Besoldungsrechtes.

Der Bund eröffnet dem Saarland durch seine Hilfen Chancen. Diese müssen jedoch zielgerichtet zur Strukturverbesserung und Schaffung neuer Arbeitsplätze genutzt werden.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- als vorrangige Aufgabe die Privatisierung bisheriger öffentlicher Unternehmen oder landeseigener Beteiligungen auf der Basis externer Gutachten vorantreiben. Darüber hinaus sind durch gesetzgeberische Maßnahmen echte Privatisierungen auf kommunaler Ebene zu fördern.
- die dem Land zustehenden Einnahmequellen ausschöpfen und Versuche des Bundes, weitere finanzielle Belastungen auf die Länder abzuwälzen, konsequent abwehren.
- die Zinsersparnisse durch die vom Bund für die Jahre 1999 bis 2004 vorgesehene zweite Teilentschuldung nach dem erfolgreichen Vorbild des Landes Bremen in voller Höhe für ein „Zukunftsinvestitionsprogramm Saar“ einsetzen.
- von der Bundesregierung die zügige Umsetzung der im Saar-Memorandum vorgesehenen Maßnahmen in Höhe von insgesamt 2,5 Mrd. DM einfordern.
- die aus der Privatisierung erzielten Erlöse in vollem Umfang dem „Zukunftsinvestitionsprogramm Saar“ zuführen.
- die Personal- und Sachausstattung der Steuerverwaltung so verbessern, daß ordnungsgemäß Steuern erhoben und Rückstände in Millionenhöhe abgebaut werden können.
- darauf hinwirken, die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden so auszugestalten, daß dauerhaft die Leistungsfähigkeit der kleinen Bundesländer gewährleistet und die Verteilung der Kompetenzen und Lasten nach den Grundsätzen des Föderalismus geordnet wird. Wir bekennen uns zum Prinzip des Wettbewerbsföderalismus. Voraussetzung ist dabei aber, daß der Wettbewerb auf der Basis gleicher Startchancen stattfindet.

Leitbild 2: Bildung und Wissenschaft zuerst

Unsere Kinder sind unsere Zukunft. Investitionen in unsere Kinder sind deshalb Investitionen in unsere Zukunft. Bildung und Ausbildung sind Themen der Zukunft. Für die CDU Saar heißt das: Neben der Schaffung neuer Arbeitsplätze haben Bildung und Ausbildung, d.h. die Betreuung und Förderung unserer Kinder, absolute Priorität. Unser Ziel ist es, unseren Kindern die besten Schulen, die besten Bildungs- und die besten Ausbildungsmöglichkeiten zu eröffnen.

1. Kostenlose Kindergärten

Kindergärten werden als vorschulische Einrichtungen zur Vorbereitung der Kinder auf die Schule immer wichtiger. Sie sind somit zunehmend Bildungseinrichtungen wie Schulen oder Hochschulen. Schule und Hochschule allerdings sind kostenfrei. Deshalb ist in der Konsequenz nicht einzusehen, weshalb Vorschulen bzw. Kindergärten u.a. durch Elternbeiträge finanziert werden.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- innerhalb der nächsten Legislaturperiode die Familien von den Kosten der vorschulischen Erziehung entlasten und einen landeseinheitlichen Elternbeitrag schaffen, der schrittweise auf Null zurückgeführt wird. Die dadurch entstehenden Kosten von ca. 40 Mio. DM sollen durch Umschichtungen im Haushalt und durch Verbesserungen der Einnahmesituation gedeckt werden.

2. Die besten Schulen für unsere Kinder

Wir wollen die besten Schulen in Deutschland für unsere Kinder. Deshalb ist es Ziel unserer Bildungspolitik, die Qualität des Bildungswesens wieder in den Vordergrund zu rücken. Neue Reformen zur Qualitätsverbesserung sind notwendig. Die Bewältigung von technologischem Wandel, Wertewandel und verändertem Erziehungsauftrag stellt uns vor neue Herausforderungen.

Die Schule von heute ist oft zu sehr von der Lebenswirklichkeit abgekoppelt. Die gesellschaftliche Entwicklung ist weitergegangen – die Schule ist stehengeblieben. Wir brauchen die Schule für morgen, die sich differenziert den gesellschaftlichen, technologischen, wirtschaftlichen und pädagogischen Herausforderungen stellt, die nicht nur das Recht des einzelnen auf persönliche Entfaltung befriedigt, sondern auch auf die Verantwortung des einzelnen in der Gesellschaft vorbereitet. Schule muß sich zu Leistung bekennen. Unterschiedliche Begabungen verlangen unterschiedliche Förderung. Schule muß auch Spitzenbegabungen erkennen und fördern.

Schule - Raum für Erziehung und Unterricht

Moderne Schule ist Erziehung und Partnerschaft. Dabei kann und will die Schule die Erziehung im Elternhaus nicht ersetzen, sie kann nur Partner der Eltern sein. Erziehung ist nicht möglich, wenn Eltern und Lehrer nicht einig sind, wie erzogen werden soll. Deshalb brauchen wir wieder Vereinbarungen über pädagogische Werte und Tugenden, über einen gemeinsamen Erziehungsstil der Lehrkräfte einer Schule mit Unterstützung der Eltern, die Vermittlung der Einsicht, daß Anstrengung und Leistung nicht im Widerspruch zu Freude am Lernen stehen. Um diese Vereinbarungen zu treffen, bedarf es eines ständigen Dialoges aller an der Schule Beteiligten.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- einen offenen Erziehungs- und Wertedialog zwischen Lehrern, Eltern und Schülern in Gang setzen. Als Ausdruck dieses Dialoges und der Eigenverantwortung von Schule soll sich jede Schule einen Schulvertrag als Grundlage schulischen Lebens und Lernens geben.

Fundament Grundschule

In besonderer Weise muß sich die Grundschule als Fundament für den weiteren Bildungsweg die obengenannten Ziele zu eigen machen. Die Grundschule ist die wichtigste Schule. Hier werden Einstellungen zum Lernen und zum Verhalten geprägt. Sie muß deshalb - in kindgerechter Weise, aber auch immer leistungsbezogen - auf die anschließende Schule vorbereiten. Am Ende der Grundschulzeit wird erwartet, daß alle Kinder richtig lesen, schreiben und rechnen können.

Gerade die Grundschule muß sich aber den geänderten familiären Situationen anpassen. Sie darf in dieser Beziehung Eltern nicht alleine lassen.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- garantieren, daß es für die Grundschulen und die Klassen 5 und 6 der weiterführenden Schulen verläßliche Unterrichtszeiten geben wird.

Grundqualifikationen und Allgemeinbildung

Kein Unterricht kann sich auf die Vermittlung von Fachwissen beschränken. Der Lehrer muß gleichzeitig und ständig Wert auf die Vermittlung grundlegender Lernmethoden, vor allem der Techniken des Lesens, Schreibens und Rechnens legen. Hinzu kommt der Umgang mit dem Computer. Diese Grundqualifikationen sind integraler Bestandteil des Unterrichts aller Schulformen.

Die CDU Saar legt auf die Beherrschung der Grundqualifikationen und auf eine breite Allgemeinbildung besonderen Wert.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung dafür sorgen, daß

- die sprachliche Richtigkeit in allen schriftlichen Arbeiten berücksichtigt wird.
- alle Kinder ab der Grundschule mit dem Computer arbeiten lernen.
- Wiederholen und Üben, Kontrollieren und Korrigieren wieder zu Grundlagen erfolgreichen Unterrichts und Lernens werden.
- mit aufsteigenden Klassen zunehmend mehr fächerverbindend unterrichtet wird, weil sich eine komplexe Welt nicht nur in Schulfächern einordnen läßt.
- bei den Schülern Lernneugier und Lernen im Team als Grundlage für das Interesse am lebenslangen Lernen und eine erfolgreiche Berufstätigkeit aufgebaut wird.
- neue Lernfelder, wie zum Beispiel Wirtschaft und Recht, in den Fächerkanon aufgenommen werden.
- verpflichtend für alle Schulformen schulbegleitende Berufspraktika eingeführt werden. In der Grundschule sollen die Kinder im Rahmen des Sachunterrichts mit Betriebsbesuchen Einblick in die Arbeitswelt erhalten. In der Sekundarstufe I sind insgesamt sechs, in der Sekundarstufe II vier Wochen an Praktika nachzuweisen. Die Praktika können auch in den Ferien absolviert werden. Ziel ist es, den Schülerinnen und Schülern während der gesamten Schullaufbahn den Kontakt zur Arbeitswelt zu ermöglichen und eventuelle Fehlentscheidungen bei der Berufswahl zu verhindern.
- außerschulische Experten bei der Erarbeitung neuer Lehrpläne und bei der Erstellung nach Qualitätsstandards mitarbeiten und mitbestimmen.

Rahmenbedingungen verbessern

Alle Visionen einer modernen Schule sind nicht umsetzbar, wenn die notwendigen äußeren Voraussetzungen für einen erfolgreichen Unterricht und eine gute Erziehung nicht oder nur unzureichend gegeben sind.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- dafür sorgen, daß in sozialen Brennpunkten, in Klassen mit vielen ausländischen Kindern, in Klassen mit gemeinsamen Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Kindern und im Hauptschulbildungsgang keine Klassen größer als 25 sind und Grundschulklassen im Laufe der Zeit nicht zusammengelegt werden.
- eine doppelte Unterrichtsgarantie abgeben. Diese umfaßt, daß Stunden, die auf dem Stundenplan stehen, auch tatsächlich gehalten werden und daß den Schülern Unterricht, der ihnen seit 1985 durch die Kürzung die Stundentafeln gestrichen worden ist, soweit wie möglich wieder zukommt.
- eine „Lehrerfeuerwehr“ für alle Schulen einrichten. Diese soll erkrankte Lehrer unverzüglich und nicht erst nach zwei Monaten vertreten.

Qualität verbessern

Auch die Qualität der Schulen muß garantiert werden. Schulverwaltung und Lehrer werden sie nicht allein bestimmen, sondern es muß auch außerschulischer Sachverstand einbezogen werden. Die neue CDU-Landesregierung will die Schule von innen heraus stärken. Nur dann kann Schule ihre Aufgabe bewältigen und ihre Ziele in einer modernen Gesellschaft erreichen.

Um dies zu erreichen ist es notwendig, daß

- Gesellschaft, Politik und Eltern zu Schule und Lehrkräften stehen und diese bei ihrer Arbeit positiv begleiten;
- pädagogische Entscheidungen wieder den notwendigen Stellenwert in unserer Gesellschaft erhalten;
- der fortschreitenden Verrechtlichung und Bürokratisierung der Schule Einhalt geboten wird.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- eine Landeskommision für Bildung und Erziehung einsetzen, der Fachleute aus Wirtschaft, Handel, Handwerk, Schule und Hochschule angehören. Die Kommission wird Empfehlungen mit hoher Verbindlichkeit für das Ministerium erarbeiten. Die Empfehlungen der Kommission werden veröffentlicht.
- wieder eine zentrale Abschlußprüfung beim mittleren Bildungsabschluß einführen. Auch der Hauptschulabschluß wird wieder an das Bestehen einer zentralen Prüfung gebunden. Vornoten werden einbezogen.
- ab dem zweiten Schuljahr wieder Notenzeugnisse statt Wortzeugnisse einführen.
- zusätzlich zu den Leistungszeugnissen in Abschlußklassen Sozialzeugnisse mit Noten über Mitarbeit, Betragen und Leistungsstreben ausstellen. Darüber hinaus werden die Versäumnisse ausgewiesen. Auch schulisches Engagement und nachgewiesener außerschulischer Einsatz im sozialen, kulturellen und sportlichen Bereich werden dokumentiert.
- zur objektiven Vergleichbarkeit der Qualitätsstandards am Ende der Grundschule und der 6. Klasse landeseinheitliche Vergleichsarbeiten in den Hauptfächern schreiben lassen. Die zentralen Abschlußprüfungen und Vergleichsarbeiten sind Bausteine im Vergleich schulischer Qualität zwischen den Bundesländern.

- zur Steigerung der Transparenz und Ergebnisverantwortung der Schulen die Aufgabenstellungen, die Bewertungsmaßstäbe sowie die von den Schulen erreichten Leistungen in einem Jahrbuch veröffentlichen.
- dafür sorgen, daß zukünftig allen schriftlichen Arbeiten ein Notenspiegel beigelegt wird zur Information der Eltern über den Leistungsstand ihres Kindes im Rahmen des Leistungsbildes der Klassen.
- den Wechsel zum Gymnasium wieder von einer Empfehlung der Grundschule abhängig machen. Erhält ein Schüler die Empfehlung nicht, kann er das Gymnasium besuchen, wenn er ein Aufnahmeverfahren erfolgreich absolviert.
- das Gymnasium in seinem eigentlichen Ziel, die Studierfähigkeit der Absolventen vorzubereiten, stärken. Die Fähigkeit der Absolventen soll in einer zentralen Abiturprüfung nachgewiesen werden.
- die Voraussetzungen schaffen, damit die Schüler das Abitur generell bereits nach 12,5 statt nach 13 Jahren erlangen.

Neue Qualität für berufliche Bildung

Die Frage nach Qualität und Begabtenförderung ist zu lange nur in Verbindung mit den allgemeinbildenden Schulen und der Universität gesehen worden. Die Betrachtung muß sich endlich auf den Bereich der beruflichen Bildung richten. Immerhin besuchen ca. 80 % eines jeden Altersjahrganges diese Bildungsgänge, sei es im dualen System, sei es in beruflichen Vollzeitschulen.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- an der Universität des Saarlandes die Ausbildung der Lehrkräfte für das Lehramt an beruflichen Schulen im Bereich der Technik- und Wirtschaftswissenschaften wieder anbieten. Dies ist auch ein unverzichtbarer Beitrag zur wirtschaftlichen Umstrukturierung unseres Landes.
- die beruflichen Gymnasien fördern und ausbauen, denn sie leisten einen wesentlichen Beitrag in der Schullandschaft unseres Landes.
- die Anrechnungspflicht für Absolventen des Berufsgrundbildungsjahres und der zweijährigen Berufsfachschule als Lehrstellenhemmnis beseitigen, denn diese Pflicht wirkt sich mittlerweile bei Bewerbungen um eine Lehrstelle meist negativ aus.
- die Fachoberschulen inhaltlich den Erfordernissen der neuen Technologien anpassen.
- keinen undifferenzierten Unterricht mehr zulassen, in dem Schüler ohne Abschluß bis hin zu Abiturienten sitzen, denn er mindert die Qualität berufsschulischer Bildung.
- die Standorte der Berufsbildungszentren garantieren, um einen teuren Schülertourismus zu vermeiden.
- die schulischen Leistungen in die Prüfungen mit einbeziehen und die Berufsschullehrer an den Prüfungen beteiligen.
- praktische Eliten mit geistigen Eliten gleichstellen und die Meisterprüfung gebührenfrei stellen. Die Meisterprüfung ist ebenso Teil der Ausbildung wie das Staatsexamen. Gebührenfreiheit ist nicht nur ein Gebot der Gerechtigkeit, sondern auch eine zusätzliche Maßnahme zur Förderung von Existenzgründungen und Selbständigkeit.

Integration Behinderter

Nach 15 Jahren ist eine Revision der derzeitigen Integrationspraxis im Interesse einer bestmöglichen Förderung behinderter Kinder erforderlich. Immer mehr Integration behinderter

Kinder in den Regelschulen bei gleichzeitiger Reduzierung der finanziellen Mittel hat sich nachteilig auf die Qualität der Förderung behinderter Kinder ausgewirkt. Integration darf nicht ideologisch mißbraucht werden. Im Mittelpunkt der Entscheidung muß das Wohl des behinderten Kindes stehen. Ihm ist nicht damit gedient, wenn es zwar eine Regelklasse besucht, dort jedoch weniger gefördert wird als in einer Sonderschule.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- die bewährten Schulen für Behinderte zu Förderschulen weiterentwickeln. Diese Schulen sind Basis und Zentrum einer behindertengerechten schulischen Qualifikation. An großen Förderschulen wird für lernbehinderte Schüler mit entsprechenden Schulleistungen die Möglichkeit vorgesehen, in einem freiwilligen 10. Schuljahr den Hauptschulabschluß zu erwerben.
- den gemeinsamen Unterricht lern- oder geistigbehinderter Kinder mit nichtbehinderten Kindern auf die Grundschule beschränken. Für diese zieldifferente Integration in der Grundschule wird eine ausreichende Personalversorgung gewährleistet.

Lehrerbildung

Die heutige Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer paßt weder zur geänderten Schülergeneration, noch zu dem neuen Anspruch von Eltern und Gesellschaft an den Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schule. Verbesserungen bei der Lehrerbildung sind deshalb notwendig.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- Lehrer schulformbezogen ausbilden. Der Einsatz von Lehrerinnen und Lehrern über Schulformen hinweg ist nur im Ausnahmefall möglich.
- die Fremdsprachenkompetenz stärken. Voraussetzung für eine Einstellung ist eine ausreichende Fremdsprachenkenntnis. Darüber hinaus soll die Lehrerausbildung grenzüberschreitend organisiert werden.
- die Medienkompetenz durch Einführung eines Internetführerscheins stärken.
- das bisherige Staatliche Landesinstitut für Pädagogik und Medien durch ein eigenes Zentrum für Lehrerbildung und Lehrerfortbildung an der Universität des Saarlandes ersetzen.
- am Zentrum eine Akademie für Schulmanagement einrichten, an der Lehrer, die eine Führungsfunktion in der Schule anstreben, auf diese Aufgabe vorbereitet werden. Das Zentrum ist auch zuständig für Hochschuldidaktik als wesentlicher Bestandteil der Arbeit des Hochschullehrers.

Qualität ist nicht nur durch eine Verbesserung der unterrichtlichen Rahmenbedingungen zu steigern, sondern auch durch die Beseitigung der grundlegenden Organisationsdefizite in der Schule.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- sicherstellen, daß jeder Schule ein Hausmeister und - abhängig von ihrer Größe - eine Sekretariatskraft zur Verfügung gestellt wird.
- sicherstellen, daß an jeder größeren Schule ein Schulassistent arbeitet, der u.a. zuständig für die Sammlungen und Medien ist und der Schulleitung für besondere pädagogische Arbeiten zur Verfügung steht.

Personalvertretung und Schulaufsicht

Mitbestimmung in der Schule bedeutet auch originäre demokratische Teilhabe der Lehrkräfte. Diese ist von der SPD einem Großteil der Schulen in ungerechtfertigter Weise aberkannt worden.



Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- an allen Schulen mit mehr als vier Lehrerstellen einen örtlichen Personalrat einrichten. Schulen mit weniger Lehrerstellen sollen sich auf Gemeindeebene mit anderen Schulen gleicher Schulform zusammenschließen.

Eine wirksame Untere Schulaufsicht setzt eine hinreichende Größe der Schulaufsichtsbehörde voraus. Zwei Drittel der Schulämter genügen diesen Voraussetzungen nicht.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- die jetzige Organisation der Unteren Schulaufsicht überprüfen mit dem Ziel, eine effizientere Organisationsstruktur zu finden.

3. Hochschulen

Vorrang für Bildung heißt auch konsequente Förderung der Hochschulen des Landes und Ausbau der Wissenschaftsstrukturen und Forschungseinrichtungen. Die CDU Saar will deshalb richtungsweisende Wege beschreiten und neue Perspektiven aufzeigen, damit die Leistungsfähigkeit unserer Hochschullandschaft, insbesondere der Universität des Saarlandes, sichergestellt wird.

Wir setzen auf die Stärkung der Autonomie der Hochschule. Dies gilt für Fragen der Gestaltung der Forschung und Lehre ebenso wie für Fragen der Selbstverwaltung und des Einsatzes von Finanzmitteln. Wir treten für ein ausgewogenes Nebeneinander von Grundlagenforschung und angewandter Forschung einerseits sowie zwischen Geistes- und Naturwissenschaften andererseits ein.

Die Universität des Saarlandes ist keine Technische Hochschule. Sie muß ihr eigenes Profil entwickeln. Vor allem europäische Gesichtspunkte sind dabei vorrangig zu beachten. Die Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen der Saar-Lor-Lux-Region ist konsequent auszubauen.

Finanzielle Planungssicherheit

Unsere Hochschulen brauchen eine ausreichende und langfristige finanzielle Planungssicherheit. Denn Profilierung und Schwerpunktsetzung sind nur möglich, wenn entsprechende finanzielle Rahmenbedingungen gegeben sind.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- über einen Zeitraum von fünf Jahren die Landesmittel für die Universität um real 1% erhöhen. Dies bedeutet zusätzliche Mehreinnahmen von insgesamt 12,5 Mio. DM.
- die globalen Minderausgaben in den letzten Jahren für die Universität zurücknehmen. Dies sind weitere 6,2 Mio. DM für die Universität.
- ein Sonderprogramm zur Verbesserung der Ausstattung der Bibliothek in Höhe von einer Mio. DM jährlich im Landeshaushalt einbringen.
- die finanziellen Grundlagen für die Konsolidierung der Hochschule für Musik und Theater sowie der Hochschule für Bildende Künste schaffen. Darüber hinaus wird sie die Hochschule für Technik und Wirtschaft konsequent ausbauen.

Eigenständiges Profil der Universität des Saarlandes

Für die Universität des Saarlandes müssen die gesetzlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß eine grenzüberschreitende Kooperation und Koordination zur Erleichterung von Profilbildung und Schwerpunktsetzung dauerhaft stattfinden kann. Wir wollen die Universität des Saarlandes zu einer echten „Europa-Universität“ machen.



Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- die Sprach- und Europakompetenz der Universität stärken durch die Einrichtung eines zentralen Sprachenzentrums.
- die Einrichtung der deutsch-französischen Hochschule im Saarland im Rahmen der Möglichkeiten unterstützen.
- an der Universität ein „Europaeum“ einrichten.
- sich für die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Hochschuldiploms einsetzen.

Daneben soll der Förderung interdisziplinärer Ansätze ein besonderer Stellenwert eingeräumt werden. Interdisziplinäre Konzepte bieten besondere Profilierungschancen und lassen ein hohes Maß an Erkenntnisfortschritt erwarten.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- Anschubfinanzierungen insbesondere dann zur Verfügung stellen, wenn sich Forscher interdisziplinär zusammentun und dadurch neuartige Konzepte entwickeln.
- die Forschungsförderung an festen Kriterien orientieren und regelmäßige Erfolgskontrollen durchführen.

Hochschule für Technik und Wirtschaft ausbauen

Das Fachhochschulstudium muß als echte Alternative zur Universität weiter gefördert werden. Dazu gilt es, neue Studienrichtungen zu schaffen und vorhandene konsequent auszubauen. Dies hilft auch dem Strukturwandel an der Saar.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- die Hochschule für Technik und Wirtschaft durch die Erweiterung des Fächerspektrums stärken. Insbesondere Studienrichtungen wie der Einsatz neuer Technologien in der Energie- und Verfahrenstechnik oder Lasertechnik sollen eingerichtet werden.
- sich dafür einsetzen, daß die Diskriminierung der Fachhochschulabsolventen beim Zugang zum höheren Dienst sowie bei der Besoldung im öffentlichen Dienst beendet wird.
- durch eine Stärkung der entsprechenden Bereiche die technische Ausrichtung der Hochschule für Technik und Wirtschaft weiter vorantreiben.
- die Kooperation zwischen Universität und Hochschule für Technik und Wirtschaft verstärken, um mehr Effizienz und größere Synergieeffekte zwischen den beiden Hochschulen zu erzielen.
- die Hochschule für Technik und Wirtschaft dezentralisieren, um andere Regionen aufzuwerten und den Strukturwandel an der Saar zu unterstützen.

Grundlegende Hochschulreform

Die Rahmenbedingungen für das Studium können nur durch eine grundlegende Hochschulreform verbessert werden. Der Schwerpunkt einer solchen Reform liegt bei der Einführung einer leistungsorientierten Hochschulfinanzierung, verbunden mit dem Übergang zu einem Hochschulglobalhaushalt.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- sich dafür einsetzen, daß neben der kameralistischen Haushaltsführung eine Wirtschaftsführung nach kaufmännischen Grundsätzen zugelassen wird.



- sich dafür einsetzen, daß die vom Bund und vom Land getragene Finanzierung grundsätzlich nach Maßgabe der in Forschung und Lehre sowie bei der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses erbrachten Leistungen ausgestaltet wird. Auch die hochschulinterne Mittelverteilung soll nach diesem Prinzip erfolgen.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil der Hochschulreform ist die Verkürzung der Studiendauer.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- Ansätze wie die Saarbrücker Schüler-Uni unterstützen, um eine begabungsbezogene Orientierung der Studierenden zu erreichen.
- einen zügigeren Studienablauf ermöglichen mit dem Ziel, daß innerhalb der Regelstudienzeit fachliche und außerfachliche Schlüsselqualifikationen vermittelt werden können.
- dazu nötige Anreize setzen, indem künftig neben der Zahl der Studierenden weitere Kriterien wie die Zahl der Abschlüsse innerhalb der Regelstudienzeit, Diplomanden und Doktoranden bei der Verteilung der Mittel berücksichtigt werden. Ausnahmen von dieser Finanzverteilung sind beim Aufbau neuer Fachbereiche und Studiengänge möglich.
- eine Freischußregelung in alle dafür geeigneten Prüfungsordnungen einführen.
- durch eine Verbesserung des Informationsangebotes, durch eine inhaltliche Überprüfung der Studiengänge, durch verbesserte und raschere Prüfungsverfahren sowie durch die Erprobung neuer Medien Beiträge zur Verkürzung der Studienzeiten leisten.
- sich für die Einführung regelmäßiger Leistungsnachweise und Zwischenprüfungen spätestens ab dem vierten Semester als frühzeitige Indikatoren für die Studierenden einsetzen. Das Bestehen der Zwischenprüfung bis spätestens zum Abschluß des sechsten Semesters soll Voraussetzung für die Fortsetzung des Studiums sein.

Die CDU Saar legt Wert auf eine verstärkte Autonomie der Universität des Saarlandes.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- regierungsstaatliche Einflußnahme zugunsten größerer Eigenverantwortung und Entscheidungsbefugnis der Universität zurücknehmen. Dazu bedarf es mehr Entscheidungskompetenz für die Universitätsleitung unter Berücksichtigung der Mitbestimmungsrechte der Mitglieder bzw. ihrer Gruppen. Entscheidung und Verantwortung müssen zusammengeführt werden. Die Mitbestimmung und die Mitwirkungsmöglichkeiten der Studierenden insbesondere in Fragen der Lehre sind zu stärken.

Die CDU Saar will Hochschulen, die in erster Linie junge Menschen qualitativ hochwertig ausbilden.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- dafür sorgen, daß sich die Hochschulen einem ständigen Prozeß der Bewertung ihrer Leistung unterziehen. Dieser Prozeß muß in einem transparenten Verfahren Vergleichsmöglichkeiten auch länderübergreifend ermöglichen. Die Evaluationspflicht muß auch für alle An-Institute gelten.
- bei Berufungen von Professoren deren hochschulpädagogische Eignung stärker berücksichtigen.
- dafür eintreten, daß im Rahmen des Besoldungsrechts zusätzliche Leistungsanreize für ein besonderes Engagement in den Bereichen Lehre, Weiterbildung und Drittmittel-Forschung geschaffen werden.



Die CDU Saar will auf die Gleichwertigkeit von universitärer und beruflicher Bildung hinwirken. Deshalb kann eine Benachteiligung von jungen Menschen in der beruflichen Bildung, die für ihre Ausbildung bezahlen müssen, gegenüber Langzeitstudenten nicht hingenommen werden.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- ab dem Zeitpunkt, wo die Regelstudienzeit um fünf Semester überschritten ist, von den betreffenden Studenten pro Semester Studiengebühren von 1000 DM erheben. Die damit verbundenen Einnahmen sind in voller Höhe wieder der Universität zur Verfügung zu stellen.

4. Kultur – identitätsstiftend und standortsichernd

Kultur ist Ausdruck der Identität einer Region und ihrer Menschen. Sie ist Gegenstand und Inhalt unseres gesamten gesellschaftlichen Bewußtseins. Sie prägt dieses aber auch, gibt Anstöße und verändert das Denken der Menschen. Kultur, Kreativität und Innovation sind untrennbar miteinander verbunden.

Kulturförderung als staatliche Aufgabe

Ein zukunftsfähiges Saarland muß deshalb der Kultur einen hohen Stellenwert einräumen. Wir wollen ein eigenes kulturelles Selbstbewußtsein in unserem Land schaffen.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- Kulturpflege zu einer pflichtigen Selbstverwaltungsaufgabe der Kommunen machen. Dadurch sollen den Kommunen keine höheren Kosten entstehen. Ziel ist es, die Kulturarbeit der Gemeinden bei allen notwendigen finanziellen Konsolidierungsbemühungen gegenüber Eingriffen Dritter zu schützen.
- ein Kulturfördergesetz einbringen, daß Regelungen bezüglich der Finanzierung, der Zusammenarbeit und Förderung von Kulturarbeit im Saarland enthält.
- im Rahmen dieses Gesetzes dafür Sorge tragen, daß die Kultur in Zukunft in stärkerem und genau festgelegtem Maße an den Totomitteln beteiligt wird. Die Kultur soll einen weitergehenden, angemesseneren und rechtlich fixierten Anspruch auf Mittelzuweisung und Planungssicherheit erhalten. Die Mittel sollen nicht zu Lasten des Sports, sondern zu Lasten der freien Verfügungsmittel der Totogesellschaft bereitgestellt werden.
- damit der Kulturarbeit im Saarland einen verlässlichen Rahmen geben.
- das Förderwesen insgesamt transparenter machen. Dazu soll jährlich rechtzeitig eine vollständige und umfassende Information der Kulturämter, Verbände, Vereine und freien Künstler über Förderprogramme und entsprechende Richtlinien erfolgen.
- bei der Erschließung neuer Wege in der Kulturförderung wie „Kultur-Fundraising“ helfen.
- Förderprogramme so gestalten, daß Mittel nicht mehr nach dem Gießkannenprinzip gewährt werden. Statt dessen sollen Anreize geschaffen werden, damit auch kleinere Projekte gefördert werden können und damit Veranstalter besondere Anstrengungen unternehmen, um eine finanzielle Negativbilanz zu verhindern.
- eine „Kulturagentur“ ins Leben rufen, die den Kulturschaffenden aller Sparten Unterstützung und Know-how gewährt bei Marketing-, Management- und Organisationsproblemen.
- einen Kulturaustausch fördern, der auch saarländischen Kulturschaffenden die Chance eröffnet, mit ihrem Wirken Resonanz außerhalb des Saarlandes zu finden. Dazu gehört auch die Hilfe bei der Teilnahme an überregionalen und internationalen Veranstaltungen, Messen und Studienaufenthalten.

- das Werk regionaler Künstler, Schriftsteller und Musiker so vollständig wie möglich sammeln, dokumentieren, bewahren und der Öffentlichkeit zugänglich machen. Hierzu werden wir Kooperation mit unseren Nachbarregionen anstreben.

Kommunale Kulturpolitik

Kulturpolitik ist unserem Verständnis nach für das Land und die Kommunen ein Teil der Daseinsfürsorge für den Bürger. Die kulturelle Vielfalt des Landes resultiert aus dem gleichwertigen Nebeneinander von Breitenkultur und Spitzenkultur. Impulse von außen sind notwendig. Nachhaltigkeit wird ihnen aber nur zukommen, wenn die Durchdringung mit dem eigenen kulturellen Potential gelingt. Ebenso sind die Einrichtungen der Spitzenkultur Impulsgeber für die Breitenkultur. Deshalb müssen die kulturelle Grundversorgung und die Konsolidierung vorhandener Kultureinrichtungen gewährleistet werden. Statt bloßer Kulturverwaltung sind Kulturgestaltung und innovative Möglichkeiten der Kulturarbeit gefragt. Gefragt ist auch eine neue Kooperation zwischen Land und Kommunen.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- einen Kulturverband Saar als gemeinsames Dach zur Koordinierung und Förderung kommunaler Kulturarbeit und zur Schaffung entsprechender Strukturen bilden, dem alle Gemeinden, Gemeindeverbände und das Land angehören. Ein Kulturbeirat, der sich aus Kulturschaffenden zusammensetzt, soll bei der Förderung kultureller Initiativen beratend mitwirken.
- ein Verzeichnis über die bestehende kulturelle Infrastruktur und der sie tragenden Personen erstellen und diese Informationen den kommunalen Kulturämtern zur Verfügung stellen sowie den Informationsaustausch zwischen den Kulturämtern fördern.
- einen landesweiten Veranstaltungskalender herausgeben und eine Aktion „Kulturämter ans Netz“ starten.
- die Kommunen beim Aufbau kommunaler Kulturarbeit und der Einrichtung entsprechender Verwaltungsbereiche beraten.
- Institutionen wie Musik- und Kunstschulen in ihrem Bestand sichern und fördern.
- die interregionale kulturelle Zusammenarbeit intensivieren und soweit wie nötig institutionalisieren.

Standortfaktor Kultur

Kultur ist zu einem Aushängeschild im Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte geworden. Als sogenannter „weicher Standortfaktor“ trägt das kulturelle Leben maßgeblich zur Attraktivität einer Region bei. Daneben gewinnt Kultur aber auch im Rahmen des Dienstleistungssektors eine zunehmende Bedeutung als wirtschaftlicher Wachstumsmarkt. Eine Professionalisierung in Richtung auf professionelles Kulturmanagement ist deshalb von großer Bedeutung.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- Aus- und Fortbildungen im Bereich des Kulturmanagements initiieren und unterstützen. In diesem Zusammenhang werden wir gemeinsam mit der IHK einen Ausbildungsgang „Kulturfachwirt“ einrichten.
- bei Betriebspraktika an Schulen den Kultursektor stärker berücksichtigen.
- künstlerische Berufe, insbesondere im Bereich der neuen Medien, stärker fördern. Die Ausbildung und Qualifizierung künstlerischer Berufe auch im Hinblick auf Unternehmensgründungen ausrichten.

Industriekultur als Spezifikum

Das Saarland verfügt über eine besonders reiche Industriekultur. Diese kann zu einem Alleinstellungsmerkmal gegenüber anderen Regionen entwickelt werden, insbesondere wenn dies mit grenzüberschreitenden Konzepten (Industriestraße Saar-Lor-Lux) verbunden wird. Vor diesem Hintergrund kommt dem Denkmalschutz besondere Bedeutung zu.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- das industriegulturelle Erbe des Landes pflegen und schützen.
- die touristische Erschließung der Industriedenkmäler des Landes fördern .
- das Weltkulturerbe „Alte Völklinger Hütte“ zu einem Ort des Übergangs von der Industrie- in die Wissensgesellschaft entwickeln. Dies setzt eine gemischte Nutzung unter Wahrung der Würde des Ortes voraus, bei der kulturelle, wissenschaftliche, gewerbliche, touristische und denkmalpflegerische Elemente organisch miteinander verbunden werden.

Strukturwandel im Saarland braucht mentale Veränderung, Innovation und Kreativität. Die Kultur kann hierzu einen bedeutenden Beitrag leisten.

Leitbild 3:

Das Saarland - ein europäisches Kompetenzzentrum

Unser Land braucht ein unverwechselbares Profil. Dieses Profil wird nicht mehr wie in der Vergangenheit von Kohle und Stahl geprägt. Statt dessen brauchen wir ein Alleinstellungsmerkmal. Dies kann die Konzentration europäischer Kompetenzen und Dienstleistungen im Saarland sein. Die Perspektive lautet: Das Saarland – Deutschlands Kompetenzzentrum für Europa.

Wir sind aufgrund unserer Geschichte und unserer geographischen Lage hierfür prädestiniert. Es ist eine historische Tatsache, daß die Saar dank der deutsch-französischen Verständigung schon längst kein Grenzland mehr in nationalstaatlichem Verständnis ist. Das Saarland ist Teil der europäischen Kernregion „Saar-Lor-Lux“. Das gilt erst recht nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit, auch wenn sich das bundespolitische Entscheidungszentrum vom Rhein an die Spree verlagert.

Mehr noch als bisher gilt, daß saarländische Politik in Zukunft eine europäische Dimension hat und auf die strukturelle Entwicklung der Saar-Lor-Lux-Region ausgerichtet sein muß. Zugleich handelt es sich dabei um eine kulturpolitische Aufgabe von herausragender Bedeutung: Es geht um die stetige Freisetzung aller kreativen Kräfte in der Region.

Das Saarland ist aus einer nationalen Randlage in eine europäische Kernlage gerückt. Dies ist unsere historische Chance. Aber geographische Lage und Geschichte reichen nicht aus, um europäische Kompetenz zu beanspruchen. Harte Arbeit und konsequente Politik sind notwendig.

1. Sprachkompetenz als Voraussetzung

Europäische Kompetenz ohne Sprachkompetenz ist undenkbar. Im Hinblick auf das zusammenwachsende Europa und die Globalisierung des Arbeitsmarktes gewinnt das Beherrschen von Fremdsprachen immer mehr an Bedeutung. Englisch ist und bleibt dabei die wichtigste Fremdsprache. Gerade aber im Saarland mit seiner unmittelbaren Nähe zu Frankreich wird es künftig unentbehrlich sein, Französisch zu beherrschen. Denn gerade im Saar-Lor-Lux-Raum entwickelt sich die Beherrschung der deutschen und der französischen Sprache immer mehr zum Standortvorteil und zum Markenzeichen. Allerdings verlangen auch immer mehr Arbeitsplatzbeschreibungen die Beherrschung beider Sprachen.

Deshalb tritt die CDU Saar dafür ein, daß Französisch neben Deutsch wie eine zweite Muttersprache und Englisch als weitere Sprache gelernt wird. In der Grenzregion Elsaß-Lothringen gibt es schon jetzt eine Vielzahl von vorschulischen und schulischen Einrichtungen zur Förderung der Zweisprachigkeit. Um gegenüber diesen Regionen nicht den Anschluß zu verlieren, ist es deshalb gerade für saarländische Kinder ungemein wichtig, schon frühzeitig Französisch zu lernen.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- ihre Initiative für deutsch-französische Kindergärten konsequent fortsetzen und auf die weiteren Bildungsbereiche ausdehnen.
- sukzessive flächendeckend deutsch-französische Kindergärten einrichten. Die Einrichtung von einigen wenigen Modellkindergärten reicht nicht aus. Zur Umsetzung wird die CDU-Landesregierung ein landesweites Austauschprogramm von französischen und deutschen Erzieherinnen initiieren.
- sicherstellen, daß die im Kindergarten erworbenen Sprachfähigkeiten auch im Grundschulbereich fortgesetzt werden können. Dazu soll nach und nach in den

Grundschulen zweisprachiger Sachunterricht erteilt werden. Auch dazu ist in der Schulpraxis ein Austausch von deutschen und französischen Lehrkräften vorzunehmen.

- in Zusammenarbeit mit den Hochschulgremien für eine Ausweitung von zweisprachigen Studienangeboten sorgen.
- das Dolmetscher-Institut zu einem übergreifenden, zentralen Sprachenzentrum ausbauen. Dort soll die Bündelung der Bereiche Computerlinguistik, Informationswissenschaft, EDV, Übersetzen und Dolmetschen erfolgen.

2. Grenzüberschreitende Strukturen entwickeln

Selbstverständlich genügt die Sprachkompetenz alleine nicht, um dem Saarland ein europäisches Profil zu verleihen. Zusätzlich sind viele weitere Maßnahmen notwendig. Die bestehenden Ansätze auf institutioneller Ebene müssen mit Lebendigkeit auf der Ebene der Menschen gefüllt werden. Saar-Lor-Lux muß in die Köpfe der Menschen. Solange dies nicht geschieht, wird Saar-Lor-Lux eher ein künstliches Gebilde bleiben. Dieses Bemühen erfordert eine langfristig angelegte Politik der kleinen Schritte auf den verschiedenen Ebenen.

Schulische und berufliche Ausbildung

Bildung, Wissenschaft und Kultur können entscheidend zu einem gemeinsamen Saar-Lor-Lux-Bewußtsein beitragen und Impulse liefern.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- im Bereich der Schulen die Initiative für Zweisprachigkeit durch eine Intensivierung des grenznahen Schüler- und Lehreraustausches unterstützen. Dazu werden die Möglichkeiten von grenzüberschreitenden Schulpartnerschaften und Kooperationen erleichtert. Darüber hinaus sind Anreize im Bereich der grenzüberschreitenden Tätigkeit von Lehrkräften zu schaffen.
- europäische und grenzüberschreitende regionale Themen und Probleme verstärkt in die Gestaltung der Lehrpläne einbeziehen.
- durch Förderung und Initiierung von grenzüberschreitenden Betriebspraktika und Ausbildungsverbünden auch im Bereich der beruflichen Ausbildung die Sprachkompetenz verstärken.
- sich für die Einführung eines überregionalen Berufsbildungspasses einsetzen, damit Abschlüsse transparent und grenzüberschreitend anerkannt werden.
- Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen fördern, mit denen grenzüberschreitende Zusatzqualifikationen erworben werden können.
- sich für den Aufbau einer europäischen Meisterschule einsetzen.

Hochschule

Der Raum zwischen Saarbrücken, Trier, Metz und Nancy ist ideal geeignet für die Schaffung einer deutsch-französischen hochschulpolitischen Kompetenzzone. In diesem Zusammenhang begrüßt die CDU Saar ausdrücklich die Einrichtung der Deutsch-Französischen Hochschule in Saarbrücken. Sie ist die erste supranationale Einrichtung im Saarland. Damit erhält unser Land die Chance, bei der Entwicklung integrierter deutsch-französischer Studiengänge mit der beiderseitigen Anerkennung von Abschlüssen eine Vorreiterrolle zu spielen. Daneben gibt es aber eine Reihe weiterer, teilweise bereits beschriebener Maßnahmen im Bereich der Hochschulen, die zur Verstärkung der europäischen Kompetenz beitragen können.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- sich dafür einsetzen, daß in Kooperation mit den Nachbarregionen ein Interregionales Forschungs- und Entwicklungsinstitut an der Universität des Saarlandes begründet wird. Dieses soll in allen praktischen Fragen der Anwendung wissenschaftlicher Fragestellungen und Methoden bezogen auf regionale Fragestellungen und Probleme tätig werden.
- die interregionale Zusammenarbeit zwischen den Hochschulinstituten ausbauen.

Grenzüberschreitende kommunale Zusammenarbeit

Das Karlsruher Abkommen eröffnet zahlreiche Möglichkeiten grenzüberschreitender Zusammenarbeit zwischen den Gebietskörperschaften. Diese Zusammenarbeit ist den Bürgerinnen und Bürgern im Saar-Lor-Lux-Raum nicht fremd. Allerdings müssen die Möglichkeiten stärker als bisher genutzt werden. Grenzüberschreitende Städtekooperationen müssen vorangebracht und kommunale Netzwerke geknüpft werden.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- eine Kontaktstelle einrichten, die kommunalen Vertretern als Anlaufstelle dient, um Informationen und Hilfestellung beim Aufbau grenzüberschreitender Kontakte auf der Basis des Karlsruher Abkommens bis hin zur Errichtung kommunaler Zweckverbände zu erhalten. Dabei ist eine Kooperation mit bereits bestehenden Einrichtungen möglich.
- den Aufbau bzw. Ausbau bestehender grenzüberschreitender kommunaler Zweckverbände unterstützen.
- die notwendige Kooperation im Bereich der inneren Sicherheit, des Rettungsdienstes und des Katastrophenschutzes verbessern.

Ausbau der grenzüberschreitenden Infrastruktur

Für die Entstehung und Förderung eines grenzüberschreitenden, regionalen europäischen Bewußtseins, aber auch für die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Saar-Lor-Lux ist es von besonderer Bedeutung, daß die Zusammenarbeit über Grenzen hinweg gerade im Alltag erlebbar ist. Deshalb ist die Schaffung grenzüberschreitender Infrastrukturen sehr wichtig.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- sich für die Einbindung des Saarlandes in das Europäische Verkehrsnetz etwa im Bereich des Schienenverkehrs oder des Luftverkehrs einsetzen.
- die Schaffung grenzüberschreitender Infrastrukturen im Verkehrs-, Versorgungs- und Entsorgungsbereich unterstützen. Dazu gehört insbesondere die grenzüberschreitende Erschließung durch ein attraktives Nahverkehrsangebot.

3. Saar-Lor-Lux institutionell verankern

Die Entwicklung der europäischen Kernregion setzt eine zunehmende institutionelle Verankerung voraus. Die bestehenden Institutionen müssen schrittweise ausgebaut und ergänzt werden.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- darauf hinwirken, daß künftig an der Durchführung regionaler Gipfel Vertreter der regionalen parlamentarischen Gremien beteiligt werden.
- auf die Ergebnisorientiertheit regionaler Gipfel achten.
- auf die Gründung einer Initiative Saar-Lor-Lux hinwirken, deren Ziel die Schaffung gemeinsamer Entscheidungsgremien ist.

- die europapolitischen Kompetenzen des Landes als Querschnittsaufgabe eigenständig in der Staatskanzlei bündeln.

4. Saar-Lor-Lux erfahrbar machen

Saar-Lor-Lux muß in den Köpfen der Menschen verankert werden. Deshalb sind Wege zu finden, die die Entwicklung eines echten Regionalbewußtseins fördern.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- auf die Entwicklung eines Saar-Lor-Lux-Logos hinwirken.
- ein grenzüberschreitendes Bürgertelefon einrichten.
- grenzüberschreitend den Sport- und Kulturaustausch fördern und eigene Saar-Lor-Lux-Wettbewerbe anregen und durchführen.
- für eine konsequente zweisprachige Beschilderung eintreten.
- eine Aktion „Kulturelles Erbe des Saar-Lor-Lux-Raumes“ ins Leben rufen.
- „Grenzraum-Informations- und Beratungszentren“ schaffen, die über Rad- und Wanderwege, Sehenswürdigkeiten und Veranstaltungen grenzüberschreitend informieren.

5. Europäische Kompetenz dokumentieren – Wirtschaftsstandort profilieren

Mit der Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes und der Einführung des Euros eröffnen sich für das Saarland neue Chancen. Das Saarland kann zum Standort europäischer Dienstleistungen (Sprachdienste, Marktöffnung, Kontakt zu europäischen Institutionen und Programmen, Finanzdienstleistungen) werden. Gleichzeitig findet es sich aber auch in einem verstärkten Wettbewerb innerhalb der Großregion Saar-Lor-Lux wieder. Auf diese Situation muß die Landespolitik deshalb durch grenzübergreifende Kooperationen, Erschließung neuer Märkte im Saar-Lor-Lux-Raum, aber auch durch die Stärkung des eigenen Standortes reagieren.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- schnellstmöglich die im Saarland geplanten Eurozonen „Europark Goldene Bremm“ und „Europark Creutzwald-Überherrn“ realisieren. Eurozonen sind europaweit einmalige Projekte, um gemeinsame Industrie- und Gewerbeflächen an oder unmittelbar auf der Grenze zu erschließen. Dabei können Vorteile beider nationaler Standorte gebündelt werden, so daß das Projekt „Eurozone“ von hoher wirtschaftsstruktureller Bedeutung für die Gesamtregion ist.
- überprüfen, ob weitere Standorte für die Einrichtung von Eurozonen in Betracht kommen.
- sich dafür einsetzen, daß die Zusammenarbeit zwischen Handwerks- und Wirtschaftskammern sowie Wirtschaftsverbänden und kommunaler Wirtschaftsförderung verbessert wird, damit die Geschäftstätigkeit kleiner und mittlerer Betriebe in der Region verbessert werden kann.
- sich dafür einsetzen, daß auf gesetzliche, administrative und nationale Rahmenbedingungen zurückgehende Hemmnisse für die grenzüberschreitende Tätigkeit von kleinen und mittleren Betrieben abgebaut werden.
- die IHK des Saarlandes beim Aufbau eines französischen Kompetenzzentrums unterstützen.

- an einer allerdings modifizierten gemeinsamen Standortvermarktung festhalten. Im Vordergrund wird die Werbung für den Wirtschaftsstandort Saarland mit seinen grenzüberschreitenden Möglichkeiten und ergänzenden Perspektiven in den weiteren Teilen der Großregion stehen.

Leitbild 4:

Eine saubere und gesunde Umwelt für unsere Kinder

Die CDU Saar stellt sich der Verpflichtung, nachfolgenden Generationen ein lebendiges Saarland in einer lebenswerten Umwelt zu hinterlassen. Wirtschaft ist kein Selbstzweck. Vielmehr muß sie sich an ihrem Beitrag zur gesellschaftlichen Wohlfahrt messen lassen. Als politische Partei mit christlicher Grundhaltung muß die Bewahrung der Schöpfung im Mittelpunkt politischen Handelns der CDU stehen.

Wir brauchen eine stärkere und wirksamere Umweltpolitik als bisher. Aber wir brauchen kein Mehr an Bevormundung, an Bürokratie und an Kostenbelastung. Die CDU Saar setzt sich dafür ein, daß die umweltpolitischen Instrumente wirksamer werden, nicht bürokratischer.

Die CDU Saar bekennt sich ausdrücklich zum Zeitbild der nachhaltigen Entwicklung. Sie verknüpft wirtschaftliche Entwicklung und soziale Wohlfahrt mit dem dauerhaften Schutz unserer Lebensgrundlagen.

Der Schutz der Umwelt bedarf der Zusammenarbeit aller in unserem Land. Die CDU Saar unterstützt den Agenda 21-Prozeß. Das Leitbild der Aktiven Bürgergesellschaft ist auf die Umsetzung der Agenda 21 auf kommunaler Ebene zu übertragen. Mit Verantwortungsbewußtsein und Kooperation können wir unsere Naturgüter besser schützen als mit ausufernden Regulierungen in Gesetzen und Verordnungen.

Eine wirksame Umweltvorsorge führt zur Senkung der Standortkosten von morgen. Die erforderliche Senkung der Entsorgungskosten der Wirtschaft darf jedoch nicht zu einer Absenkung der Umweltstandards führen.

Wirksame Umweltpolitik braucht beides. Unbürokratisches Verwaltungshandeln und Selbstverantwortung statt Bevormundung, aber auch eine starke Umweltgesetzgebung und deren konsequenten Vollzug.

Bei ihren umweltpolitischen Vorhaben setzt die CDU Saar auf eine Partnerschaft zwischen Staat und Wirtschaft. Dies erfordert ein dem Gemeinwohl und der Umwelt verantwortliches und gleichwohl freies Handeln. Eine CDU-geführte Landesregierung strebt einen Umweltpakt Saarland mit der saarländischen Wirtschaft an, aus dem neue Anforderungen für ein verantwortliches Handeln im Umweltschutz erwachsen.

Die Wirtschaft sagt Leistungen im Umweltschutz zu, die über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehen; die neue Landesregierung verpflichtet sich zu freiwilligen Fördermaßnahmen und zur Entlastung der Betriebe von überflüssigen Vorschriften.

1. Nachhaltige Energiepolitik

Die saarländische Wirtschaft besitzt eine hohe Kompetenz im Bereich der Energieversorgung und -dienstleistung. Der Ausbau dieser Kompetenz ist das Ziel einer CDU-geführten Landesregierung. Energiedienstleistungen nehmen hier ebenso wie die Entwicklung und Anwendung erneuerbarer Energien eine zentrale Stellung für die Zukunft ein. Die CDU Saar begrüßt die Liberalisierung der durch Gebietsmonopole übersteuerten Strom- und Gaswirtschaft und den dadurch ermöglichten Wettbewerb auf dem Energiemarkt.

Energieeinsparung in öffentlichen Gebäuden

Rationelle und umweltverträgliche Erzeugung und Verwendung von Energie ist die Grundlage unserer Energiepolitik.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- ein Investitionsprogramm auflegen mit dem Ziel, die Energieeinsparung in öffentlichen Gebäuden zu optimieren. Eine solche Initiative wird zu geringeren Betriebskosten für die öffentliche Hand, zu einer Vorbildwirkung für private Bauherren, zu Beschäftigungseffekten für regionale Handwerksbetriebe und zu einer Entlastung der Umwelt führen.

Alternative Energien

Die CDU Saar setzt sich dafür ein, daß der Anteil der regenerativen Energien an der Energieversorgung weiter ausgebaut wird. Darüber hinaus steht sie für einen behutsamen Ausbau der Windenergie.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- die Forschung im Hinblick auf die weitere Entwicklung nachhaltig verfügbarer Energien wie z.B. die Sonnenenergie fördern und intensivieren.
- den Landesentwicklungsplan Windenergie so ausgestalten, daß die Bemühungen der touristischen Entwicklung im Naturpark Saar-Hunsrück nicht behindert werden. Außerhalb der auszuweisenden Vorrangflächen für Windenergie sind Genehmigungen für Windkraftanlagen nur mit Zustimmung der betroffenen Kommunen zu erteilen.

Kraftwerke

Der Zubau von großen Kondensations-Kraftwerken ohne die realistische Möglichkeit, die Abwärme zu nutzen, ist umweltpolitisch nicht verantwortbar. Kleineren effektiven Stromerzeugungseinheiten gehört statt dessen die Zukunft.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- den Bau eines zweiten Kraftwerkes in Bexbach nicht genehmigen.
- sich für den Neubau eines 100 MW-Kohlekraftwerkes mit modernster Kraft-Wärme-Kopplung und höchstem Wirkungsgrad sowie für die Förderung von Blockheizkraftwerken einsetzen.

2. Für eine leistungsfähige saarländische Landwirtschaft

Die CDU Saar bekennt sich zur Landwirtschaft. Nur leistungsfähige landwirtschaftliche Betriebe sind in der Lage, die Kulturlandschaft zu erhalten.

Die Landwirtschaft im Saarland trägt entscheidend zur Erhaltung der Kulturlandschaft, der Artenvielfalt und der Steigerung des Erholungswertes bei. Naturschutz und Landwirtschaft sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Beiden Seiten geht es um eine nachhaltige und ökologische Nutzung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Leitbild für die zukünftige Entwicklung sollte der Erhalt und die Entwicklung einer lebendigen Kulturlandschaft sein, die langfristig ökonomisch sinnvoll und ökologisch verträglich gestaltet ist.

Vom Saarlandwirt

Saarländische Landwirtschaftsprodukte sind Spitze. Die umweltschonend und landschaftsverträglich produzierten Erzeugnisse bieten beste Voraussetzungen für eine Premium-Vermarktung.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- die Initiative „Vom Saarlandwirt“ ebenso wirkungsvoll unterstützen wie die Umstellung von konventionellem auf alternativen Landbau und die weitere Unterstützung der AGÖL-

Betriebe. Der Zukunftsmarkt für die saarländische Landwirtschaft liegt dabei vor der Haustür. Der geringe Selbstversorgungsgrad des Saarlandes mit Fleisch bietet eine große Chance für die Regionalvermarktung, eine höhere Wertschöpfung für die Produzenten, höhere Transparenz für den Verbraucher, kürzere Schlachtwege und ist damit ein wichtiger Beitrag zur Erhaltung der Kulturlandschaft und zum Tierschutz.

Milchproduktion

Die Milchproduktion stellt das Rückgrat der saarländischen Landwirtschaft dar.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- sich für die Beibehaltung der Milchquotenregelung mit einer flexibleren Ausgestaltung des Quotensystems im Sinne der wirtschaftenden Betriebe einsetzen. Ein Abwandern von Milchquoten aus dem Saarland ist zu verhindern.

Kulturlandschaftsprogramm

Die CDU Saar steht für eine Rückverlagerung von Kompetenzen in der Agrarstrukturpolitik sowie der EU auf das Land und der ergänzenden Einkommenspolitik und fordert die Schaffung von Freiräumen für eine regionalisierte ergänzende Einkommens- und Agrarstrukturpolitik.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- sich dafür einsetzen, daß das Kulturlandschaftsprogramm als Instrument der ergänzenden Einkommenspolitik und der umweltverträglichen Landwirtschaft weiter ausgebaut und entwickelt wird.

Förderung Jungbauern

Das Saarland braucht seine Jungbauern.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- junge Landwirte mit kreativen Ideen fördern, damit sie die für ihre Wettbewerbsfähigkeit notwendigen Investitionen tätigen können.

Aktive saarländische Agrarpolitik

Landwirtschaftspolitik liegt im Saarland seit Jahren brach. Angesichts des dramatischen Strukturwandels in der Landwirtschaft ist die Passivität der SPD-Regierung fahrlässig und schädlich.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- die seit Jahren überfällige Besetzung der Abteilungsleitung „Land- und Forstwirtschaft“ zügig vornehmen und eine problemorientierte Landwirtschaftspolitik aktiv voranbringen.

3. Naturgemäße Waldwirtschaft

Die CDU Saar setzt sich für den naturgemäßen Waldbau mit seinen Prinzipien der Kahlschlag- und Chemiefreiheit, der sanften Betriebstechniken und der Baumarten- und Altersklassenvielfalt ein. Die Wildbewirtschaftung muß eine Naturverjüngung des Waldes ermöglichen.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- diese Prinzipien im Landeswaldgesetz verankern.

- den naturnahen Waldbau als Förderungsvoraussetzung für den privaten Waldbesitz einführen.

Die Organisation der Forstverwaltung ist fortzuentwickeln. Dabei setzt sich die CDU für eine Stärkung der waldbaulichen Eigenverantwortung der Revierleiter ein.

Der Wald ist unter ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu bewirtschaften. Holzvorräte, insbesondere die Starkholzvorräte, sind im öffentlichen Wald zu erhalten und durch kontinuierliche Vorratspflege zu erhöhen. Die in zahlreichen Kommunen und im Staatsforst vorhandenen Durchforstungsrückstände im Schwachholz werden in den nächsten Jahren aufgearbeitet. Der Rohstoff Holz besitzt eine hohe Bedeutung für ein nachhaltiges Wirtschaften.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- sicherstellen, daß die Bestände ordnungsgemäß gepflegt werden, und dabei auch prüfen, inwieweit Beschäftigungsmaßnahmen mit den Arbeitsverwaltungen und der Landesforstverwaltung durchgeführt werden können.
- Initiativen ergreifen, um den Werkstoff Holz aus saarländischen Wäldern zu fördern und seine Verwendung zu optimieren.
- sich für eine Privatverrechtlichung der Holz-Vermarktung unter Einbringung privaten Kapitals einzusetzen.

4. Bodenverbrauch vermeiden

Der Boden ist Grundlage für alles Leben auf der Erde. Er erfüllt wichtige Funktionen im Wasser- und Stoffkreislauf und ist Lebensraum für vielfältige Lebensgemeinschaften. Als Träger der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion ist er Grundlage der menschlichen Geschichte und Kultur, unseres Lebens und unserer gesellschaftlichen Entwicklung. Für die CDU Saar ist deshalb der Schutz unserer begrenzten Bodenressourcen eine vorrangige Aufgabe! Um unsere Lebensgrundlagen nicht über kurz oder lang zu zerstören, muß der Schutz des Bodens als ein wichtiges und endliches Gut sowie seine nachhaltige und ökologisch verträgliche Nutzung sichergestellt sein. Die CDU Saar begrüßt deshalb die Verabschiedung eines Bundes-Bodenschutzgesetzes durch die alte Bundesregierung, das auch die Sanierung von Altlasten beinhaltet.

Bei der Altlastensanierung muß die Abwehr von Gefahren für Mensch und Umwelt, insbesondere für das Grundwasser im Mittelpunkt stehen. Wasser und Boden gehören untrennbar zusammen.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- um Ansiedlungen „auf der grünen Wiese“ und das Entstehen von Industriebrachen zu verhindern, vor allem Altindustrieflächen sanieren und somit Standorte für Neuansiedlungen schaffen. Art und Umfang der Sanierung ist von der beabsichtigten Nutzung des Grundstückes abhängig zu machen.

5. Sauberes Wasser

Eine Politik für das Wasser als Lebensmittel Nr. 1 muß von dem Gedanken der Vorsorge getragen werden. Regenwasser gehört in den Bach und nicht in die Kläranlage. Regen- und Brauchwassernutzung ist überall dort vorzusehen, wo diese ökologisch oder ökonomisch sinnvoll sind.

Hochwasserschutz

Die CDU Saar setzt sich für einen wirksamen Hochwasserschutz ein.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- vorhandene Auen als natürliche Überschwemmungsbereiche konsequent erhalten und nicht weiter überbauen.
- Rückhaltepotentiale stärken. Hierbei sind dezentrale Lösungen (Gewässerrenaturierung, Fremdwasserentflechtung, Versickerung, Entsiegelung) gegenüber der Errichtung von Großbauwerken (Rückhaltebecken) zu bevorzugen.

Grundwasserschutz

Der Schutz des Grundwassers nach Menge und Qualität ist eine der zentralen Aufgaben der Umweltpolitik.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- dafür sorgen, daß die Entnahme von Grundwasser unterhalb der Neubildungsrate liegt.
- die geplante Ausweisung von Trinkwasserschutzzonen zügig vornehmen und die Planungen des Landes und der Gemeinden entsprechend anpassen.
- die Auswirkungen des Steinkohlebergbaus auf das Grundwasser und die Trinkwasservorräte ermitteln.
- die Verfüllung aufgelassener Schächte nur nach strengster Prüfung der Umweltverträglichkeit unter umfassender Beteiligung der Öffentlichkeit zulassen.
- dafür sorgen, daß durch die Renaturierung von Bächen, die Schaffung von Gewässerrandstreifen und die naturnahe Bewirtschaftung von Auen ein wichtiger und kostengünstiger Beitrag zur Gewässerreinigung geleistet wird.

6. Günstige, umweltgerechte Entsorgung

Die Entsorgungspolitik der SPD im Saarland ist gescheitert - sowohl im Abwasser- als auch im Abfallbereich. Die CDU Saar tritt deshalb für grundlegende Reformen in diesen Bereichen ein.

Abwasser

Die Abwasserpolitik der SPD-Landesregierung ist sowohl ökonomisch als auch ökologisch gescheitert. Das Saarland belegt sowohl bei den Gebühren als auch bei der Abwasserabgabe für die Verschmutzung der Gewässer eine traurige Spitzenposition.

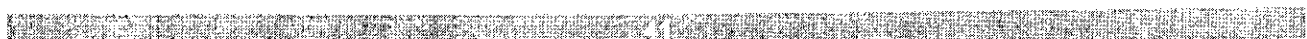
Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- ein Aktionsprogramm „Mehr Gewässerschutz - niedrigere Gebühren“ auf den Weg bringen.
- die Abwasserentsorgung von Grund auf umstrukturieren (siehe Leitbild 1, Abschnitt 4).

Abfall

Die Abfallpolitik der SPD-Regierung im Saarland ist gescheitert. Noch immer hat das Saarland eines der höchsten Müllaufkommen. Vermeidung und Verwertung sind in den Anfängen stecken geblieben. Die Einführung der Grünen Tonne stellt eine unendliche Geschichte von Pleiten, Pech und Pannen dar.

Ziel der Abfallpolitik einer CDU-geführten Landesregierung ist eine privatisierte, im Wettbewerb stehende, leistungsfähige Kreislauf- und Recyclingwirtschaft, die einen positiven Strukturfaktor für die saarländische Wirtschaft bildet.



Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- die Abfallentsorgung dezentralisieren durch die Übertragung der Entsorgungspflicht auf die Landkreise sowie bestimmter Aufgaben auf die Gemeinden. Die Lösung der Probleme ist dort am effektivsten, wo sie entstehen. In den Kommunalparlamenten muß endlich auch über abfallpolitische Fragen diskutiert und entschieden werden.
- eine Beseitigung monopolartiger öffentlicher Strukturen zugunsten von mittelständischen Entsorgungsunternehmen anstreben. Scheinprivatisierungen sind als Organisationsform ungeeignet, den Herausforderungen des neuen Jahrtausends im Entsorgungsbereich zu begegnen.

7. Ökologische Verkehrspolitik

Ein hoher Grad an Mobilität ist Teil unseres Wohlstandes und unserer persönlichen Freiheit. Doch gehen insbesondere vom Straßenindividualverkehr und vom Gütertransport auf der Straße erhebliche Belastungen für die Umwelt und die Wohnqualität aus. Ergänzend zu den bereits getroffenen Feststellungen (siehe Leitbild 1, Abschnitt 6) ist unter ökologischen Gesichtspunkten festzuhalten:

Verhältnis ÖPNV-Individualverkehr

Die Förderung und der Vorrang des Öffentlichen Personennahverkehrs darf nicht mit einer Verteufelung des Individualverkehrs einhergehen. Die Benutzung des Autos ist als Grundlage moderner Mobilität, besonders auch im ländlichen Raum, umweltverträglich zu sichern. Ungehemmtes Wachstum des Verkehrs soll auch durch die Förderung von Telebanking, Teleshopping, Heimbildschirmarbeitsplätzen sowie die Stärkung der Unterzentren des ländlichen Raumes vermieden werden. Die Beruhigung des innerörtlichen Verkehrs besitzt für die CDU Saar eine hohe Priorität.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- Maßnahmen der innerörtlichen Verkehrsberuhigung unterstützen und dafür sorgen, daß an den Ortseingängen das Tempo der Verkehrsteilnehmer reduziert und die Wohnqualität und Sicherheit der Anwohner erhöht wird.

Schiene

Der schienengebundene Nah- und Fernverkehr wird in Zukunft an Bedeutung gewinnen. Während andere Bundesländer in den letzten Jahren bereits stillgelegte Bahnstrecken wieder in Betrieb genommen haben, gingen die Streckenstillegungen im Saarland weiter.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- den weiteren Rückzug der Bahn aus der Fläche verhindern. Bereits stillgelegte Eisenbahnstrecken sind als Verkehrsstrassen zu sichern, um eine eventuelle Wiederinbetriebnahme zu ermöglichen.
- die Stadtbahn zu einer Saarlandbahn weiterentwickeln. Dabei wird eine stärkere Anbindung des ländlichen Raumes an die Saarbahn sichergestellt.

Radwege

Das Radwegenetz weist im Saarland große Lücken auf. Die Beschilderung ist sehr schlecht und eine Vernetzung nicht vorhanden.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- einen durchgehenden Radweg entlang der Saar verwirklichen, weitere Radwege auch unter dem Aspekt der Förderung der Radtouristik einrichten und die Vernetzung herstellen.

8. Landesplanung mit Augenmaß

Ländlicher Raum

Das Saarland verfügt nicht nur über städtisch und industriell geprägte Ballungsgebiete, sondern auch über einen attraktiven ländlichen Raum. Dieser darf jedoch nicht zu einem Anhängsel der Ballungsgebiete werden, sondern braucht eine eigenständige Perspektive. Chancengerechtigkeit für den ländlichen Raum bedeutet auch die Schaffung einer ausreichenden gewerblichen Basis, die die Landwirtschaft als arbeitsplatzsichernden Faktor im ländlichen Raum ergänzt. Zusätzliche Arbeitsplätze können in der Tourismusbranche entstehen.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- bei der Entwicklung einer Landestourismuskonzeption die Interessen des ländlichen Raums besonders beachten.
- dafür sorgen, daß Wohnraum ausgewogen im ländlichen und städtischen Raum geschaffen werden kann. Zur Verhinderung der Zersiedlung sind Baulücken vorrangig zu füllen. Besonderer Augenmerk ist auf den Erhalt dörflicher Strukturen und dörflicher Bausubstanz zu legen.
- auch bei der technischen Infrastruktur wie z.B. bei modernen Kommunikationstechnologien den ländlichen Raum nicht benachteiligen. Zwar wird der private PKW weiterhin Rückgrat der Mobilität im ländlichen Raum bleiben, dennoch hat die Stärkung des ÖPNV gerade in der Fläche eine besondere Priorität.

Verdichtungsraum

Mehr als 150 Jahre war der Verdichtungsraum des Saarlandes der wirtschaftliche Motor des gesamten Landes. Die an den Industriestandorten erzielten Einkommen haben einen beträchtlichen Wohlstand in die Region gebracht, der sich bis weit in den ländlichen Raum hinein niedergeschlagen hat. Die alten Betriebsflächen und städtischen Siedlungen sind mittlerweile in die Jahre gekommen; sie haben ihre ursprüngliche Industriefunktion teilweise verloren bzw. sind auf dem Wege zur Neubestimmung ihrer gewerblichen Grundlagen. Dabei wird oft übersehen, daß die Kulturlandschaft vielerorts durch gewerbliche, bauliche und verkehrliche Aktivitäten der Vergangenheit schwere Wunden davongetragen hat. Für die verbliebenen Freiflächen gibt es ebenso wenig ein übergreifendes Konzept zu ihrer Erhaltung und Entwicklung wie für die zahlreichen Objekte des kulturellen Erbes. Der hochverdichtete Raum braucht ein Zukunftskonzept, das ihn in die Lage versetzt, seine Attraktivität als Wirtschafts- und Lebensraum so zu steigern, daß er den Vergleich mit prosperierenden Regionen nicht zu scheuen braucht.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- sich für eine umfassende Erneuerungs- und Gestaltungsaktion im Verdichtungsraum Saar einsetzen. Es geht um mehr Qualität von Natur und Landschaft, von Siedlungs- und Industriegebieten.

Stärkung der Planung

Die Koordinierungsleistung der Landesplanung muß erhöht werden. Gerade bei knapper werdenden Investitionsmitteln, zunehmenden Nutzungskonflikten und wachsenden Restriktionen muß die Landesplanung schlagkräftiger werden: Ihre Konfliktregelungskapazität muß steigen, ihr Beitrag zum Interessensausgleich zwischen den vielfältigen Raumansprüchen muß greifbarer

werden. Die Zukunft des Landes liegt in hohem Maße in der Kooperation mit den benachbarten Regionen. Hier kann gerade die Landesplanung mit ihrem überfachlichen Ansatz für zusätzliche Entwicklungsimpulse sorgen. Die interregionale Zusammenarbeit bringt neue Perspektiven und eine Ausweitung des Blickfeldes, die neue Entwicklungschancen für unser Land eröffnen. Dafür wird eine schlagkräftige Planungsorganisation benötigt.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- der Landesplanung eine stärkere Stellung bei allen Entscheidungen über Flächen und Standorte einräumen. Das Nischendasein der Landesplanung muß beendet werden.

Landesentwicklungsplan Siedlung

Was in anderen Regionen längst erfolgreich läuft, muß auch im Saarland versucht werden: Die Bildung kommunaler Kooperationsstrukturen zwischen zentralen Orten ist überfällig. Gemeinsame Verwaltung, Management und Betrieb zentralörtlicher Aufgabenbereiche helfen Kosten sparen, führen zu besserer Qualität und nützen den Ansprüchen der Bürger. Die Nivellierungspolitik der bisherigen Landesregierung auf den Ebenen der Mittel- und Grundzentren muß von einer differenzierteren und sachgerechten Zentralortspolitik abgelöst werden.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- insbesondere im ländlichen Raum eine Überprüfung der Einstufung der Zentralen Orte durchführen. Ziel muß es sein, in der Versorgung der Bevölkerung zu einer höheren Qualität und zur Verbesserung der Erreichbarkeiten zu kommen.
- sich in den Zentralen Orten selbst für eine weniger restriktive Wohnsiedlungspolitik einsetzen. Insbesondere den Kernorten der Mittelzentren muß ein größerer Spielraum eingeräumt werden.

Landesentwicklungsplan Umwelt

Die Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes Umwelt als zentrales Instrument der Landesplanung ist seit nunmehr zehn Jahren überfällig.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- sich für eine zügige Verabschiedung des LEP Umwelt einsetzen. Dabei sind der konsequente Schutz der Auen und Überschwemmungsbereiche, die Berücksichtigung des Arten- und Biotopschutzprogrammes bei der Ausweisung von Vorrangflächen für den Naturschutz, die Aufnahme weiterer Vorrangflächen für die Landwirtschaft, die Reduzierung von Straßenbauvorhaben und eine Überprüfung der Flächen für die Entwicklung von Industrie und Gewerbe vorzunehmen.

Gewerbeflächenmanagement

Die Ausweisung und Bereitstellung von Gewerbeflächen vollzieht sich landesweit weitgehend konfus und konzeptionslos.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- ein modernes GIS-gestütztes Gewerbeflächenkataster erstellen, das alle vorhandenen und geplanten sowie potentiellen Gewerbeflächen des Landes unter Einbeziehung der frei werdenden Flächen der Grubenstandorte umfaßt und hinsichtlich ihrer Verfügbarkeit und Eignung bewertet. Dabei werden auch alte Industriebrachen berücksichtigt. Auf der Grundlage dieser umfassenden und aktuellen Bestandsaufnahme erfolgt eine Bedarfsanalyse nach weiteren Flächen für Industrie und Gewerbe. Durch eine sorgfältige koordinierte Bedarfsanalyse und Prioritätenbildung werden nicht nur öffentliche

Fehlinvestitionen in den Flächenerwerb und die Erschließung verhindert, sondern auch unnötiger Flächenverbrauch vermieden.

Neuer Planungsrahmen

Die CDU Saar strebt einen neuen Rahmen für die programmatischen Aussagen zur Landesentwicklung an.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- die grundlegenden räumlichen Festlegungen in einem übergeordneten Plan niederlegen lassen, der in kompakter Form die mittel- und langfristigen Zielsetzungen in ihren Grundzügen enthält und der insbesondere die Stellung des Saarlandes im größeren Raum behandelt. Darunter wird ein umfassender Raumordnungsplan die detaillierten Ziele der Pläne „Siedlung“ und „Umwelt“ insgesamt darstellen. Ferner können fachliche Teilpläne für Bereiche erstellt werden, für die es keine fachgesetzlichen Regelungen gibt, z.B. in den Bereichen Fremdenverkehr und Rohstoffgewinnung. Damit wird für eine umfassendere und transparentere Darstellung der Zukunftsabsichten der CDU-geführten Landesregierung gesorgt.

9. Unsere Natur schützen

Der Schutz von Natur und Landschaft erhält unser Saarland lebenswert. Eine CDU-geführte Landesregierung wird die Anstrengungen des Naturschutzes verstärken und dabei für die und mit der natürlichen Schönheit und Vielfalt unseres Landes werben.

Landschaftsrahmenplan

Die Entwürfe des Landschaftsrahmenplanes schlummern seit Jahren in den Schubladen des Umweltministeriums.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- sich für eine baldige Diskussion der vorliegenden Entwürfe, ihre Verabschiedung und Umsetzung in eine flächendeckende Landschaftsplanung einsetzen.

Naturparks

Die Ausweisung und Entwicklung von Naturparks sind ein geeignetes Instrument für eine nachhaltige und landschaftsgerechte Entwicklung des ländlichen Raumes.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- den vorhandenen Naturpark Saar-Hunsrück personell und finanziell stärken und die Gründung eines neuen Naturparks „Oberes Moseltal“ gemeinsam mit den luxemburgischen und französischen Nachbarn und eines Naturparks „Bliesgau“ gemeinsam mit den französischen Nachbarn durchführen.

Naturschutzgebiete

Naturschutzgebiete sind wichtige Bausteine einer erfolgreichen Naturschutzpolitik.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- die Erkenntnisse des vorliegenden Arten- und Biotopschutzprogrammes zum Ausbau eines integrierten Schutzgebietssystems umsetzen.

- besondere Anstrengungen unternehmen, die Identifikation der ortsansässigen Bevölkerung mit ihren Naturschutzgebieten weiter auszubauen und zu stärken und die Naturschutzgebiete auch zu Zwecken der Umweltbildung zu nutzen.
- im Rahmen des Projektes „Urwald von morgen“ die Projektfläche um das Netzbachtal auf 1.000 ha erweitern, den Grundbesitz einer zu gründenden öffentlichen Stiftung übertragen und das Projekt für die Umweltbildung, den Fremdenverkehr und die Naherholung gemeinsam mit den Umweltverbänden und der Stadt Saarbrücken entwickeln.

Stärkung der Umweltverbände

Die saarländischen Umweltverbände haben über Jahre hinweg den Naturschutz mit hohem ehrenamtlichen Einsatz getragen und nach vorne gebracht.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- die Umweltverbände weiter stärken und geeignete öffentliche Aufgaben (Betreuung von Schutzgebieten, Durchführung von Artenschutzprogrammen) an die anerkannten Verbände und die Naturlandstiftung übertragen und deren Finanzierung sicherstellen.
- die großen Beiträge der ehrenamtlichen Arbeit im Naturschutz von den Naturschutzverbänden bis zu den Jägern und Landwirten an einem Runden Tisch „Kulturlandschaft“ erörtern und diesen bei grundlegenden Entscheidungen einbeziehen.
- den Einsatz der Obst- und Gartenbau-Kleingärtner und Imkervereine besonders unterstützen. Mit ihren Aktivitäten tragen auch sie zur Erhaltung einer lebenswerten Umwelt bei.

Konversionsfläche

Die im Saarland vorhandenen Konversionsflächen sind aufgrund ihrer extensiven Nutzungsgeschichte bedeutsame und große Biotopbereiche. Eine künftige Nutzung muß daher auch unter dem Gesichtspunkt des Naturschutzes betrachtet werden.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- zügig eine Abstimmung zwischen den unterschiedlichen Interessen (Gewerbeansiedlung, Naturschutz, Sport) herbeiführen, die die Interessen des Naturschutzes angemessen berücksichtigen.

Umweltbildung

Die Umweltbildung ist ein wichtiger Bestandteil einer zukunftsgerichteten Umweltpolitik.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- neben der schulischen Umweltbildung die außerschulische Umweltbildung erheblich verstärken und hierbei die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Zoos, Vereinen und Verbänden suchen. Es müssen bei allen Bildungsmaßnahmen Werte in Bezug auf den Umgang des Menschen mit seinen natürlichen Lebensgrundlagen verdeutlicht und vermittelt werden.

Naturkundemuseum

Mit Ausnahme des Saarlandes verfügen alle Bundesländer über eines oder mehrere Naturkundemuseen. Durch die erfolgte Schließung der Studiengänge der Fächer Biologie und Geographie an der Universität des Saarlandes werden die zahlreichen ehrenamtlichen naturkundlichen Forscher sowie die wertvollen und umfangreichen botanischen und zoologischen Sammlungen heimatlos.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- ein Saarländisches Naturkundemuseum einrichten. Dabei wird sie prüfen, ob sie im Rahmen einer effizienten Nutzung des Hofgutes Imsbach dieses als möglichen Standort vorsieht.

Tierschutz

Das Tier ist ebenso wie der Mensch ein Geschöpf Gottes. Wirksamer, ideologiefreier Tierschutz hat bei der CDU Saar einen hohen Stellenwert.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- Bestrebungen unterstützen, den Tierschutz in die saarländische Verfassung aufzunehmen und sich für einen partnerschaftlichen Dialog zwischen Tierschützern, Landwirten und Forschern einsetzen.
- sich dafür einsetzen, daß Tierversuche auf das unverzichtbar notwendige Maß beschränkt werden.
- Forschungsvorhaben zur Reduzierung von Tierversuchen unterstützen.

Klimaschutz

Klimaschutz ist eine wichtige staatliche Aufgabe. Dem ist im Rahmen einer engagierten Umweltpolitik Rechnung zu tragen.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- die Pseudo-Stabsstelle für Klimaschutz und ökologisches Wirtschaften auflösen.
- dem Klimaschutz als zentraler Herausforderung der Zukunft eine besondere Priorität in der Energie- und Verkehrspolitik einräumen.

10. Reorganisation der Umweltbehörden

Die Reorganisation der Umweltbehörden gehört zu den vordringlichsten Aufgaben, um eine wirksame und unbürokratische Umweltpolitik durchzusetzen und die Vollzugsdefizite abzubauen.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- staatliche Aufgaben teilweise kommunalisieren.
- staatliche Aufgaben teilweise auf private Dritte übertragen.
- die Landesverwaltung straffen durch Zusammenführen des LfU, des SIGU, des LAIG zu einem Landesverwaltungsamt.
- Aufgaben des Vollzugs aus dem Ministerium auf das Landesverwaltungsamt übertragen.

Leitbild 5:

Sicher leben im Saarland – Opferschutz vor Täterschutz

Die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger und ihre Sicherheit bedingen sich gegenseitig. Bei allen kriminalpolitischen Entscheidungen muß daher dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung Vorrang eingeräumt werden. Leib, Leben, Freiheit und Eigentum der Bürgerinnen und Bürger zu schützen, ist die vornehmste Pflicht des Staates. Die Politik der SPD-Landesregierung wird diesem Anspruch nicht gerecht.

Die Kriminalität im Saarland bewegt sich in den letzten Jahren auf einem hohen Niveau. Besondere Sorge bereiten die Entwicklungen im Bereich der Kinder- und Jugendkriminalität, der massenhaften Alltagskriminalität, des Wohnungseinbruchs, der Gewalt gegen Personen und Sachen. Zusätzlich verschärfen neue Formen der Kriminalität die Sicherheitslage.

Im Saarland hat sich die Kriminalität ausgehend von einer niedrigeren Kriminalitätsbelastung als viele andere Bundesländer etwa parallel zu der im Bund entwickelt. Seit 1992 allerdings ist im Saarland eine nachteilige Entwicklung festzustellen. Die Kriminalitätshäufigkeitszahlen haben sich zu Lasten des Saarlandes verschoben. Auf diese Entwicklung hat die SPD-Landesregierung völlig unzureichend reagiert.

Wie in keinem anderen Bundesland hat die Landesregierung Raubbau an der inneren Sicherheit betrieben. Von 3.401 Beamtenstellen bei der Vollzugspolizei 1990 gab es 1998 nur noch 2.930.

Diese Entwicklung auf Kosten der Sicherheit der saarländischen Bürgerinnen und Bürger darf nicht so weitergehen. Eine CDU-geführte Landesregierung wird deshalb nach dem Grundsatz verfahren: „Vorfahrt für die innere Sicherheit“.

1. Bekämpfung der Kriminalität - eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Jede Gesellschaft hat die Kriminalität, die sie verdient. Im demokratischen Rechtsstaat besitzt der Staat des Gewaltmonopol. Es darf gegenüber Unrecht und Normverletzung kein Zurückweichen des Staates geben.

Kriminalitätsbekämpfung ist auch eine Aufgabe aller gesellschaftlichen Kräfte. Wirksame Kriminalitätskontrolle erfordert das vertrauensvolle Zusammenwirken aller staatlichen und privaten bzw. gesellschaftlichen Institutionen. Familien, Schulen, Vereine, Kirchen, Arbeitswelt und Medien sind aufgefordert, sich mit den Ursachen von Kriminalität auseinanderzusetzen und ihren Beitrag gegen Werteverfall und Kriminalität zu leisten. Dabei sind die Ursachen ebenso entschlossen zu bekämpfen wie die offensichtlichen Folgen.

Für eine effektive Kriminalitätsverhütung ist es daher mitentscheidend, daß es gelingt, Bürger für die aktive Mitarbeit in der öffentlichen Sicherheitsarbeit zu gewinnen.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- durch Veränderungen der personellen, rechtlichen, organisatorischen und materiellen Rahmenbedingungen Polizei und Justiz in die Lage versetzen, ihren Auftrag zu erfüllen.
- die Erziehungskraft der Familien durch sozialpolitische Maßnahmen stärken und die Erziehungsmöglichkeit der Schule im Rahmen der Bildungspolitik verbessern.
- sich gegen Individualisierungstendenzen zu Lasten anderer wenden.
- nach dem Grundsatz „Wehret den Anfängen“ Ordnungsstörungen und Verwahrlosungen auf den Straßen und Plätzen konsequent unterbinden.

- sich entschieden gegen die Verharmlosung von Gewalt in den Medien wenden und einen breiten Konsens zur Ächtung der Gewalt in der Gesellschaft herbeizuführen suchen.
- im Rahmen jugendpolitischer Maßnahmen sinnvolle und kreative Freizeitgestaltung, insbesondere Aktivitäten der Vereine, fördern.
- sich gegen eine Bagatellisierung alltäglicher Straftaten wenden und konsequent auf Ordnungsstörungen reagieren.
- alle staatlichen Stellen zu Zusammenarbeit und Informationsaustausch verpflichten und Aktivitäten gegen Kriminalität vernetzen und koordinieren.
- sich für die Verankerung eines „Grundrechts auf Sicherheit“ einsetzen.

2. Opferschutz statt Täterschutz

Unser Land hat die Verpflichtung, Menschen vor Verbrechen zu schützen. Es hat auch die soziale Verpflichtung, Menschen, die Opfer einer Straftat geworden sind, bei der Bewältigung der Folgen zu helfen. Die CDU Saar tritt darum für eine Verbesserung der rechts- und sozialpolitischen Situation der Kriminalitätsoffer ein. Die Interessen der Opfer von Straftaten und des Schutzes der Allgemeinheit vor Straftätern dürfen hinter dem Resozialisierungsinteresse nicht zurückstehen.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- sich für eine bessere Entschädigung der Opfer einsetzen, die von Strafgefangenen während eines Hafturlaubes oder eines Freigangs geschädigt wurden.
- sich für eine unbürokratische Anwendung des Opferentschädigungsgesetzes durch die Versorgungsverwaltung einsetzen.
- die Durchführung des Täter-Opfer-Ausgleichs verbessern.
- sich für eine definitive Regelung der Schmerzensgeldfrage zugunsten der Kriminalitätsoffer im Hauptverfahren einsetzen.
- sich für einen gesetzlichen Anspruch auf Information des schutzwürdigen Opfers bei Haftentlassung des Täters einsetzen.
- eine Initiative zur Änderung des Strafvollzugsgesetzes starten, mit der als Ziel nicht nur die Resozialisierung, sondern auch die Sicherheit und Sühne als Vollzugszweck festgeschrieben werden soll.
- die Einrichtung eines Opferanwaltes nach der Auswertung der ersten Erfahrungen ausweiten.
- eine Initiative ergreifen, die bei der Anordnung von Untersuchungshaft legitime Opferinteressen angemessen berücksichtigt.

3. Polizei als Garant der inneren Sicherheit

Im Saarland hat sich die Kriminalität seit 1970 verdoppelt. Mit leichten Schwankungen ist sie in den letzten 15 Jahren angestiegen und verharrt seit einigen Jahren auf einem hohen Niveau. Parallel dazu wird bei der Polizei die Lücke zwischen Aufgabenmenge und Vielfalt einerseits und dem Personalbestand andererseits immer größer. Mit der Polizeireform von 1992 wurden die organisatorischen Voraussetzungen für den Personalabbau bei der Polizei geschaffen. Darunter haben Polizeipräsenz und Bürgernähe gelitten. Ergebnis ist eine Entfremdung zwischen Polizei und Bevölkerung. Diese Entwicklung muß gestoppt werden.

Die Organisation der saarländischen Polizei muß sowohl vom Aufbau als auch von der Aufgabenstellung her erneut auf den Prüfstand gestellt werden. Dabei müssen Aufgaben neu definiert werden. Aufgaben, die nicht hoheitliche Tätigkeiten sind, müssen auf Angestellte oder als polizeifremde Tätigkeiten privaten Unternehmen übertragen werden.

Daneben werden gute Ausbildung, klare Aufgabendefinition und gerechte Bewertungen der polizeilichen Arbeit neue motivierende Elemente sein.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- den Personalabbau bei der Polizei stoppen. Stattdessen werden 250 Stellen neu geschaffen.
- die Polizei von polizeifremden Tätigkeiten entlasten, sei es durch die Verlagerung auf Angestellte oder durch Übertragung auf private Sicherheitsunternehmen. Dabei darf allerdings das Gewaltmonopol nicht in Frage gestellt werden.
- die Ausstattung der Polizei mit modernsten Techniken und einer funktions- und leistungsfähigen EDV sicherstellen. Dazu bedarf es einer Umorientierung der Beschaffungspraktiken im Polizeibereich. Durch Budgetierung und eine eigene Ressourcenverantwortung können Beschaffungen zügiger und zeitnäher erfolgen.
- das Laufbahnrecht der Polizei den neuen Berufsbildern anpassen. Gezielte und aufgabenorientierte Ausbildung erhöhen die Kompetenzen und rechtfertigen im allgemeinen die Besoldung im gehobenen und höheren Dienst. Von daher ist die deutliche Ausweitung des gehobenen Dienstes geboten.
- zusätzliche Beförderungen als Leistungsanreize einsetzen. Dies gilt sowohl im Beamten- als auch im Tarifbereich.
- eine nachvollziehbare Systematik zur Beurteilung und Beförderung der Beamtinnen und Beamten der saarländischen Polizei einführen.

Kriminalpolizei

Aufgabe der Kriminalpolizei wird die repressive Verfolgung von Straftaten sein.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- eine Polizeiorganisation schaffen, die den besonderen Anforderungen der Kriminalitätsbekämpfung durch die Kriminalpolizei gerecht wird.
- den Beamtinnen und Beamten der Kriminalpolizei wieder eine spezialistische Ausbildung zukommen lassen.

Uniformierte Polizei

Die uniformierte Polizei muß ihren Aufgabenschwerpunkt deutlich in Richtung Prävention verlagern. Dem Entfremdungsprozeß zwischen der uniformierten Polizei und der saarländischen Bevölkerung muß entgegengewirkt werden.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- die uniformierte Polizei in ihrer Kompetenz aufwerten, indem sie sie zu einer gemeinwesenorientierten, bürgernahen und für die Bevölkerung stets ansprechbaren Polizei ausbildet und umorganisiert.
- dafür sorgen, daß die uniformierte Polizei in Zusammenarbeit mit Städten, Gemeinden, Verbänden, Institutionen und Bürgerinitiativen im lokalen Bereich zusammenarbeitet und ihre Präsenz sichtbar erhöht.
- die Streifentätigkeit der uniformierten Polizei verstärken.

4. Recht sichert Freiheit

Das Empfinden für Recht und Unrecht ist teilweise verlorengegangen. Debatten um Entkriminalisierung und Deeskalation sowie häufig einseitige Ursachenzuweisungen auf die „Gesellschaft“ haben dazu geführt, daß die frühzeitige und entschlossene Bekämpfung der Kriminalität zurückgedrängt worden ist.

Die Bedeutung des Rechts als Grundlage der freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung muß wieder allen bewußt werden. Deshalb muß uneingeschränkt die geltende Rechtsordnung anerkannt und durchgesetzt werden.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- allen Tendenzen zur Bagatellisierung alltäglicher Straftaten und zur Duldung rechtsfreier Räume entgegenzutreten.
- auf eine Vereinheitlichung der Polizeigesetze der Bundesländer hinwirken, damit alle Bürger einen übereinstimmend hohen Sicherheitsstandard haben.
- das saarländische Polizeigesetz dahingehend ändern, daß folgende Regelungen aufgenommen werden können: Möglichkeit der Schleierfahndung für verdachtsunabhängige Kontrollen, Ausdehnung des Unterbindungsgewahrsams auf acht Tage, Aufnahme der „öffentlichen Ordnung“ als staatliches Schutzgut, Regelung des „finalen Rettungsschusses“, Überprüfung und Änderung datenschutzrechtlicher Bestimmungen dahingehend, daß Datenschutz nicht zum Täterschutz wird.
- die personelle und technische Ausstattung der Gerichte so gestalten, daß ein spürbarer Abbau überlanger Verfahrensdauer ermöglicht wird.
- die personelle Situation im Justizvollzug vor allem durch gerechtere Aufstiegschancen verbessern.
- die Möglichkeiten des prüfungsfreien Verwendungsaufstiegs für den mittleren Dienst der Justiz nutzen.

5. Kinder- und Jugendkriminalität

Die zunehmende Gewaltbereitschaft und der Einsatz von Gewalt als Mittel der Problemlösung zeigen Auswirkungen bei der Statistik der Kinder- und Jugendkriminalität im Saarland. Hohe Steigerungen bei Raub, Körperverletzungsdelikten und Sachbeschädigungen müssen nachdenklich stimmen. Auch werden immer mehr Kinder und Jugendliche Opfer solcher Straf- und Gewalttaten.

Beim Phänomen Kinder- und Jugendkriminalität stößt man im Rahmen eines Ursachenbündels jedoch immer auf zwei Hauptursachen: Wohlstandsverwahrlosung und soziale Gegensätze. Kinder- und Jugendkriminalität entsteht im Sozialisierungsprozeß. Dort werden die Ursachen gesetzt, dort müssen Bekämpfung und Vorbeugung ansetzen. Das soziale Umfeld muß Veränderungen unterworfen und die Entstehung und Verfestigung von Kriminalität nachhaltig verhindert werden. Aber auch das Strafrecht muß seine Erziehungs- und Präventionsfunktion wieder mehr übernehmen.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- zur Bekämpfung von Kinder- und Jugendkriminalität Spezialdienststellen bei Polizei und Justiz verbunden mit einer spezialisierten Ausbildung einrichten.
- nicht besserungsbereite oder momentan nicht besserungsfähige jugendliche Straftäter zum eigenen Schutz und dem Schutz potentieller Opfer in geschlossenen Heimen unterbringen.

- durch den Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und die Schaffung von Arbeitsplätzen die soziale Situation der Kinder und Jugendlichen verbessern.
- durch eine gezielte Familien- und Bildungspolitik Eltern und Schule wieder in die Lage versetzen, ihrem Erziehungsauftrag gerecht zu werden.
- Regelungen treffen, damit für kriminelle Heranwachsende (18 bis 21 Jahre) die Verurteilung nach dem Erwachsenenstrafrecht wieder der Regelfall wird.
- Angebote der freien und öffentlichen Träger der Jugendarbeit unterstützen, um eine sinnvolle Freizeitgestaltung der Kinder und Jugendlichen zu gewährleisten.

6. Gewaltkriminalität zurückdrängen

Gewalt ist in unserer Gesellschaft zur alltäglichen Begleiterscheinung des Lebens geworden. Gewaltkriminalität berührt in besonderem Maße das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Dagegen ist eine gefährliche Tendenz zur Verharmlosung von Gewalt auch bei staatlichen Institutionen erkennbar. Gewalt entwickelt sich nicht aus heiterem Himmel, sondern hat immer eine Vorgeschichte. Diese Entstehungsbedingungen können und müssen beeinflußt werden. Dabei sind alle Verantwortungsträger der Gesellschaft gefordert.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- das Gewaltmonopol des Staates verdeutlichen und gegen jede Form privater Gewalt auch zur Durchsetzung vermeintlicher Rechte eintreten.
- Anti-Gewalt-Projekte in der Schule fördern und die Medien zum verantwortungsvollen Umgang mit Gewalt anhalten.
- konsequent gegen Gewalt, die unter dem Deckmantel politischer Meinungsäußerung begangen wird, vorgehen.
- sich für die Ausschöpfung des Strafrahmens bei Gewaltdelikten einsetzen.
- eine Änderung des Haftrechts verfolgen, damit Gewalttäter sofort in Untersuchungshaft genommen werden können.
- eine Verschärfung des Waffenrechts verfolgen, insbesondere ein Verbot gefährlicher Hieb- und Stoßwaffen.

7. Ausländerkriminalität bekämpfen

Ausländer, die seit langem im Saarland wohnen und arbeiten, werden genauso selten oder häufig straffällig wie ihre deutschen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Davon zu unterscheiden sind jedoch ausländische Tätergruppen, die zur Begehung der Straftaten in die Bundesrepublik einreisen oder die sich hier illegal oder als abgelehnte oder geduldete Asylbewerber aufhalten. Diese Form der Kriminalität darf nicht aus falsch verstandener Zurückhaltung verschwiegen werden. Der energische Kampf gegen diese Ausländerkriminalität ist nicht nur im Hinblick auf die deutschen Mitbürger, sondern auch hinsichtlich der bei uns lebenden rechtstreuen Ausländer eine wichtige Aufgabe des Staates.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- nach dem Grundsatz verfahren: Wer als Ausländer Straftaten in Deutschland begeht, hat sein Aufenthaltsrecht verwirkt. Wir werden folglich eine konsequente Ausweisung und Abschiebung ausländischer Straftäter unter Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten gewährleisten.
- ausreichend Haftplätze für abzuschiebende Ausländer bereithalten.

- sich für eine Haftverbüßung ausländischer Straftäter in ihrem Heimatland einsetzen.
- die integrativen Maßnahmen zugunsten rechtmäßig und dauerhaft in Deutschland lebender Ausländer verstärken.
- den illegalen Zuzug und Aufenthalt von Ausländern mit Nachdruck unterbinden.
- im saarländischen Polizeigesetz die Rechtsgrundlage für verdachts- und ereignisunabhängige Identitätskontrollen schaffen.

8. Null Toleranz auch bei Alltagskriminalität

Das massenhafte Auftreten von Kriminalität durchdringt mehr und mehr den Alltag. Deshalb muß die Alltagskriminalität entschieden bekämpft werden. Eine Problemlösung ist nur möglich, wenn die wesentlichen Ursachen bekämpft werden. Deshalb muß bei der Bekämpfung der Alltagskriminalität ein deutlicher Schwerpunkt bei der Prävention gesetzt werden, ohne jedoch eine erfolgreiche Repression zu vernachlässigen.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- eine Politik betreiben, die null Toleranz gegen Alltagskriminalität deutlich macht und somit Verharmlosung, Bagatellisierung und Entkriminalisierung eine deutliche Absage erteilt.
- das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger durch eine Intensivierung von Fußstreifen steigern.
- durch eine enge Zusammenarbeit von Polizei und Verantwortlichen im kommunalen Bereich eigens erstellte Präventionsstrategien umsetzen.
- städtebauliche Maßnahmen unterstützen, durch die kriminalitätsfördernde Faktoren reduziert werden.
- gezielte Maßnahmen der Träger der Jugendarbeit zur Prävention unterstützen, weil Alltagskriminalität oft für Kinder und Jugendliche Einstiegskriminalität bedeutet.

9. Sozialkriminalität wirksam bekämpfen

Erscheinungsformen der Sozialkriminalität sind breit gefächert. Sie reichen von herkömmlichem Sozialhilfemißbrauch, fingierter Arbeitslosigkeit, Schwarzarbeit, illegaler Beschäftigung, Steuerhinterziehung bis hin zu der besonderen Qualität des Mißbrauchs durch illegal in Deutschland lebende Ausländer.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- verdachtsunabhängige regelmäßige Datenabgleichungen zwischen Sozialhilfeträgern und Rentenversicherungsträgern sowie sonstigen Trägern öffentlicher Leistungen durchführen lassen.
- die Einrichtung von Kontrolldiensten bei den Sozialhilfeträgern unterstützen.
- feste Zeiten für die Auszahlungen von Sozialhilfe einführen.
- konsequent an der Aufdeckung und Verfolgung illegaler Beschäftigung, Schwarzarbeit und unerlaubter Handwerksausübung arbeiten.
- das Personal bei der Steuerfahndung aufstocken.
- illegale Zuwanderung vermeiden durch verdachtsunabhängige Kontrollen, verschärfte Kontrollen auf Großbaustellen, erkennungsdienstliche Erfassung aller Flüchtlingsgruppen,

Verschärfung strafrechtlicher Sanktionen bei illegaler Wiedereinreise nach Deutschland, Naturalien statt Geld, die Konzentration der Mittel auf wirklich Bedürftige.

10. Verfassungsschutz als wichtiger Garant der inneren Sicherheit

Der Verfassungsschutz ist ein wichtiges Frühwarnsystem für Bund und Länder zur Gewährleistung der inneren Sicherheit. Er ist wichtiger Bestandteil zum Schutz unserer Demokratie. Seit 1985 sind im Saarland mehr als die Hälfte der Personalstellen beim Verfassungsschutz gestrichen worden.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- den Verfassungsschutz personell und sachlich wieder in die Lage versetzen, die ihm zugewiesenen Aufgaben wirkungsvoll wahrnehmen zu können.
- das saarländische Verfassungsschutzgesetz dahingehend ändern, daß auch die Aufgabe „Abwehr von Bestrebungen und Tätigkeiten der organisierten Kriminalität“ ausdrücklich aufgenommen wird. Dabei bleibt es jedoch beim Trennungsgebot von polizeilicher und verfassungsschutzrechtlichen Befugnissen.
- den Verfassungsschutz in die Lage versetzen, bei seiner Tätigkeit gewonnene kriminalrelevante Erkenntnisse an die zuständigen polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Behörden weiterzugeben.

11. Bekämpfung der organisierten Kriminalität

Die organisierte Kriminalität hat sich in den letzten Jahren wesentlich verstärkt.

Organisierte Kriminalität kann nur dann effektiv bekämpft werden, wenn der deliktischen Spezialität der Hol- und Suchkriminalität Rechnung getragen wird, die Polizei personell und materiell gut ausgestattet ist und für Polizei und Justiz die materiell- und formalrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, die zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrages dringend erforderlich sind.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- eine der parlamentarischen Kontrolle unterliegende Spezialdienststelle zur entschiedeneren Bekämpfung der Korruption einrichten.
- die Zusammenarbeit mit den Nachbarländern verstärken.
- der Beschaffung modernster Technologie im Bereich der Bekämpfung der organisierten Kriminalität absoluten Vorrang einräumen.
- sich für die Beweislastumkehr im Bereich der Vermögensstrafen einsetzen.

12. Europäische Sicherheitsstrukturen ausbauen

Mit dem Zusammenwachsen eines grenzenlosen Europas wird auch der Raum für eine grenzenlose Kriminalität geschaffen. Deshalb müssen die Hürden für grenzüberschreitende, internationale Kriminalität so hoch wie möglich gelegt und wirksame Strukturen der Zusammenarbeit geschaffen werden. Im Saar-Lor-Lux-Raum bestehen bereits Strukturen der Zusammenarbeit, die unbedingt ausgebaut und in ihren Verfahren vereinfacht werden müssen. Neben der grenzüberschreitenden polizeilichen Zusammenarbeit ist jedoch die staatenübergreifende Koordination bei der Bekämpfung internationaler Kriminalität unverzichtbar.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- polizeiliche und justizielle Strukturen im Saarland zur Intensivierung der grenzüberschreitenden Kriminalitätsbekämpfung konsequent aufbauen und fortentwickeln.
- grenzüberschreitende Netzwerke zur Kriminalprävention aufbauen.
- die bilateralen Regelungen zur Zusammenarbeit für Polizei und Justiz verbessern.
- sich für die Schaffung praktikabler Regelungen für grenzüberschreitende Verfolgung von Straftätern einsetzen.
- gemeinsame grenzüberschreitende Ermittlungs- und Fahndungsgruppen installieren.
- die Schaffung europäischer Polizei- und Justizbehörden unterstützen.
- den Ausbau von EUROPOL zum europäischen Kriminalamt mit wirksamen Kompetenzen unterstützen.
- sich für einen wirksamen Schutz der Außengrenzen einsetzen.
- konsequent gegen einen Kriminal- und Sozialhilfetourismus vorgehen.

Leitbild 6: Solidarisches Miteinander in einer offenen Gesellschaft

Das Saarland ist geprägt durch die Bereitschaft der Menschen füreinander einzustehen. Die Saarländerinnen und Saarländer sind herzlich, offen und hilfsbereit. Gerade angesichts ihrer wechsellvollen Geschichte haben die Menschen an der Saar die Fähigkeit zur Solidarität entwickelt. Nachbarschaftshilfe, Engagement in Vereinen, Parteien und Verbänden, Offenheit für Fremde und die Bereitschaft zur Integration statt Ausgrenzung prägen unser Land. Dies gilt es, zu pflegen und fortzuentwickeln. Die CDU Saar tritt für ein Saarland ein, in dem die Menschen gut miteinander leben können. In unserem Land sollen alle Gruppen, Alte und Junge, Frauen und Männer, Starke und Schwache ihren Platz haben.

Nach unserem Verständnis ist gerade die Familie ein Ort, in dem dieses Modell des Miteinanders im Kleinen gelebt wird und dem deshalb auch im Hinblick auf die Gesellschaft Vorbildfunktion zukommt. Deshalb liegt ein Schwerpunkt unserer Politik auf der Förderung von Familien.

1. Saarland - Familienland

Familie ist nach wie vor die Lebensform, in der die allermeisten Kinder und Jugendlichen heranwachsen. In der Familie als Ort der menschlichen Nähe und der Verlässlichkeit werden sie geprägt und sozialisiert. Familie ist allerdings nichts statisches, sondern stellt sich als dynamisches, Veränderungen unterliegendes Sozialgebilde dar. Heute erscheint Familie in den unterschiedlichsten Formen, weit überwiegend als Lebensgemeinschaft von verheirateten Eltern mit ihren leiblichen, adoptierten oder Pflegekindern, alleinerziehende Eltern mit Kindern, „Patchwork-Familien“ und eine zunehmende Zahl von nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern. Allen Formen ist die Tatsache gemein, daß es sich um mindestens zwei Generationen handelt, die zusammenleben, und daß die Eltern oder Elternteile eine Verantwortungsgemeinschaft für ihre Kinder übernehmen.

Diesen Kern der Familie will die CDU mit ihrer Politik stützen und stärken, unabhängig von der gewählten Familienform. Ziel ist eine Gesellschaft, die sich gegenüber den Familien freundlich und solidarisch verhält. Die Rahmenbedingungen müssen so gestaltet werden, daß die Gesellschaft Familien nicht zusätzliche Lasten auferlegt, sondern im Gegenteil die von Familien erbrachten Leistungen honoriert. Von der Landespolitik muß dabei ein Signal ausgehen.

Familien finanziell entlasten

Trotz aller Anstrengungen und Verbesserungen müssen wir immer noch feststellen: Kinder sind für Familien ein Armutsrisiko. Das ist ein Skandal und muß verändert werden.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- Familien von den Kosten der vorschulischen Erziehung entlasten.
- ein ergänzendes Landeserziehungsgeld nach Maßgabe des Haushalts einführen.
- über Bundesratsinitiativen für eine dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts angemessene finanzielle Unterstützung der Familien sorgen.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Das Modell der arbeitsteiligen Familien mit klaren Rollenzuweisungen für Mann und Frau hat sich gewandelt. Heute sind Familie und Beruf gleichermaßen Lebensmittelpunkte. Für junge Frauen mit guter Ausbildung ist es nicht attraktiv, zu Hause zu bleiben. Sie wollen sich ihren Wunsch nach Berufstätigkeit ohne Nachteile für die Kinder, die Familie und sich selbst erfüllen können.

Zunehmend ist auch für einkommensschwache Familien die Erwerbstätigkeit beider Eltern notwendig. Deshalb ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf heute eine Kernfrage.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- das Netz von außerfamiliären Betreuungsmöglichkeiten ausbauen und flächendeckend Kinderbetreuungseinrichtungen vorhalten.
- Regelungen treffen, wonach verstärkt Tagesmütter zur Betreuung von Klein-, Vorschul- und Schulkindern ausgebildet werden.
- Betreuungssysteme für Schulkinder nach und nach ausbauen mit dem Ziel eines bedarfsgerechten, flächendeckenden Angebots an Ganztagschulen.
- auf Bundesebene Initiativen zur Weiterentwicklung von Erziehungsurlaub und Erziehungsgeld ergreifen.
- dafür sorgen, daß junge Eltern während der Familienphase kostenlos an Weiterbildungsveranstaltungen teilnehmen können, um ihnen den Wiedereinstieg in den Beruf zu erleichtern.

Familienunterstützende Maßnahmen

Familien sehen sich heute einer zunehmenden Flut von Problemen gegenüber. Gerade Familien, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen oder sozialen Lage benachteiligt sind, brauchen Hilfe von außen. Die Eltern sind oft mit den individuellen und strukturellen Problemen überfordert. Diese Situationen machen eine ergänzende Hilfe von außen notwendig, damit die Belastungssituationen von Familien die Lebens- und Entfaltungsmöglichkeiten nicht dauerhaft beeinträchtigen.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- familienunterstützende Maßnahmen wie Beratung, Hausaufgabenhilfe etc. verstärkt unterstützen.
- die Erziehungs-, Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen finanziell unterstützen - auch bei den Hilfen, die über das KJHG hinausgehen.

2. Frauenfreundliches Saarland

Frauenpolitik hat für die CDU Saar die gleichberechtigte und partnerschaftliche Teilhabe von Frauen und Männern an Beruf, öffentlichem Leben und Familie zum Ziel. Ohne ideologische Verklemmungen wollen wir ein selbstbestimmtes Leben von Frauen fördern. Dabei favorisieren wir - im Gegensatz zur SPD - keinen speziellen Lebensentwurf. Für Frauen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert existiert kein allgemein verbindliches Rollenbild mehr. Das ist eine große Chance, aber auch eine große Herausforderung für Frauen und für die Politik.

Frauen verfügen über zunehmende Handlungsmöglichkeiten und entscheiden über ihre persönliche Lebensform individuell und selbstverantwortlich. Politik hat hier die Aufgabe, Rahmenbedingungen zu setzen, die diese Entscheidungen ermöglichen und unterstützen.

Familie und Beruf

Dem nachhaltigen Wunsch von Frauen, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren, kann Politik allein nicht entsprechen. Unabdingbar notwendig ist die entsprechende Unterstützung durch die männlichen Partner. Politik kann jedoch durch Rahmenbedingungen Voraussetzungen für eine bessere Vereinbarkeit schaffen.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- durch ihre Politik die Schaffung flexibler Arbeitszeitmodelle ermöglichen und unterstützen.
- die Bedingungen für Teilzeitarbeit verbessern.
- die Einrichtung von Heim- und Telearbeitsplätzen fördern.
- einen Landeswettbewerb „Frauenfreundlicher Betrieb“ starten, durch den bei Unternehmen nachhaltig für die Schaffung frauenfreundlicher Strukturen geworben wird.
- durch gezielte Informationen Mädchen und deren Eltern mit neuen zukunftsorientierten Berufen bekannt machen und so durch eine Erweiterung des Berufswahlspektrums die Arbeitsmarktsituation von Frauen verbessern.

Schutz vor Gewalt

Auch heute noch findet Gewalt gegen Frauen statt. Das darf nicht tabuisiert werden. Deswegen setzt sich die CDU Saar dafür ein, im präventiven und im repressiven Bereich ein klares Signal gegen Gewalt und sexuelle Übergriffe gegen Frauen zu setzen.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- durch eine Verstärkung des Personals dafür sorgen, daß Gewalt und Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung rasch und konsequent verfolgt werden.
- Frauenhäuser als unverzichtbare Zufluchtsstätten für mißhandelte Frauen finanziell fördern.
- Initiativen ergreifen, damit in Zukunft bei häuslicher Gewalt die Familienwohnung der mißhandelten Frau und den Kindern überlassen wird.

Gleichberechtigungspolitik verbessern

Bei der Umsetzung des grundgesetzlichen Gleichberechtigungsgebots besteht nach wie vor erheblicher Handlungsbedarf. Zwar kann die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern nicht per Gesetz verordnet werden, jedoch können rechtliche Regelungen einen wichtigen Beitrag leisten. Das Landesgleichstellungsgesetz der SPD-Landesregierung weist zahlreiche ungelöste Zielkonflikte und juristische Schwachstellen auf.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- auf der Grundlage des Gesetzentwurfes der CDU zur Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst aus dem Jahr 1994 eine Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes vornehmen.
- bei Gremienbesetzungen eine bestehende Unterrepräsentanz von Frauen durch entsprechende Personalvorschläge beseitigen.

3. Saarland der Generationen

Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Generationen ihren Platz haben und niemand wegen seines Alters ausgegrenzt oder benachteiligt wird. Eine Gesellschaft, die auf die Perspektiven für jüngere oder die Erfahrung der älteren verzichtet, macht sich selbst arm. Die CDU Saar tritt für eine Politik ein, die die Solidarität und den Austausch zwischen den Generationen gezielt fördert.

Politik für Kinder

Kinder sind unsere Zukunft. Im Saarland leben derzeit ca. 300.000 Kinder und Jugendliche. Das sind 29,45% der Bevölkerung. Eine Gesellschaft, die Kindern und Jugendlichen nicht einen angemessenen Stellenwert einräumt, wird zu einer Gesellschaft ohne Zukunft. Kinder wachsen

heute in veränderten Lebensbedingungen auf. Sie sehen sich gravierenden Veränderungen in der Familiensituation, der Wirtschaftssituation, der Medien- und Konsumgesellschaft gegenüber. Aufgabe der Politik ist es, diese veränderte Lebenswelt zu erkennen und Bedingungen zu schaffen, unter denen sich Kinder ihren Anlagen und Fähigkeiten entsprechend entwickeln können.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- die Voraussetzungen für eine weiterhin qualitativ gute Betreuung der Kinder in den Kindertageseinrichtungen schaffen.
- gerade die freien Träger der Betreuungseinrichtungen in ihrer Arbeit finanziell vorrangig fördern und langfristig sichern.
- das Vorschul-, Krippen- und Hortgesetz novellieren.
- flächendeckend zweisprachige Kindergärten einrichten.
- die präventive Kinder- und Jugendarbeit auch durch eine verstärkte Unterstützung der freien Träger der Kinder- und Jugendarbeit fördern.
- benachteiligten Kindern durch gezielte individuelle Maßnahmen helfen.
- gemeinsam mit den Kommunen Initiativen zur Schaffung von kinder- und familienfreundlichen Lebensräumen ergreifen.

Politik für die junge Generation

Um die Zukunftschancen unseres Landes und damit unsere Demokratie lebendig zu erhalten, brauchen wir junge Leute, die sich am öffentlichen Leben aktiv beteiligen und Entscheidungen und Entscheidungsprozesse aktiv mitgestalten. Die CDU Saar will Jugendliche unterstützen, ohne sie zu bevormunden, ihnen Perspektiven eröffnen und ihre Selbständigkeit stärken.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- die Jugendarbeit fördern. Dabei sollen die freien Träger Vorrang genießen.
- Verbesserungen für ehrenamtlich Tätige vornehmen. Davon profitieren auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendarbeit.
- ausreichend finanzielle Mittel zur Förderung der Bildungsreferenten zur Verfügung stellen, denn diese gewährleisten die Schulung und Unterstützung der ehrenamtlichen Mitarbeiter.
- das Engagement von Jugendlichen im Rahmen des „freiwilligen ökologischen Jahres“ und des „freiwilligen sozialen Jahres“ unterstützen und fördern.
- Vorschläge für eine stärkere Einbindung von Jugendlichen in gesellschaftliche und politische Entscheidungsprozesse erarbeiten. Eine Absenkung des Wahlalters auf 16 kommt dabei jedoch nicht in Betracht.
- die Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendkriminalität ausbauen. Gerade jugendliche Straftäter müssen bereits bei der ersten Tat spürbar auf ihr Fehlverhalten aufmerksam gemacht werden. Die Maßnahmen der Jugendhilfe und die Tätigkeit der Strafverfolgungsbehörden sind besser aufeinander abzustimmen.

Politik für ältere Menschen

Die Verantwortung für ältere und alte Menschen ist eine generationenübergreifende Aufgabe. Jung und alt sind füreinander verantwortlich. Die Senioren haben durch ihre Lebensleistung für unseren Wohlstand gesorgt. Deshalb haben sie Anspruch auf die Solidarität der Jungen. Es entspricht der Würde des alten Menschen, ihn in seinen Fähigkeiten zu stärken, seine Kenntnisse und Lebenserfahrungen zu nutzen und nicht „alt“ mit „hilfsbedürftig“ gleichzusetzen. Mit der

Pflegeversicherung ist ein neues Kapitel unserer Politik für alte Menschen aufgeschlagen worden. Die CDU-geführte Bundesregierung hat eingelöst, was die SPD jahrelang nur versprochen hatte. Damit sind nicht nur alten Menschen Lebenschancen eröffnet worden, sondern auch das Saarland profitiert von der damit verbundenen Entlastung der Sozialhilfe. Diese Spielräume müssen für eine fortschrittliche Altenhilfe genutzt werden.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- durch ihre Politik dazu beitragen, daß alte Menschen möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung selbstbestimmt leben können.
- den Aufbau qualifizierter Geriatrie- und Rehabilitationsangebote vorantreiben.
- das „Zukunftsprogramm für ältere Menschen“ auflegen, das die Altenhilfeplanung modernen Erfordernissen anpaßt.
- in Zusammenarbeit mit Gemeinden und freien Trägern Projekte des „betreuten Wohnens“ für Senioren weiterentwickeln.
- die pflegerische Infrastruktur nach den Bedürfnissen der alten Menschen und der Pflegeversicherung auf- und umbauen.
- die Sozialstationen, gerade im Bereich der häuslichen Betreuung älterer Menschen, stärken.
- ehrenamtliche Vereine und Selbsthilfegruppen in der Altenhilfe und Seniorenarbeit unterstützen.
- auf eine Reform der Altenpflegeausbildung hinarbeiten.

4. Behinderte integrieren statt ausgrenzen

Körperlich, geistig und seelisch behinderte Menschen bedürfen in besonderem Maße der Unterstützung und Zuwendung. Sie dürfen nicht ausgegrenzt werden, sondern sollen im Rahmen ihrer Möglichkeiten mitten in der Gesellschaft leben. Um eine gleichberechtigte Teilhabe Behinderter zu sichern, brauchen wir keine neuen Gesetze, sondern eine Veränderung in den Köpfen der Nichtbehinderten.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- die Arbeit der familienentlastenden Dienste und der Behindertenverbände unterstützen.
- die Schul- und Berufsausbildung Behinderter durch Fachkräfte mit sonderpädagogischem Wissen sicherstellen.
- den Ausbau behindertengerechter Wohn- und Arbeitsplätze fördern.
- Integrationsbetriebe fördern, damit Behinderte ein selbständiges Leben mit eigenem Unterhalt, eigener Wohnung und eigenen Aufgaben führen können.
- bestehende Gesetze auf Erschwernisse für behinderte und alte Menschen hin überprüfen.
- sich für eine Verbesserung der Leistungen durch die Pflegeversicherung für Behinderte und insbesondere Eltern von behinderten Kindern einsetzen.

Keine Integration um jeden Preis

Die CDU Saar wird keine Integration um jeden Preis betreiben. Dort wo sich Integration als Streß für den Betroffenen negativ bemerkbar macht, ist sie zu unterlassen. Im Mittelpunkt der Bemühungen muß der behinderte Mensch und nicht ein ideologischer Standpunkt stehen.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- Integrationsbemühungen unterstützen, wenn sie pädagogisch und medizinisch sinnvoll sind (siehe Leitbild 2, Abschnitt 2).
- Defizite bei der Lehrerausbildung beseitigen.
- in den Schulen durch angemessene Klassenstärken und behindertengerecht eingerichtete Klassenräume für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen sorgen.

5. Für eine Kultur der Offenheit und der Toleranz

Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger sind eine Bereicherung unserer Gesellschaft. Ihre Integration ist nicht nur Notwendigkeit, sondern politische Chance und Ziel unseres Wollens. Wir wollen, daß die auf Dauer rechtmäßig bei uns im Saarland lebenden Ausländer in unsere Gesellschaft integriert werden. Dazu müssen beide Seiten aufeinander zugehen. Wer dauerhaft hier leben will, muß unsere Rechtsordnung und die darin enthaltenen Werte achten und bereit sein, sich daran zu orientieren. Das unverbundene Nebeneinander mehrerer Parallelgesellschaften lehnen wir ab. Integration ist aber auch etwas anderes als einseitige Assimilation. Unser Ziel ist eine Kultur der Toleranz und des Miteinanders.

Sprache

Die Beherrschung der deutschen Sprache ist Voraussetzung für Kommunikation und somit wichtigstes Mittel zur Integration. Wer dauerhaft bei uns leben will, muß die Bereitschaft haben, die deutsche Sprache zu erlernen.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- die bisherige Sprachförderung für Aussiedler, anerkannte Asylbewerber und Kontingentflüchtlinge auf dauerhaft und rechtmäßig bei uns lebende Ausländer ausdehnen.
- über eine Bundesratsinitiative eine entsprechende Beteiligung des Bundes an der Sprachförderung einfordern.
- sich dafür einsetzen, daß bei Nachweis guter Sprachkenntnisse die Fristen für Verfestigungen des Aufenthaltsstatus etc. verkürzt werden.

Familie

Das Zusammenleben in der Familie für dauerhaft und rechtmäßig hier lebende Ausländer entspricht unserem Familienbild. Unter dem Gesichtspunkt der Integration ist es wünschenswert, wenn der Familiennachzug von Kindern zu einem möglichst frühen Zeitpunkt stattfindet. Eine besondere Rolle kommt dabei den Frauen zu. Gerade weil sie häufig auf eine rein häusliche Rolle beschränkt sind und ohne ausreichende deutsche Sprachkenntnisse und Kontakte leben, stellen sie die Integrationspolitik vor besondere Aufgaben.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- Modellprojekte zur besseren Förderung ausländischer Kinder in Kindergärten initiieren und unterstützen.
- Vorbereitungsklassen für „nachgezogene Seiteneinsteiger“ einrichten.
- schulbegleitende Sprachkurse für ausländische Mütter einrichten.
- alle Integrationsangebote gerade auch auf Frauen ausrichten.

Schule und Bildung

Die Schule muß besser auf die Aufgabe der Förderung und Integration der Kinder ausländischer Eltern vorbereitet werden. Schulen und Klassen mit einem hohen Anteil nichtdeutschsprachiger Kinder müssen personell und finanziell besser ausgestattet werden.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- Schulen und Klassen mit besonders hohem Anteil ausländischer Kinder speziell fördern.
- neue Überlegungen zur Konzeption des muttersprachlichen Unterrichts und der Einbindung in den Regelunterricht anstellen.

Arbeit und Ausbildungsplätze

Vor allem über den Arbeitsplatz werden Zuwanderer in die deutsche Gesellschaft integriert. Deshalb muß Integrationspolitik hier ansetzen.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- Ausbildungsprojekte, die die Zweisprachigkeit gezielt nutzen, fördern.
- in Zusammenarbeit mit dem Landesarbeitsamt spezielle Förderpakete für ausländische Jugendliche auflegen.
- gezielt ausländische Unternehmen für die Lehrlingsausbildung mobilisieren

Sicherheit und Polizei

Ausländerkriminalität und Kriminalität gegen Ausländer sind für einen Rechtsstaat und seine Bürger nicht hinnehmbar.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- eine besondere Ermittlungseinheit gegen ausländerfeindlich motivierte Gewalt einrichten
- Polizeibeamte ausländischer Herkunft einstellen, um die Kooperation mit den ausländischen Mitbürgern zu verbessern.

Vereine und Verbände

Die Mitwirkung der Ausländer in Vereinen und Verbänden ist ein zentraler Faktor gesellschaftlicher Integration. Gerade die Sportvereine haben hier in der Vergangenheit große Beiträge geleistet. Diese Arbeit wird eine CDU-geführte Landesregierung unterstützen.

Begrenzung der Zuwanderung

Keine Gesellschaft ist unbegrenzt aufnahmefähig. Das Saarland und die Bundesrepublik Deutschland haben in den zurückliegenden Jahren relativ mehr Zuwanderer aufgenommen als alle klassischen Einwanderungsländer. Die Grenze der Belastbarkeit ist erreicht.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- sich für eine strikte Begrenzung der Zuwanderung in unser Land einsetzen.
- Personen, die keine Bleiberechte haben, konsequent ausweisen und ggf. abschieben.
- im Rahmen der Möglichkeiten Beiträge leisten, um den Menschen in ihren Heimatländern ein Leben unter menschenwürdigen Bedingungen zu ermöglichen.

6. Gesund leben im Saarland

Gesundheitspolitik

Gerade eine finanz- und strukturschwache Region wie das Saarland spürt in besonderer Weise die Spannung zwischen den Gestaltungsmöglichkeiten, die sich aus den medizinischen Fortschritten ergeben, den Gestaltungsnotwendigkeiten, die sich aufgrund sozialer und kultureller Veränderungen aufdrängen, und den begrenzten Ressourcen, die dafür im Land aufgrund überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit und mangelnder Finanzausstattung zur Verfügung stehen. Wir haben die Sorge, daß steigender Kostendruck und ein immer härter werdender Verdrängungswettbewerb der Leistungsanbieter letztlich zu Lasten der Versorgungsqualität gehen und damit auf dem Rücken der kranken und alten Menschen ausgetragen werden.

Trotzdem und deswegen gilt für uns als CDU Saar: Im Mittelpunkt unserer Gesundheitspolitik dürfen nicht die Interessen der am Gesundheitssystem beteiligten Parteien, sondern muß der hilfe- und versorgungsbedürftige Mensch stehen. Er hat Anspruch auf eine Versorgung, die ausreichend, zweckmäßig und wirtschaftlich ist und die sowohl den medizinisch-technischen Fortschritt als auch veränderte Bedarfsnotwendigkeiten berücksichtigt. Dies gilt insbesondere für ältere, mehrfach erkrankte und chronisch kranke Patienten. Die Verwirklichung dieser Ziele ist auch bei knappen finanziellen Mitteln möglich.

Die CDU tritt dafür ein, das Gesundheitswesen auf der Grundlage von Solidarität, Eigenverantwortung und Selbstverwaltung weiterzuentwickeln. Gerade im Ausbau der Selbstverwaltung sehen wir eine große Chance, weil dies - eher als staatliche Reglementierung und Bürokratisierung - zu systemgerechten und effizienten Lösungen bei der Optimierung unseres Gesundheitswesens führt. Das bedeutet aber nicht, das Land aus seiner Verantwortung für eine flächendeckende und bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung zu entlassen.

Die CDU Saar spricht sich für einen stärkeren, aber nicht uneingeschränkten Leistungs- und Qualitätswettbewerb im Gesundheitswesen aus.

Zukunftssicherung für die Krankenkassen

Die wirtschaftliche Situation der gesetzlichen Krankenkassen im Saarland ist besorgniserregend. Hohe Arbeitslosigkeit, rückläufige Lohnquoten, Belastungen mit versicherungsfremden Leistungen sowie der teilweise Wegfall der Selbstbeteiligungsregelungen sind Ursachen dafür. Darüber hinaus werden auch im Saarland der medizinische und technische Fortschritt, die demographische Entwicklung sowie die erwartete Zunahme zivilisationsbedingter Krankheiten zu einer steigenden Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen und damit zu weiteren Ausgabensteigerungen führen. Die für die Zukunft zu erwartenden Finanzierungsprobleme dürfen nicht allein über eine Steuerung der Ausgabenseite bewältigt werden.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- als Aufsichtsbehörde eine durchgreifende Verwaltungs- und Bewirtschaftungsreform, insbesondere der Allgemeinen Ortskrankenkasse des Saarlandes, forcieren.
- dafür sorgen, daß der medizinische Dienst der Krankenkassen quantitativ und qualitativ aufgewertet wird, um seine Beratungen auch auf den Bereich der prospektiven Steuerung der medizinischen Leistungen ausdehnen zu können.

Wirtschaftlichkeitsreserven konsequent erschließen

Eine bessere Kooperation, Koordination und Verzahnung der verschiedenen Versorgungselemente im Gesundheitswesen trägt zu einer effektiveren Patientenversorgung bei. Dies gilt auch für den Bereich der Planungsabstimmung mit Rheinland-Pfalz. Aus diesem Grund fordert die CDU Saar ein verbessertes „Schnittstellenmanagement“, insbesondere zwischen ambulanter und stationärer Versorgung.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- sich für eine Ausweitung der vor- und nachstationären Behandlungsmöglichkeiten einsetzen.
- für eine verstärkte Nutzung der Kooperationsmöglichkeiten zwischen Krankenhäusern und niedergelassenen Ärzten werben.
- das Belegarztwesen im Sinne einer weiteren funktionalen, personellen und apparativen Verzahnung fördern.
- sich für die Einrichtung gemeinsamer Notfallambulanzen der Krankenhäuser einsetzen.
- in eingeschränktem Maße Krankenhäuser sich an der fach- bzw. spezialärztlichen Versorgung beteiligen lassen.
- die Zusammenschlüsse von Vertragsärzten im Sinne einer integrierten Versorgungsform (Praxisnetze) fördern.
- sich für eine sinnvolle Aufhebung der bisherigen Trennung von ambulanten und stationären Versorgungsbereichen sowie der verschiedenen Segmente des Gesundheitswesens einsetzen.
- sich für eine Ausweitung der teilstationären und tagesklinischen Behandlungen stark machen, damit die Grundsätze „ambulant vor stationär“ und „Rehabilitation vor Pflege“ Geltung erhalten.
- diese Ziele im Rahmen eines „Bündnisses für Gesundheit“ gemeinsam mit den Selbstverwaltungspartnern umsetzen.

Mehr Bedarfsgerechtigkeit in der Saarländischen Gesundheitspolitik

Die SPD-Landesregierung hat jahrelang den städtischen Ballungsraum, insbesondere den Großraum Saarbrücken, bevorzugt. Das hat zu einer partiellen Fehl- bzw. Überversorgung geführt. Darüber hinaus hat die enorme Zunahme von Ärzten mit Kassenzulassungen gerade im Ballungsraum für Probleme und für eine Vernachlässigung des ländlichen Raumes geführt.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- die gesamte stationäre Versorgungsstruktur im Saarland in den drei Versorgungsstufen einer grundlegenden Überprüfung unterziehen mit Blick auf eine an der Bevölkerungsverteilung ausgerichteten Bedarfsgerechtigkeit.
- das Instrument der kassenärztlichen Bedarfsplanung aktiv nutzen und mit einem Vetorecht die Tendenz zu einer fachärztlichen Fehlversorgung stoppen.

Landeskrankenhausplanung weiterentwickeln

Der Sicherstellungsauftrag der kommunalen Gebietskörperschaften und die Planungskompetenz des Landes in der Krankenversorgung gehen auf den Verfassungsgrundsatz der Sozialstaatlichkeit zurück und sind Ausdruck der Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger. Die dadurch zum Ausdruck kommende gesundheitspolitische Letztverantwortung des Landes ist für die CDU Saar auch in Zukunft unverzichtbar.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- die Krankenhausplanung in Richtung einer sachgerechten Rahmenplanung weiterentwickeln. Der dann zu erstellende Rahmenplan sollte nur noch folgende Angaben enthalten: Standortentscheidungen für einzelne Krankenhäuser, Ausweis von Abteilungen nach den Gebieten der Weiterbildungsordnung der Ärzte, Ausweis von Funktionseinheiten,

Ausweis von Plätzen für teilstationäre Leistungen, Angabe von Ausbildungsstätten, besondere Schwerpunktaufgaben, Bettenkapazitäten der Krankenhäuser.

- die Rahmenplanung ergänzen durch planungsergänzende Strukturverträge, die von den Landesverbänden der GVK gemeinsam mit den Krankenhausträgern abgeschlossen werden.

Verbraucherschutz

Der Sicherung der Volksgesundheit und des Konsumentenschutzes muß ein höherer Stellenwert eingeräumt werden. Dies ist insbesondere im zusammenwachsenden Europa von größter Wichtigkeit. Die CDU Saar sieht das Saarland hier in seiner Rolle als Teil der europäischen Kernregion Saar-Lor-Lux in einer besonderen Verantwortung.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- sich für den Erhalt und den Ausbau der grenzüberschreitenden Verbraucherberatung „Euro-Consum“ einsetzen.
- sich auf europäischer Ebene für die Einführung einer echten Lebensmittelpolitik einsetzen, deren vorrangiges Anliegen der Schutz und die Gesundheit des Verbrauchers ist.
- in diesem Zusammenhang sich für eine umfassende Kennzeichnungspflicht bei Lebensmitteln und eine Ausdehnung der Kennzeichnungspflicht bei Spirituosen einsetzen.
- die Einrichtung eines europäischen Gesundheitsschutzsystems anregen.

Drogenpolitik

Das Drogenproblem ist im Saarland in den letzten Jahren beängstigend angewachsen. Dies gilt sowohl für die Abhängigkeit von legalen Drogen als auch von den illegalen Drogen. Drogen bedrohen zunehmend gesellschaftliche und staatliche Strukturen. Oberstes Ziel verantwortungsvoller Drogenpolitik muß daher das Eintreten für ein suchtfreies Leben sein. Denn Sucht ruiniert nicht nur die Gesundheit, sie zerstört auch das Leben unserer Kinder. Die CDU Saar setzt bei ihrer Drogenpolitik auf das „Vier-Säulen-Modell“ mit den Eckpfeilern Prävention, Therapie, Repression und Überlebenshilfe. Es kommt darauf an, den Abhängigen Auswege aus dem Milieu der Kriminalität zu ermöglichen

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- die Absenkung der Hemmschwelle beim Drogenmißbrauch bekämpfen.
- der Prävention absoluten Vorrang einräumen. Eine umfassende Vorbeugung beginnt in der Familie und bezieht Bildungs- und Erziehungseinrichtungen mit ein.
- die Therapiekette von der ambulanten Versorgung über Entgiftung, ambulante und stationäre Therapie bis hin zur Nachsorge koordinieren und ausbauen.
- die Methadonbehandlung nur bei konsequenter therapeutischer Betreuung zulassen.
- in bestimmten, ärztlich indizierten Fällen von Schwerstabhängigen die Verabreichung von Heroin durch in der Drogenarbeit erfahrene Ärzte aus humanitären Gründen zulassen.
- am Verbot des Besitzes illegaler Drogen festhalten. Ein Aufweichen der gesetzlichen Verbote ist für Prävention und Verhütung geradezu das falsche Signal.
- Überlebenshilfe als ein System von humanitären Hilfen für schwer Drogenabhängige und zu einem Teil verwahrloste Menschen befürworten. Diesem Zweck dient die Einrichtung von Druckräumen.
- dem Entstehen von offenen Drogenszenen gemeinsam mit allen in der Drogenarbeit beteiligten Institutionen und Behörden energisch entgegenzutreten.

- das Haftrecht, Strafrecht und Ausländerrecht bei Drogenhändlern streng anwenden.
- sich dafür einsetzen, daß durch den Verkauf von Drogen erzielte Gewinne lückenlos abgeschöpft werden können. Dabei soll der Grundsatz der Beweislastumkehr gelten.

Leitbild 7:

Lebendige Demokratie – Aktive Bürgergesellschaft

Die Zukunft unseres Gemeinwesens ist abhängig von der aktiven Mitarbeit seiner Bürgerinnen und Bürger. Der Staat und seine Institutionen können nicht alle Probleme lösen. Ohne bürgerschaftliches Engagement würden viele Aufgaben nicht oder nur unzureichend wahrgenommen.

Wir wollen deshalb bürgerschaftliches Engagement fördern, neue Möglichkeiten der bürgerschaftlichen Teilnahme schaffen und die Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse in unserem Staatswesen lebendig gestalten. Alle Saarländerinnen und Saarländer sind aufgefordert, sich hieran aktiv zu beteiligen.

1. Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit

Zahlreiche Saarländerinnen und Saarländer engagieren sich in den unterschiedlichsten Bereichen in ehrenamtlicher Form. Das Saarland verfügt über eine reiche Vereins- und Verbandsstruktur. In keinem anderen Bundesland ist der Organisationsgrad in Vereinen, Bürgerinitiativen, Gewerkschaften und Parteien so hoch, wie dies im Saarland der Fall ist. Unterschiedlichste Aufgaben im sozialen, kulturellen, sportlichen und Umweltbereich werden dabei wahrgenommen. Staatliche Institutionen werden dadurch massiv entlastet – zugleich wird unser Zusammenleben dadurch interessanter, vielgestaltiger und humaner. Ehrenamtliche Tätigkeit hat dadurch Anspruch auf staatliche Anerkennung und Unterstützung.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung:

- in der kommenden Legislaturperiode ein Ehrenamtsgesetz in den Landtag einbringen.
- die Tätigkeit der Ehrenamtsbörsen bei der Vermittlung ehrenamtlicher Helfer institutionell fördern.
- ehrenamtliche Tätigkeiten bei Einstellungen und Beförderungen unter Beachtung des Prinzips der Bestenauslese berücksichtigen.
- dafür sorgen, daß ehrenamtliche Tätigkeiten in Schulzeugnissen aufgeführt werden.
- sich gegen jede Verschlechterung der Bedingungen ehrenamtlicher Arbeit zur Wehr setzen.
- auf die steuerliche Gleichbehandlung ehrenamtlicher Tätigkeit im Sport- und Kulturbereich hinwirken.

2. Das Saarland – ein Sportland

Sport ist die größte Bürgerinitiative, die wir im Saarland kennen. Über 450.000 Menschen sind im Saarland in Vereinen organisiert. Diese Struktur hat die CDU Saar in der Vergangenheit durch das Gesetz für den Landessportverband für das Saarland wesentlich mitgeprägt.

Der Landessportverband sichert als Körperschaft des öffentlichen Rechts im Zusammenhang mit den Mitteln aus dem Sportanteil der Saarland-Sporttoto GmbH die Unabhängigkeit des Sports. Diese Mittel sind gesetzlich festgeschrieben und finanziell abgesichert durch das von der CDU initiierte Kultur- und Sportförderungsgesetz.

Darüber hinaus will die CDU Saar den Sport und seine Förderung in der saarländischen Verfassung verankern.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- die besondere Bedeutung des Sports herausstreichen und die Initiative ergreifen, um den Sport in die Saarländische Verfassung aufzunehmen.

Der Sport spielt für die Entwicklung unserer Kinder eine große Rolle. Die SPD-Landesregierung hat trotzdem aus finanziellen Erwägungen die dritte Sportstunde in den Saarländischen Schulen gestrichen. Dies ist wegen der Bedeutung des Sports für die Gesundheit und wegen seiner vielfältigen erzieherischen und sozialen Impulse unverantwortlich.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- schrittweise die dritte Sportstunde in den weiterführenden Schulen wieder einführen.
- in der Grundschule das sinnvolle und konsequente Praktizieren einer täglichen Bewegungszeit fördern.
- das vorbildliche Projekt „Schule und Verein“ unterstützen und durch bedarfsgerechte Angebote auf die Kindergärten ausdehnen.

Die Sportbewegung umfaßt die große Spanne vom Breitensport bis zum Spitzensport. Der Breitensport bietet möglichst vielen Menschen den Zugang zu den Sportarten. Der Spitzensport fördert in besonderer Weise den Leistungsgedanken und regt mit seiner Vorbildfunktion zu sportlicher Betätigung an. Breiten- und Spitzensport bedingen einander.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- für die öffentliche Förderung des Breiten- und Spitzensports, sowie des Behindertensports als unverzichtbarem Bestandteil der Sportpolitik eintreten.
- Ansprechpartner sein bei der Schaffung von Strukturen, die die Veranstaltung von Spitzensport im Saarland dauerhaft ermöglichen.

Der Sportstättenbau im Saarland wird durch die Kommunen und die Sportplanungskommission gefördert. Auch in Zukunft muß für Sportwillige ein breitgefächertes Angebot zweckmäßiger Sportstätten möglichst wohnortnah zur Verfügung stehen. Der Spitzensport im Saarland wird durch den Landessportverband, Sportfachverbände und insbesondere den Olympiastützpunkt Saarbrücken effektiv gefördert.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- sich dafür einsetzen, daß der Olympiastützpunkt in Saarbrücken auch nach den Olympischen Spielen 2000 erhalten und gestärkt wird.
- sich für eine Optimierung der Fördermittel und einen effektiven Einsatz von Sponsorengeldern einsetzen, damit die Unterrepräsentanz saarländischer Spitzenvereine in den Bundesligen beseitigt wird.

3. Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung

Von Bürgern für Bürger

Die kommunale politische Ebene ist wie kaum eine andere dazu geeignet, unsere Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung des Gemeinwesens zu beteiligen. Unmittelbar mitentscheiden zu können, aber auch Pflichten und Aufgaben für sich und die Mitmenschen und die örtliche Gemeinschaft zu übernehmen, dies sind grundlegende Elemente einer demokratischen Gesellschaft. Deshalb darf die kommunale Selbstverwaltung nicht weiter ausgehöhlt werden, sondern muß gerade gegenüber der Landesebene nachdrücklich gestärkt werden.

Mitwirkung und Kompetenzen vor Ort

Menschen engagieren sich am meisten dort, wo sie von den Entscheidungen am unmittelbarsten betroffen sind. Dies ist im Ort der Fall. Deshalb soll diese Ebene gestärkt werden.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- die Urwahl der Ortsvorsteher einführen. Die Urwahl ist die konsequente Weiterentwicklung für mehr Bürgerrechte.
- im Rahmen einer umfassenden Aufgabenkritik die Frage der Aufgaben, Kompetenzen und Mittelverantwortung zwischen Ortsrat, Gemeinderat und Kreistag klären. Dabei sollen Aufgaben und Verantwortung soweit wie möglich und so sinnvoll wie möglich nach unten verlagert werden.
- im kommunalen Wahlrecht durch die Einführung des Kumulierens die Persönlichkeitselemente und die direkte Mitwirkung des Bürgers stärken.

Sicherung der Lebens- und Leistungsfähigkeit

Die saarländischen Städte und Gemeinden stehen vor dem Ruin. Trotz vielfältiger Sparbemühungen sind die Kommunen vielfach nicht mehr in der Lage, das Personal, die Verwaltungskosten sowie die Sozialhilfekosten zu finanzieren. Zurückgehende Einnahmen und eine kommunalfeindliche Verlagerungspolitik insbesondere von Seiten der SPD-Landesregierung haben dazu beigetragen. Diese Entwicklung muß gestoppt werden, wenn die Kommunen eine Zukunft haben sollen.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- eine kommunale Finanzreform im Saarland durchführen. Dabei soll die Finanzausgleichsmasse aus Mitteln der zweiten Teilentschuldung insgesamt erhöht werden.
- das strikte Konnexitätsprinzip in die Verfassung aufnehmen.
- Maßnahmen zur Ausgabenbegrenzung bei der Sozialhilfe ergreifen - etwa durch eine Pauschalierung der Sozialhilfe und durch veränderte Umlagemodelle, die die Kostenverantwortung der Städte und Gemeinden steigern.
- sich intensiv um eine Reduzierung der Sozialhilfelasten durch Hilfe zur Selbsthilfe der Betroffenen bemühen. Allen Sozialhilfeempfängern, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, soll schnellstmöglich eine Beschäftigung angeboten werden. Wird diese mißbräuchlich verweigert, werden die Sozialleistungen reduziert.

Solidarität zwischen Städten und Gemeinden

Die Sicherung und Erhaltung der Solidargemeinschaft zwischen unseren Städten und Gemeinden spielt eine zentrale Rolle. Diese muß erhalten bleiben. Deshalb lehnt die CDU Saar die drohende ersatzlose Auflösung der Solidargemeinschaft im Bereich Abfall und Abwasser ab.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- die drohende ersatzlose Auflösung der Solidargemeinschaft im Bereich der Entsorgung verhindern.
- gemeinsam mit den Städten und Gemeinden nach Beiträgen zur Gesamtkostenbegrenzung suchen.

Den Menschen Heimat geben und erhalten

Kommunale Selbstverwaltung ist kein Selbstzweck, sondern ihre eigentliche Aufgabe und Legitimation ist die Gestaltung der Lebensbedingungen und Lebensqualität. Dies gilt für die

wirtschaftliche Entwicklung genauso wie für die Gestaltung des Alltags. Die Kommunen dürfen deshalb nicht mit dieser Aufgabe allein gelassen werden. Alle Regelungen, die die Kommunen bei ihrer Aufgabenerfüllung behindern, müssen aufgehoben werden. Die Städte und Gemeinden brauchen dringend Handlungsspielraum und nachdrückliche Unterstützung.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- die Bemühungen des Landes und der Kommunen um Ansiedlung und Förderung von Unternehmen stärker koordinieren.
- den Städten und Gemeinden größere Gestaltungsfreiheit bei der Bestimmung der Standortfaktoren in ihrem örtlichen Bereich einräumen.
- Initiativen zur Stärkung der grenzüberschreitenden kommunalen Zusammenarbeit ergreifen.
- die Landesentwicklungspläne Siedlung und Umwelt kritisch überprüfen mit der Maßgabe, daß die Planungen Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinden in allen Teilen des Landes offen lassen.
- die Finanzausstattung der Städte und Gemeinden so verbessern, daß diese ihrerseits in der Lage sind, Vereine und freie Träger bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Denn das menschliche Miteinander ist auf die Bereitschaft der einzelnen Bürgerinnen und Bürger und der unterschiedlichen Gruppen und Institutionen angewiesen, Verantwortung für sich und ihre Mitbürger zu übernehmen.

4. Medienstandort Saarland

Den Medien kommt im Prozeß der politischen Willensbildung eine zunehmend zentrale Bedeutung zu. Dies begründet die besondere Verantwortung der Medienverantwortlichen und das allgemeine Interesse an einer ausgewogenen und funktionsfähigen Medienstruktur.

Medienpolitik ist in den letzten Jahren immer mehr zur Standortpolitik geworden. Medienstandorte leben von personellen und finanziellen Basisstrukturen. Dem muß die saarländische Politik Rechnung tragen.

Printmedien

Printmedien sind Faktoren der Identitätsstiftung und der Heimatverbundenheit. Sie brauchen sowohl intellektuell wie wirtschaftlich ihre Entfaltungschancen und Freiräume. Dazu gehört ein Landespresserecht, das dies garantiert.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- das saarländische Pressegesetz von seinen Bevormundungsklauseln befreien und die in der Bundesrepublik übliche Waffengleichheit wieder herstellen.
- die Printmedien als Anbieter qualifizierter Arbeitsplätze fördern.

Elektronische Medien

Multimediale Entwicklungen haben längst den klassischen Bereich des Fernsehens und des Hörfunks erreicht. Der Einsatz und die Verbreitung dieser modernen und kostengünstigen Techniken ermöglicht es, daß im Saarland eine Mischung aus größeren und kleineren Anbietern gewachsen ist, die die publizistische Vielfalt ausmacht. Vielfalt und Grundversorgung müssen auch in Zukunft erhalten bleiben.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- das Duale System öffentlich-rechtlicher und privater Anbieter unterstützen.

- den Saarländischen Rundfunk in seinem Bestand sichern.
- sich für den Erhalt eines angemessenen Finanzausgleichs einsetzen.
- organisatorische Verbindungen und Verflechtungen von SR und privaten Medienbereichen, die dem Medienstandort Saar eine Entwicklungschance eröffnen, begrüßen.
- sich dafür einsetzen, daß die Rundfunkgebühren für qualitätsorientierte Programme ausgegeben werden, und alle Maßnahmen unterstützen, die die Kosten im öffentlich-rechtlichen System zurückdrängen.
- sich gegen eine Öffnung der Werbegrenzen und die Ausdehnung öffentlich-rechtlicher Spartenkanäle einsetzen.
- das Ziel eines werbefreien öffentlich-rechtlichen Rundfunks anstreben.

Ausbildung und Arbeitsplätze im Medienbereich

Zeitung, Rundfunk, Multimedia halten hochqualifizierte Arbeitsplätze vor und bilden viele junge Menschen aus.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung

- die Entwicklung neuer Berufsbilder im Medienbereich unterstützen.
- in Schule und Ausbildung dafür sorgen, daß den Kindern und Jugendlichen Medienkompetenz vermittelt wird.
- sich an dem Projekt eines Saarländischen Medienhauses mit integrierter Medienschule beteiligen.

Schlußbemerkung

Wir sind davon überzeugt, daß eine an den vorstehenden Leitbildern orientierte Politik das Saarland in eine gute und eigenständige Zukunft führen kann. Voraussetzung ist die Verwirklichung der dargestellten Handlungsschritte. Auf dieser Basis kann das Zukunftsprojekt Saar gelingen.

Wir laden alle Bürgerinnen und Bürger ein, an einer guten Zukunft für unser Land und unsere Kinder mitzuarbeiten.

Abwarten dürfen wir allerdings nicht mehr. Es ist Zeit zum Handeln. Das Zukunftsprojekt Saar beginnt jetzt.

**Deshalb: Lassen Sie uns gemeinsam an diesem Projekt arbeiten -
mit kühlem Kopf, mit heißem Herz und mit einer starken Hand.
Für eine gute Zukunft in unserem Land.**